

# MATERIALIEN

## „Heraus zum Massenstreik“

**Der Mössinger Generalstreik vom 31. Januar 1933 –  
linker Widerstand in der schwäbischen Provinz**



Landeszentrale für politische Bildung  
Baden-Württemberg



Landeszentrale  
für politische Bildung  
Baden-Württemberg

Stafflenbergstraße 38  
70184 Stuttgart  
Tel. 0711.164099-0, Fax -77  
lpb@lpb-bw.de www.lpb-bw.de

### **Die Landeszentrale für politische Bildung**

- ist eine überparteiliche Einrichtung des Landes Baden-Württemberg
- will für die Demokratie begeistern
- hilft zur eigenen Meinung
- befähigt zur Mitwirkung
- veranstaltet Seminare, Tagungen, Vorträge, Studienreisen, Symposien, Ausstellungen, Politische Tage
- veröffentlicht Bücher, Broschüren und Zeitschriften und bietet didaktisch-methodische Arbeitshilfen und Spiele an
- betreibt als Tagungszentrum das „Haus auf der Alb“ in Bad Urach
- und LpB-Shops in Stuttgart und in den Außenstellen Freiburg und Heidelberg

### **Impressum**

Die Lese- und Arbeitshefte in der Reihe MATERIALIEN werden von der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg herausgegeben und in Kooperation mit Gedenkstätten im Land erstellt.

#### **Herausgeber**

Lothar Frick, Direktor

#### **Texte und Redaktion**

Dr. Hermann Berner, Stadtmuseum Mössingen;  
Dr. Franziska Blum, Stadtarchiv Mössingen;  
Sibylle Thelen, LpB; Prof. Dr. Reinhold Weber, LpB

#### **Erarbeitung der Aufgaben**

Studiendirektor Dieter Grupp,  
Gymnasium Ebingen in Albstadt;  
unter Einbezug der Konzeption der Studierenden des Hauptseminars am Seminar für Zeitgeschichte der Universität Tübingen im Wintersemester 2015/15:  
Lara Büchel, Bianca Diermayer, Jacqueline Esders, Michael Frammelsberger, Karolina Geißler, Anna Antonia Geschöll, Stefan Heim, Elisa Hezel, Nathalie Korb, Anke Krüger, Karolina Lomnicki, Lucas Manz, Annika Marieke Martins, Steve Pasek, Onur Polat, Pavel Prikolota, Jacqueline Rumiz, Sarah Schneider, Tatjana Schor, Florian Siegle, Daniel Sternal und Ann-Cathrin Witte

#### **Redaktionsadresse**

Landeszentrale für politische Bildung  
Baden-Württemberg (LpB)  
Fachbereich Gedenkstättenarbeit  
Paulinenstraße 44-46  
70178 Stuttgart  
www.gedenkstaetten-bw.de  
Download der Lese- und Arbeitshefte  
in der Reihe MATERIALIEN:  
<http://www.gedenkstaetten-bw.de/publikationen0.html>

#### **Umschlag, Gestaltung, Layout, Satz**

Lucia Winckler, feuille-blanche, Kusterdingen

#### **Umschlagfoto**

Die Pfeifer und Trommler des „Kampfbundes gegen den Faschismus“ in Mössingen.  
Eine Aufnahme aus dem Jahr 1932.  
Quelle: Stadtmuseum Mössingen

#### **Druck**

Wahl-Druck GmbH, Aalen

Alle Rechte vorbehalten.  
Abgabe gegen Schutzgebühr.  
1. Auflage, Stuttgart 2015

ISBN 978-3-945414-23-1

# „Heraus zum Massenstreik“

## Der Mössinger Generalstreik vom 31. Januar 1933 – linker Widerstand in der schwäbischen Provinz

### Inhalt

<b>Vorwort</b>	2
<b>Einführung</b>	4

### Texteinheiten und Lernziele

T 1	Kontinuität der Armut – vom Handwerker- und Bauerndorf zur Industriegemeinde	5
T 2	Politische Entwicklungslinien bis 1933 – das Erstarken der Extreme	5
T 3	Sozialleben im Wandel – Mössinger Arbeitervereine im Aufschwung	6
T 4	Machtübernahme im Reich und in Württemberg	7
D 1	Didaktischer Zugang: Arbeit mit historischen Quellen	8
T 5	Der Vorabend des Generalstreiks und die Vorbereitung der Aktion	10
T 6	31. Januar 1933: der Mössinger Generalstreik	10
T 7	Die Folgen des Generalstreiks – Verhaftungen, Denunziationen, Prozesse	11
T 8	Nach der Machtübertragung – der frühe linke Widerstand	12
T 9	1933 bis 1945: Mössingen im Nationalsozialismus	13
D 2	Didaktischer Zugang: Arbeit im Archiv	14
T 10	Zäsurjahr 1945 – das Ende der NS-Diktatur in Mössingen	15
T 11	Aufarbeitung der NS-Zeit – Schweigen und Rehabilitierung der Streikteilnehmer	16
T 12	Bewertung des Widerstands seit 1945 – Kontroversen und Deutungen im Wandel	16
D 3	Didaktischer Zugang: Zeitzeugenbefragung	18
T 13	Beginnende Aufarbeitung des Mössinger Generalstreiks in den 1980er-Jahren	19
T 14	Mössingen heute – produktive Annäherung an die Geschichte	20

### Arbeitsmaterialien und Aufgaben

Inhaltsverzeichnis: Überblick über die Arbeitsblätter A 1 bis A 14 mit Materialien, Arbeitsaufträgen und Aufgaben zu den jeweiligen Texteinheiten	23
A 1 bis A 14	24 bis 51

### Begleitmaterial

Der Generalstreik vor Ort in Mössingen: auf den Spuren des Protestzugs	53
Stationen der Aufarbeitungsgeschichte	55
Die Pausa und die Gebrüder Löwenstein	56
Kreative Auseinandersetzungen mit der Widerstandsaktion	57
D 4 – Didaktischer Zugang: Gedenkstättenbesuch	59

### Anhang

Adressen, Kontakte, Links	61
Literaturhinweise	62
Veröffentlichungen der LpB	64

## Vorwort

Die NS-Diktatur begann am 30. Januar 1933 mit Hitlers Machtübernahme. Nur wenige Wochen später waren die Fundamente des demokratischen Rechtsstaats weitgehend zerstört – die Grundrechte ausgehebelt, das Prinzip der Gewaltenteilung beseitigt, die Presse- und Meinungsfreiheit abgeschafft. Mit Propaganda, Terror und Gewalt schufen die Nationalsozialisten eine neue Ordnung. Der Wandel glich einem Dammbbruch, beschleunigt und verstärkt durch die Bereitschaft vieler Deutscher zur Selbstgleichschaltung.

Mit dem 30. Januar 1933 begann zugleich die Geschichte des Widerstands. An einigen Orten kam es zu Protesten der politischen Linken. Die KPD rief zu einem reichsweiten Generalstreik auf. In Mössingen, einem Dorf am Fuß der Schwäbischen Alb, ging man zunächst davon aus, Teil einer flächendeckend organisierten Aktion zu sein. Presseberichten zufolge marschierten am Ende 800 bis 1000 Personen mit. Nicht nur in der Geschichte des Ortes, der damals etwa 4000 Einwohner hatte, war dies ein außergewöhnliches Ereignis. Auch in der deutschen Geschichte ragt der Mössinger Generalstreik heraus.

Anna Renz, die 1978 zu ihrer Teilnahme am Streik befragt wurde, prägte die heute viel zitierte Formulierung „Da ist nirgends nichts gewesen außer hier“. Dennoch hat es lange gedauert, bis die Protestaktion als eine frühe Aktion des Widerstands gegen den Nationalsozialismus wahrgenommen worden ist. Auch in Mössingen selbst hat man sich mit dem Rückblick schwergetan.

Dieses Lese- und Arbeitsheft in der Reihe MATERIALIEN, das in enger Zusammenarbeit mit dem Stadtarchiv Mössingen und dem Stadtmuseum Mössingen entstanden ist, zeichnet die Geschichte des Generalstreiks nach. Es beleuchtet die besonderen gewachsenen Voraussetzungen in dem Dorf, die unmittelbare Vorgeschichte und den eigentlichen Generalstreik samt dessen Nachwirkungen bis in die Nachkriegszeit hinein. Und es befasst sich mit der verzögerten Aufarbeitungsgeschichte dieses Generalstreiks. Warum war die Erinnerung in dem Ort so schwierig? Weshalb mussten erste Anregungen zur Aufarbeitung von außen, etwa von Wissenschaftlern der Universität Tübingen kommen? Was hat das mit der lange verweigerten Anerkennung des kommunistischen Widerstands im westlichen Nachkriegsdeutschland zu tun? Mit solchen Fragen setzen sich die Mössinger heute in kontroversen Debatten auseinander. Aus der Geschichte der Protestaktion, aus der Zivilcourage der Beteiligten, aus ihrem Mut, Position zu beziehen, aber auch aus ihren Widersprüchen lässt sich vieles lernen. Doch der Generalstreik hat auch eine „zweite Geschichte“. Sie beinhaltet einen Erinnerungskonflikt, der bis in die Gegenwart reicht und mindestens genauso lehrreich ist.

Vierzehn Arbeitsblätter ergänzen die jeweiligen Texteinheiten mit Materialien: mit dem Flugblatt, das am Tag nach der „Machtergreifung“ in Mössingen verteilt wurde, aber auch mit Gerichtsakten, Gemeinderatsprotokollen, Zeugnissen von Zeitzeugen, Wahlergebnissen und Fotografien. Die Arbeitsblätter sind mit Aufgaben versehen, die zur Ausei-

nersetzung mit den Ereignissen damals und ihrer Aufarbeitung bis heute anregen. Das Begleitmaterial zeichnet den Weg des Streikzugs im heutigen Mössingen nach. Der Anhang enthält Kontakte und Links, Quellen und weiterführende Literatur.

Die Lese- und Arbeitshefte in der Reihe MATERIALIEN vermitteln historisches Wissen, kombiniert mit praktischen Anregungen für die Bildungsarbeit. Sie lassen sich im Schulunterricht, in der Jugendarbeit und an Gedenkstätten einsetzen. Mit der Reihe kommen die Gedenkstätten und die Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (LpB) der Aufforderung der Bildungspläne nach, Angebote mit regionalem Bezug an außerschulischen Lernorten zu entwickeln. Die Erfahrungen, die man an den authentischen historischen Orten mit jungen Besuchern gesammelt hat, sind in die Konzeption eingeflossen. Die Reihe vermittelt zugleich ein Abbild der Erinnerungskultur im Land.

Ohne die Expertise vor Ort wäre auch dieses Lese- und Arbeitsheft nicht entstanden. Dr. Franziska Blum (Stadtarchiv Mössingen) und Dr. Hermann Berner (Stadtmuseum Mössingen) haben die Texte verfasst. Vor allem aber haben sie ihre Sammlungen eingebracht, Quellen gesichtet und weitere Recherchen angeleitet, die in das Heft eingeflossen sind. Studiendirektor Dieter Grupp aus Albstadt hat die Aufgaben für die Arbeitsblätter entworfen.

Zu den Vorarbeiten zählte auch ein zweitägiger Workshop im LpB-Tagungszentrum Haus auf der Alb in Bad Urach: Studierende der Universität Tübingen erstellten ein erstes Konzept für die Arbeitsblätter. Der Workshop war Bestandteil eines Hauptseminars am Seminar für Zeitgeschichte, das Prof. Dr. Reinhold Weber im Wintersemester 2014/15 zum Widerstand gegen den Nationalsozialismus im deutschen Südwesten anbot. Auch Dr. Franziska Blum, Dr. Hermann Berner und der Fachbereich Gedenkstättenarbeit unterstützten die Studierenden bei der Gestaltung ihrer Entwürfe. Viele Anregungen aus dieser kreativen Werkstatt sind später in den redaktionellen Entwicklungsprozess eingeflossen. Dr. Franziska Blum, Dr. Hermann Berner und allen anderen, die zur Entstehung dieses Lese- und Arbeitshefts in der LpB-Reihe MATERIALIEN beigetragen haben, dankt die Landeszentrale für politische Bildung.

Stuttgart, November 2015

**Lothar Frick**  
Direktor

**Sibylle Thelen**  
Fachbereich Gedenkstättenarbeit



## Einführung

Am 30. Januar 1933 wurde Adolf Hitler von Reichspräsident Hindenburg zum Reichskanzler ernannt. Die KPD rief für den Folgetag zum Generalstreik auf, aber nirgends wurde konsequent versucht, diesen umzusetzen. In Mössingen dagegen, einem Dorf am Fuße der Schwäbischen Alb mit etwa 4 000 Einwohnern und seinen im Ort verankerten kommunistischen Organisationen, kam es zu einer Streikaktion mit über 800 Beteiligten. Der Mössinger Streikzug versuchte am Nachmittag des 31. Januar 1933, die drei größten örtlichen Fabriken lahm zu legen. Während die Beschäftigten der ersten Fabrik für die Teilnahme stimmten und von den Fabrikbesitzern für den Rest des Tages frei bekamen, drangen die Streikenden in die zweite Firma ein, stellten die Maschinen ab und drängten die Beschäftigten teilweise gewaltsam hinaus. Am dritten Betrieb stand der Demonstrationzug vor verschlossenen Toren. Als sich einige Streikende gewaltsam an den Toren zu schaffen machten, ordnete die Streikleitung die Rückkehr zum ursprünglichen



Stadtmuseum Mössingen

Die Trommel der Mössinger Antifaschistischen Aktion ist zum Wahrzeichen des Generalstreiks avanciert, obwohl am Tag des Streiks selbst keine dabei war.

Ausgangspunkt an. Dabei wurde der Streikzug dann von einer Staffel der Reutlinger Bereitschaftspolizei aufgelöst. Zahlreiche Teilnehmer wurden verhaftet und 80 Personen im Laufe des Jahres 1933 wegen Landfriedensbruchs und Hochverrats verurteilt. Die Haftstrafen bewegten sich zwischen drei Monaten und viereinhalb Jahren.

Die Urteile gegen die Streikteilnehmer wurden 1948 offiziell aufgehoben. In zwei Prozessen, bei denen es um Haftentschädigungen ging, urteilten die Gerichte, dass ein Generalstreik nach der Machtübergabe an Hitler ein sinnvolles Mittel gewesen wäre, dessen Regierung zu verhindern, und dass die Mössinger Aktion als ein Verdienst zum Wohl des deutschen Volkes anzusehen sei. Trotzdem war die Aktion in Mössingen selbst lange kein Thema. Wenn überhaupt sprach man despektierlich vom erfolglosen „Mössinger Aufstand“ der örtlichen Kommunisten, die die Errichtung einer Dikta-

tur nach sowjetischem Muster zum Ziel gehabt hätten. Erst mit der Aufarbeitung der Ereignisse, angestoßen durch ein Forschungsprojekt des Ludwig-Uhland-Instituts der Universität Tübingen und einen Film mit Zeitzeugen des Streiks in den 1980er-Jahren, rückte der Mössinger Generalstreik wieder in das Bewusstsein einer breiten Öffentlichkeit. In der Folge entwickelte sich in Mössingen eine erhitzte Diskussion über die Legitimität der Gewaltanwendung beim Generalstreik, über das Demokratieverständnis der beteiligten Kommunisten und deren vermeintliche Pläne. Im Ort selbst wurde die Aktion vom 31. Januar 1933 auch über den 80. Jahrestag hinaus gegensätzlich bewertet. Landes- und bundesweit hat sich seither die Anerkennung des Streiks als frühe Widerstandsaktion etabliert. Auch die Ausstellung „Anständig gehandelt. Widerstand und Volksgemeinschaft 1933–1945“ im Haus der Geschichte Baden-Württemberg 2012/13 griff den Generalstreik auf und präsentierte die Trommel der Mössinger Antifaschistischen Aktion als prominentes Exponat.

Das vorliegende Heft zeigt die Ereignisse des 31. Januar 1933, ihre Vorgeschichte sowie die Nachwirkungen auf und ordnet sie in den regionalen und überregionalen Zusammenhang ein. Zudem werden die unterschiedlichen Positionen der Diskussion um die Bewertung des Generalstreiks aufgezeigt und in den Kontext der Aufarbeitung des NS-Widerstands in der Bundesrepublik Deutschland gestellt. Parallel zum Erscheinen dieses Heftes präsentieren Museum und Archiv der Stadt Mössingen die von der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg geförderte Website [www.moessinger-generalstreik.de](http://www.moessinger-generalstreik.de), die einen virtuellen Gedenkort bilden soll. Bisher erinnern lediglich eine 2003 eingeweihte Gedenktafel an der Langgass-Turnhalle, dem Ausgangspunkt des Streikzugs, und die wenigen noch stehenden Gebäude an die Mössinger Widerstandstat. Die beiden Ausstellungen, die das Stadtmuseum und das Stadtarchiv zum 80. Jahrestag zeigten, sind am Ende des Gedenkjahrs wieder abgebaut worden. Sämtliche Texte und Recherchen fließen nun in das Heft und die Website ein und bilden damit das Fundament für ein Gedenken, das hoffentlich bald an einen realen Erinnerungsort in Mössingen gebunden sein wird.

Ziel ist es, dem Mössinger Generalstreik einen festen Platz in der Geschichte des Widerstands zu geben. An den Ereignissen des 31. Januar 1933 in einem Dorf in der schwäbischen Provinz lassen sich nämlich Fragen diskutieren, die über Mössingen und die Region hinaus relevant sind: Fragen nach Demokratie, Zivilcourage und Widerstandsrecht sowie die Frage nach den Handlungsmöglichkeiten des Einzelnen unter den Bedingungen eines menschenverachtenden Regimes.

**Hermann Berner**  
Stadtmuseum Mössingen

**Franziska Blum**  
Stadtarchiv Mössingen

# Texteinheiten und Lernziele



Staatsarchiv Sigmaringen Wü 28/3 T 13 L38/33B

Der Nähsaal der Trikotwarenfabrik Merz war der Brennpunkt der Auseinandersetzungen während des Mössinger Generalstreiks – eine Aufnahme vom Tatort wenige Tage danach.

## Kontinuität der Armut – vom Handwerker- und Bauerndorf zur Industriegemeinde

Weltoffen und arm – mit diesen beiden Schlagwörtern könnte man die Lebensumstände der Mössinger Bevölkerung im 19. Jahrhundert und in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts charakterisieren. Das Zusammenspiel dieser Eigenschaften schuf besondere gewachsene Verhältnisse, die später die Ausgangsbedingungen des Generalstreiks am 31. Januar 1933 prägen sollten.

Die Mössinger Markung im Steinlachtal, südlich von Tübingen am Nordrand der Schwäbischen Alb gelegen, war von alters her dicht besiedelt. Die Bevölkerung Mössingens und des Teilorts Belsen lebte von der Landwirtschaft, aber die Arbeitsbedingungen waren hart. Zunehmend wirkten sich auch die Folgen des Erbrechts aus. Gemäß der Realteilung, die in weiten Teilen Württembergs galt, musste der Besitz unter allen Erbberechtigten aufgeteilt werden. Über die Generationen hinweg wurden deshalb auch in Mössingen die Grundstücke immer kleiner, bis die „Handtuchfelder“ kaum noch ausreichten, um eine Familie zu ernähren.

Zu Beginn des 19. Jahrhunderts sorgte zunächst die Branntweinbrennerei für zusätzliche Einnahmen. Den Schnaps verkaufte man über die Region hinaus. Doch bald nahm die Not wieder zu und viele Mössinger mussten sich nach einem Nebenerwerb umsehen, einem einfachen Handwerk wie etwa dem des Rechen- und Gabelmachers, das sich in Kombination mit einer kleinen Landwirtschaft ausüben ließ. Andere gingen als Saison- oder Wanderarbeiter in die Fremde, etwa nach Frankreich oder in die Schweiz. Von dort kehrten einige mit sozialistischem Gedankengut zurück ins Steinlachtal. Nicht wenige entschieden sich, das Dorf für immer zu verlassen. Zwischen 1871 und 1895 wanderten etwa dreißig Prozent der Einwohner aus, die meisten nach Amerika. Die Auswanderungsrate war eine der höchsten in Württemberg. Migration hatte Tradition in der Region. Schon Ende des 18. und Anfang des 19. Jahrhunderts waren viele Steinlachtäler ausgewandert, zunächst nach „Preußisch Polen“, dann nach Südrussland und bis ans Schwarze Meer.

1869 wurde das Dorf an das württembergische Eisenbahnnetz angeschlossen. Die Strecke führte von Tübingen über Mössingen nach Hechingen. Bald darauf siedelten sich die ersten Industriebetriebe im Ort an, die Buntweberei Hummel und die Seidenspinnerei Ammann & Söhne. Trotz der neuen Arbeitsplätze in der Industrie blieben die Lebensumstände prekär. In beiden Textilbetrieben fanden insbesondere junge Mädchen eine Anstellung. Die Ende des 19. Jahrhunderts entstandenen Kunststeinwerke boten hingegen einigen Männern einen Arbeitsplatz. Aber auch dort waren die Löhne niedrig. Mössingen blieb weiterhin ein Auspendlerdorf. Wer auswärts arbeitete, musste frühmorgens mit dem Zug in die umliegenden Industrieorte fahren und kam erst abends zurück.

Bis in das erste Drittel des 20. Jahrhunderts änderte sich wenig an der Erwerbslage im Dorf. Die Löhne stiegen kaum, auch als mit der Buntweberei Burkhardt ein dritter größerer Textilbetrieb hinzukam. Die Buntweberei Hummel war nach verschiedenen Besitzerwechseln inzwischen ins Eigentum der Gebrüder Löwenstein übergegangen und hieß nun Mechanische Weberei Pausa. Otto Merz führte seit 1925 die Firma Ammann & Söhne als Trikotwarenfabrik weiter. Insgesamt beschäftigten die drei Betriebe 454 Arbeiter, 52 Prozent davon waren Frauen. Noch immer wanderten viele Mössinger aus. Vor Ort gab es zwar nach wie vor eine stattliche Anzahl an kleingewerblichen Betrieben, doch auch als Handwerker musste man sich nebenher als sogenannter Mondscheinbauer ein Zubrot in der Landwirtschaft verdienen.

Bis Mitte des 20. Jahrhunderts veränderte sich die Einwohnerzahl kaum. Über ein Jahrhundert hinweg hatte sie sich trotz hoher Geburtenraten konstant zwischen 3500 und 4000 Einwohnern bewegt. In regelmäßigen Abständen nahm die Bevölkerung um mehrere Hundert Personen ab. Dies zeigt, dass die Erwerbsmöglichkeiten eingeschränkt blieben. Viele Mössinger sahen sich weiterhin gezwungen, ihr Auskommen in der Fremde zu suchen.

## Politische Entwicklungslinien bis 1933 – das Erstarken der Extreme

Als ein „halsstarrisches, rebellisches Gesindlein“ beschrieb ein württembergischer Beamter 1607 die Mössinger, mit denen er seine liebe Mühe hatte. Diese gern zitierte Aussage kolportiert auf volkstümliche Weise die besondere örtliche Widerständigkeit gegen die Obrigkeit.

Im Jahre 1827 scheint diese Zuschreibung durch einen dörflichen Aufruhr bestätigt, in dem sich die Mössinger gegen die von Amts wegen angeordnete Einsetzung eines unbeliebten Schultheißen (Bürgermeisters) verwarnten. Erst durch die Stationierung von Soldaten und die Verhaftung der Anführer konnte sich der Oberamtmann (Landrat) gegen die Mössinger durchsetzen. Ob sich an diesen Ereignissen jedoch eine besondere Renitenz der Mössinger festmachen lässt, bleibt offen. Eine Erklärung könnte möglicherweise auch sein, dass man sich „fremdregiert“ fühlte. 1810 war das evangelisch-pietistische Mössingen, das jahrhundertlang zum Oberamt Tübingen gehört hatte, dem

überwiegend katholischen Oberamt Rottenburg zugeschlagen worden. Mit den umliegenden Gemeinden des Steinlachtals bildete der Ort eine Art konfessionelle Enklave in dem Verwaltungsbezirk. Die unterschiedliche Prägung zeigte sich auch in den Wahlergebnissen der Kaiserreichszeit. Während im katholischen Gebiet und in der Amtsstadt selbst die katholische Zentrumsparterie stark war, wählten die Mössinger überwiegend linksliberal. 1893 erzielte der Kandidat der Demokratischen Volkspartei (DVP), Friedrich Payer, 83,4 Prozent. Das entsprach dem gängigen württembergischen Wahlmuster: Die Volkspartei war die Partei der Protestanten, der „Antipreußen“ sowie der kleinen Handwerker und Gewerbetreibenden. Als die Sozialdemokraten 1898 im Wahlkreis erstmals einen Kandidaten stellten, wählten 33 Mössinger die SPD. Drei Jahre später wurde eine SPD-Ortsgruppe, der „Bezirksverein Steinlachtal“, gegründet. Bei den Reichstagswahlen erlangte sie 1903 bereits 33,6 Prozent, 1912 sogar 42 Prozent.





Mössingen 1914: Das Dorf am Fuß der Schwäbischen Alb ist zu dieser Zeit bereits seit mehr als vierzig Jahren an das Eisenbahnnetz angeschlossen.

Nach dem Ersten Weltkrieg spalteten sich links von der SPD die USPD und später die KPD ab. Anders als im Reich oder in Württemberg wurde in Mössingen die KPD zur vorherrschenden Partei im Milieu der „kleinen Leute“ aus Arbeitern, Handwerkern und Kleinbauern. Bei den Reichstagswahlen 1924 und 1928 erzielten die Kommunisten mit 26,5 bzw. 25,8 Prozent das höchste Ergebnis im Ort, während die SPD bis zum Ende der Weimarer Republik immer weiter an Boden verlor. Doch die örtlichen Wahlergebnisse beschreiben kein Gegeneinander. Im dörflichen Alltag blieben Sozialdemokraten und Kommunisten im Milieu der Arbeitervereine verbunden. Die Abgrenzung der Kommunisten auf Reichsebene, die die Sozialdemokraten ab 1929 zunehmend als „Sozialfaschisten“ ablehnten, fand in Mössingen nicht statt. Daran wird auch deutlich, dass die Direktiven der Kaderpartei in Mössingen nicht unbedingt Geltung fanden. Die Mössinger Kommunisten

positionierten sich pragmatisch. Im Gemeinderat, der in der Weimarer Republik durchgängig zu etwa zwei Dritteln bürgerlich-konservativ geprägt war, bildeten KPD und SPD einen Block von mindestens fünf der insgesamt 16 Abgeordneten.

Trotz starker politischer Gegensätze zwischen Bürgerlichen und Linken arbeitete man bis Anfang der 1930er-Jahre gut zusammen. Gemeinsam brachte der Gemeinderat mehrere größere Bauprojekte auf den Weg. Zu dieser pragmatischen Gemeinderatsarbeit trug nicht zuletzt der kompromissorientierte Bürgermeister Karl Jaggy bei.

Die Weltwirtschaftskrise ab 1929 führte auch in Mössingen zu hoher

Arbeitslosigkeit und großer Not. Das politische Klima wurde deutlich rauer, die sozialen Gegensätze verschärften sich und auch viele frühere Nichtwähler wurden mobilisiert. 1930 verzeichnete die pietistisch-konservative Partei des Christlich-Sozialen Volksdienstes (CSVD) in Mössingen auf Anhieb 39 Prozent. Aus der Reichstagswahl 1932 gingen dann vor allem zwei Parteien mit starken Zuwächsen hervor: Die KPD erreichte 32 Prozent, die NSDAP kam auf 43 Prozent (siehe A2). Die hohen Zugewinne der Nationalsozialisten dokumentieren dabei weniger ein Erstarken des rechten Parteienmilieus als vielmehr ein Protestwahlverhalten gegenüber der selbstbewussten Linken in Mössingen. Das Erstarken der Extreme auf beiden Seiten des Parteienspektrums verdeutlicht – wie überall im Deutschen Reich – die völlige Erosion der politischen Mitte. Es zeigt aber auch die zunehmende ideologische Polarisierung im Ort.

## T 3

## Sozialleben im Wandel – Mössinger Arbeitervereine im Aufschwung

Jahrzehntelang hatte die evangelische Kirche das kulturelle Leben der Mössinger geprägt. Vor allem der Pietismus übte im 19. Jahrhundert auf die in ärmlichen Verhältnissen lebenden Steinlachtäler eine große Anziehungskraft aus. Nicht selten bestimmte er neben dem Arbeitsleben nahezu den gesamten Alltag. Abwechslung brachten lediglich jahreszeitliche Feste, persönliche Feiern oder Wirtshausbesuche. Zwar versuchte der strenge Pietismus, wie er sich vor allem in Belsen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts herausgebildet hatte, diese weltlichen Vergnügungen zu unterbinden und das Leben des Einzelnen vollständig dem Glauben unterzuordnen. Aber allgemein verbindlich ließ sich das nie durchsetzen.

Vor allem die Jugend rebellierte. Im 19. Jahrhundert war der Brauch der „Lichtstuben“ und „Quartiere“ weit verbreitet, in denen sich unverheiratete Mädchen und Jungen nach Altersgruppen und Geschlecht getrennt trafen. Die Zusammenkünfte fanden winters in der Wohnung eines verheirateten Paares statt, die als Hauseltern gegen ein

geringes Entgelt ihre Stuben zur Verfügung stellten. Mädchen ab 14 Jahren gingen in die „Lichtstube“, wo sie ihre Zeit mit Gesprächen und Handarbeiten verbrachten. Jungen kamen ins „Quartier“, unterhielten sich, spielten Karten und tranken Bier. Man besuchte sich auch gegenseitig, was die Kirchenvertreter nicht gerne sahen. Im Sommer verabredete man sich innerhalb der Altersgruppen im Freien. Verheiratete Erwachsene hatten neben der Arbeit nur wenig Freizeit. Wurde diese nicht im kirchlichen Umfeld verbracht, blieb den Männern der Gang in die Wirtschaft und den Frauen der Plausch mit der Nachbarin.

Um die Wende zum 20. Jahrhundert begann sich das Freizeitverhalten zu ändern. Zwar gab es schon seit 1836 einen Gesangverein, aber diesen besuchten lediglich einige „gestandene Männer“. Auch der erste Turnverein (1898–1900) hatte nur wenige Mitglieder. Dies änderte sich mit der Neugründung im Jahre 1904. Von Anfang an kümmerte sich ein „Zöglingswart“ um die Jugend. Der Turnverein trat schon bald dem Arbeiterturnerbund bei und wurde

zunehmend von den Linken dominiert, die ihre Basis im Vereinswesen immer mehr ausbauten: 1912 kam der Arbeiterradfahrverein dazu, 1922 der Arbeitergesangverein, 1920 wurde das „Arbeiter-Sportkartell“ gegründet, das sich 1925 in Eigeninitiative sogar die größte Turnhalle der Umgebung baute, die Langgass-Turnhalle. Sie entwickelte sich zu einer Art Kulturzentrum für die Mössinger Arbeitervereine. Neben Sportveranstaltungen und Vereinsfeiern fanden hier politische Veranstaltungen und Theateraufführungen statt. Eine 1924 gegründete Turngemeinde verstand sich dagegen als „politisch neutral“, konnte sich aber nur vorübergehend halten, vor allem durch den Beitritt der ATV-Fußballer, die sich jedoch 1932 zu einem eigenen Verein für Rasensport (VfR) zusammenschlossen.

In der dörflichen Lebenswelt der Arbeiter, Handwerker und Kleinbauern hatten sich in einer milieuinternen Auseinandersetzung die Anhänger der KPD immer mehr durchgesetzt. Sie dominierten die Sportvereine und – was überregional bemerkenswert war – auch den örtlichen Konsumverein mit seinen fünf Filialen, der für die Genossenschaftsmitglieder eine wichtige Bezugsquelle für Grundnahrungsmittel war. Andernorts waren es meist Sozialdemokraten, die diese Einkaufsgenossenschaften organisierten.

Vor allem die Dorfjugend wurde von der Turnhalle und den Veranstaltungen dort angezogen. Die Jahrganggruppen verloren zunehmend an Bedeutung und auch die bürgerlichen Vereine rückten in den Hintergrund.

Um 1930 begannen sich die Mössinger KPD-Anhänger zunehmend zu radikalisieren. Sie positionierten sich gegenüber dem aufkommenden Nationalsozialismus. 1930 wurden Ortsgruppen des „Kampfbundes gegen den Faschismus“ und der

„Roten Hilfe“ gegründet. 1932 trat der ATV vom Arbeiterturn- und Sportbund zum kommunistischen Rotsportbund über. Zudem entstand eine Gruppe der Antifaschistischen Aktion mit einer Trommler- und Pfeifertruppe, an der sich auch Nichtkommunisten beteiligten. Nach wie vor kooperierte man mit den wenigen Anhängern der SPD. Auch hier war in Mössingen vom Bruderkampf der Arbeiterparteien wenig zu spüren.

Wie in der KPD engagierten sich auch in den Arbeitervereinen viele Handwerker. Ein guter Teil von ihnen war sogar selbstständig, was ein Licht auf die besondere Mössinger Sozialstruktur wirft, denn selbst als Besitzer eines kleinen handwerklichen Betriebs lebte man am Existenzminimum und solidarisierte sich mit den Zielen der Arbeiterschaft. Trotz der Verankerung der KPD-Anhänger in diesem Arbeiter- und Handwerkermilieu und in den mitgliederstärksten örtlichen Vereinen und auch trotz ihrer Dominanz im Kulturleben blieb das bevölkerungsreiche Dorf nach wie vor stark bäuerlich und pietistisch geprägt – Mössingen war kommunistisch-pietistisch.



Stadtarchiv Mössingen; Steinlach-Zeitung

Originell gekontert: Den „Hitlerschatten“ der NSDAP-Ortsgruppe bestrahlen die Mössinger Linken mit Sonne, Steinlach-Zeitung 3. und 4. Juli 1931.

## T 4

### Machtübernahme der Nationalsozialisten im Reich und in Württemberg

Am 30. Januar 1933 wurde Adolf Hitler von Reichspräsident Paul von Hindenburg zum Reichskanzler ernannt. In seiner „Regierung der nationalen Konzentration“, einer Koalition aus NSDAP und DNVP, saßen neben acht Vertretern des deutschnationalen Lagers insgesamt drei Nationalsozialisten: Hitler, Reichsinnenminister Wilhelm Frick und Hermann Göring als Minister ohne Geschäftsbereich. Umgehend begann Hitler mit dem systematischen Ausbau seiner Macht und der Errichtung einer Diktatur.

Die deutschnationalen Regierungspartner hatten noch geglaubt, Hitler in einer Koalition „zähmen“ zu können, aber schon am 1. Februar 1933 setzte er die Auflösung des Reichstags durch. Zugleich wurden Neuwahlen für den 5. März 1933 anberaumt. Noch am selben Abend erklärte Hitler in einem Aufruf der Reichsregierung, „oberste und

erste Aufgabe“ sei es, „die geistige und willensmäßige Einheit des deutschen Volks wieder herzustellen“. Voraussetzung sei „die Überwindung der kommunistischen Zersetzung“, „des Klassenwahnsinns und des Klassenkampfes“. Wenige Tage später, am 3. Februar 1933, sprach er gegenüber der Reichswehrführung unverbrämt von der beabsichtigten „Beseitigung des Krebschadens der Demokratie“.

Am 4. Februar 1933 veranlasste Hitler die „Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze des Deutschen Volks“. Diese schränkte gleich zu Beginn des Reichstagswahlkampfes die Versammlungs- und Pressefreiheit sowie das Recht auf freie Meinungsäußerung ein.

Den Brand des Reichstagsgebäudes in der Nacht vom 27. auf den 28. Februar 1933 nutzte Hitler zum Erlass



## Didaktischer Zugang

### Arbeit mit historischen Quellen

Unser gesamtes Wissen über die Vergangenheit speist sich aus einer Vielzahl von historischen Quellen wie etwa schriftlichen Dokumenten und Fotografien, Objekten oder verschiedenen Gegenständen. Diese Hinterlassenschaften bestimmen unser Geschichtsbild. Sie stellen die wichtigste Grundlage für die Auseinandersetzung mit historischen Fragestellungen dar. Die Quellen geben Auskunft über Ereignisse und erzählen von den Lebensbedingungen früherer Zeiten.

Quellenarbeit heißt, die Spuren der Vergangenheit zu untersuchen und in einen historischen Kontext zu setzen. Dabei ist die Arbeit auch Interpretationssache und kann stark von derjenigen Person abhängen, die sich mit der Quelle befasst. Diese Interpretation kann bewusst oder auch unbewusst durch Wertungen, Deutungen oder bereits vorgefertigte Annahmen beeinflusst werden. Quellenarbeit zeichnet sich durch eine kritische und reflektierte Analyse aus.

### Wichtige Schritte bei der Arbeit mit textbasierten Quellen

#### Lesearbeit und Inhaltsanalyse

- Aufmerksames Lesen: Welcher erste Eindruck ergibt sich?
- Was ist aus der Quelle zu erfahren?
- Was wird behauptet, was widerlegt?

#### Analyse der Form (äußere Quellenkritik)

- Welche Informationen zur Verfasserin bzw. zum Verfasser sind zu erkennen?
- An wen könnte sich die Quelle gewandt haben?
- Handelt es sich um eine Primär- oder Sekundärquelle?
- Wusste die Autorin bzw. der Autor, dass der Text veröffentlicht wird?

#### Inhaltsstruktur (innere Quellenkritik)

- Welche unbekanntes Begriffe enthält die Quelle?
- Wie lässt sich der Inhalt strukturiert darstellen (oder wiedergeben)?
- Welchen Ort, Zeitpunkt und historischen Kontext beschreibt die Quelle?
- Was könnte eine mögliche Absicht der Autorin bzw. des Autors gewesen sein?
- Welchem Zweck diene die Quelle vermutlich?
- Wurde der Text verändert oder möglicherweise verfälscht?
- Kann die Echtheit der Quelle festgestellt werden?

#### Vergleich und Interpretation

- Werte die Quelle anhand deiner Analysen aus und interpretiere die Quelle hinsichtlich deiner Fragestellung.
- Welche Fragen bleiben offen?
- Lassen sich die Quellen mit anderen Quellen vergleichen?

Literaturhinweise:

Nach: MATERIALIEN 2/2013, S. 6 sowie Bernd-A. Rusinek: Quellenkritik und -interpretation.

Auf die Fragen kommt es an. In: Dittmer/Siegfried (Hrsg.), Spurensucher. Ein Praxisbuch für die historische Projektarbeit (2005), S. 180–198.

der „Notverordnung zum Schutz von Volk und Staat“ durch den Reichspräsidenten. Diese sogenannte Reichstagsbrandverordnung setzte die Grundrechte „bis auf Weiteres“ außer Kraft. Mit der „Notverordnung“ ließen sich umfassende Repressalien gegen politische Gegner, gegen Kommunisten und zunehmend auch Sozialdemokraten legitimieren. Gleich am frühen Morgen des 28. Februar und in den Tagen danach gab es reichsweit Tausende von Festnahmen; in Württemberg wurden etwa 200 Kommunisten in Gewahrsam genommen, darunter auch Landtagsabgeordnete. Diese Maßnahmen wurden noch von Staatspräsident Eugen Bolz vom Zentrum geleitet, der zugleich als württembergischer Innenminister für die Polizei zuständig war. Als Anhänger der christlichen Soziallehre lehnte der Zentrumspolitiker die NSDAP jedoch offen ab. Wenige Wochen später sollte er selbst von den Nationalsozialisten aus dem Amt gedrängt und in „Schutzhaft“ genommen werden.

bereits entweder in „Schutzhaft“ oder vor den Schlägertrupps von SA und SS in den Untergrund geflüchtet. Auch 26 SPD-Abgeordnete fehlten deshalb. Das neue Gesetz übertrug der Regierung alle legislative Gewalt. Der Reichstag hatte sich selbst entmachtet. Hitler war nicht mehr an Parlament und Verfassung gebunden.

Auch in Württemberg war die NSDAP aus den Wahlen als mit Abstand stärkste Partei hervorgegangen, wenngleich sie auch hier mit 42 Prozent die absolute Mehrheit verfehlt hatte. Sie wirkte dennoch auf die Neubildung der Regierung auf der Grundlage der Reichstagswahlergebnisse hin. Am 15. März 1933 wurde der NSDAP-Gauleiter von Württemberg-Hohenzollern, Wilhelm Murr, vom Landtag mit 36 von 68 Stimmen zum neuen Staatspräsidenten gewählt. Die SPD-Fraktion votierte für ihren Kandidaten, den langjährigen SPD-Abgeordneten Wilhelm Keil. Die Abgeordneten der

DDP und der Zentrumspartei enthielten sich. Murr erklärte noch am selben Abend den politischen Gegnern den Kampf: „Wir sagen nicht Aug um Aug, Zahn um Zahn. Nein, wer uns ein Auge ausschlägt, dem schlagen wir den Kopf ab. Und wer uns einen Zahn ausschlägt, dem schlagen wir den Kiefer aus.“

Mit der Reichstagswahl vom März 1933 gewannen die Prozesse der „Machtergreifung“ und der „Gleichschaltung“ in den Ländern und Kommunen an Dynamik. Die Atmosphäre war von Terror auf der Straße einerseits und von rasch aufeinanderfolgenden administrativen Maßnahmen andererseits geprägt. Weil ein machtergreifender und machtkontrollierender Föderalismus einer Diktatur entgegensteht, wurden die Landesregierungen in einem ersten Schritt durch die Einsetzung von

„Reichskommissaren“ entmachtet. Am 8. März 1933 hatte die Reichsregierung dem NSDAP-Reichstagsabgeordneten und SA-Obergruppenführer Dietrich von Jagow die Regierungsgeschäfte in Württemberg übertragen. Von Jagow brachte die Polizei unter seine Kontrolle und ließ Oppositionelle im Konzentrationslager auf dem Heuberg (März bis Dezember 1933), später auch in Ulm am Oberen Kuhberg (ab November 1933) festsetzen. Für weibliche Gefangene wurde Ende März 1933 eine „Schutzhaftabteilung“ im Landesfrauengefängnis Gotteszell in Schwäbisch Gmünd eingerichtet. Reichsweit entstanden in den ersten beiden Jahren der NS-Herrschaft etwa 80 Konzentrationslager. Von Jagow organisierte in Württemberg auch den Boykott jüdischer Geschäfte am 1. April 1933.

In einem zweiten Schritt wurden die Parlamente auf Landes- und Gemeindeebene umgebildet und entmachtet. Mit dem „Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich“ vom 31. März 1933 wurde auch in Württemberg ein neuer Landtag gebildet – entsprechend der Reichstagswahlergebnisse vom März. Der neue Landtag traf sich am



LMZ Baden-Württemberg 038084

Stuttgart, 19. Juni 1933: Schaulustige verfolgen die Verhaftung von Staatspräsident Eugen Bolz vor dem Dienstsitz der politischen Polizei, dem einstigen Hotel Silber.

Straßenterror und Verhaftungen prägten den Wahlkampf vor der Reichstagswahl am 5. März 1933. Dennoch verfehlte die NSDAP mit 43,9 Prozent der Stimmen die absolute Mehrheit. Eine Mehrheit im Parlament hatte sie auch weiterhin nur mit der DNVP (8,1 Prozent). Hitlers Ziel war nun die Entmachtung des Reichstags. Die dafür notwendige Zweidrittelmehrheit für die Verabschiedung des „Ermächtigungsgesetzes“, des „Gesetzes zur Behebung der Not von Volk und Reich“, erreichte er durch die Manipulation der Geschäftsordnung des Reichstags. Abgeordnete, die unentschuldig fehlten, weil sie bereits verhaftet oder im Untergrund waren, galten fortan als ausgeschlossen. Ihre Mandate wurden eingezogen. Schlagartig vergrößerte sich dadurch die Mehrheit der NSDAP-DNVP-Koalition im Parlament. Am 23. März 1933 stimmten 444 Abgeordnete für das Gesetz, darunter auch die Abgeordneten der Zentrumspartei, der Deutschen Staatspartei (vormals DDP) und der konservativen Parteien. Nur 94 Abgeordnete der SPD stimmten trotz des massiven öffentlichen Drucks der NS-Verbände dagegen. Die KPD-Abgeordneten konnten sich an der Abstimmung nicht mehr beteiligen. Sie waren

8. Juni 1933 zu seiner ersten und letzten Sitzung. Dabei verabschiedete er bei Stimmenthaltung der SPD ein „Ermächtigungsgesetz“ für Württemberg. Das Recht zum Erlass von Landesgesetzen lag fortan beim württembergischen Staatsministerium. Als am 14. Oktober 1933 der Reichstag aufgelöst wurde, waren damit zugleich alle Landtage aufgelöst. Mit dem „Gesetz zum Neuaufbau des Reiches“ vom 30. Januar 1934, genau ein Jahr nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten, wurden die Volksvertretungen der Länder aufgehoben. Die Hoheitsrechte der Länder gingen auf das Reich über und die Landesregierungen wurden der Reichsregierung unterstellt. Die föderalen Strukturen der Weimarer Republik waren zerschlagen. Es galt: „Führerstaat“ statt Föderalismus.

In einem dritten Schritt entfernten die Nationalsozialisten mit dem „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamten-

tums“ vom 7. April 1933 jüdische und politisch missliebige Beamte aus dem öffentlichen Dienst. Betroffen waren vor allem Lehrer, Professoren, Richter und Verwaltungsbeamte. Das Gesetz diente zugleich auch den rassenpolitischen Zielen der NSDAP. Nach Regierung und Parlament waren nun auch der öffentliche Dienst und die Justiz „gleichgeschaltet“.

Nachdem die anderen Parteien auf Druck der Nationalsozialisten aufgelöst worden waren oder sich selbst aufgelöst hatten, besiegelte Hitler mit zwei Gesetzen vom 14. Juli und vom 1. Dezember 1933 den Einparteiensstaat. Die NSDAP war nun die einzige zugelassene Partei und „mit dem Staat unlöslich verbunden“. Neben den Politikern der KPD und der SPD gerieten auch die Vertreter des Zentrums zunehmend unter Druck. Sie verloren ihre beruflichen Stellungen, wurden bespitzelt, in Gefängnisse oder Konzentrationslager gesperrt.

## T5

## Der Vorabend des Generalstreiks und die Vorbereitung der Aktion

Einige Stunden nachdem die Machtübergabe an Hitler um 12 Uhr im Radio gemeldet wurde, traf in Mössingen ein Kurier aus Reutlingen ein. Er unterrichtete die ortsansässigen Kommunisten, dass die KPD für den nächsten Tag einen Generalstreik plane und man auf die Beteiligung von SPD und Gewerkschaften hoffe. Die beiden Großorganisationen beteiligten sich jedoch nicht an der KPD-Aktion. Für den Abend berief der Malermeister und Mössinger KPD-Vorsitzende Martin Maier eine öffentliche Versammlung der Arbeitervereine in der Turnhalle ein, um über das Vorgehen zu diskutieren.

Mehr als 200 Männer und Frauen folgten diesem Aufruf. Der Glasermeister Jakob Stotz, Mitglied der KPD und des Gemeinderats, warb in seiner Ansprache für eine Beteiligung am Streik. Die Versammlung beschloss, sich am folgenden Tag um 12 Uhr wieder vor der Turnhalle einzufinden, und zog – voran die Trommler und Pfeifer des „Antifaschistischen Kampfbundes“ – durch das nächtliche Mössingen. Während Hitlers „Inthronisierung“ reichsweit in vielen Städten mit Fackelzügen gefeiert wurde, marschierte man in Mössingen, um seinen Unmut zu äußern.

In der Nacht zum 31. Januar erhielt Jakob Stotz einige Hundert gedruckte Flugblätter der Stuttgart KPD-Bezirksleitung. Später sagte er vor Gericht aus, ein ihm unbekannter Radfahrer habe die Flugblätter aus Reutlingen gebracht. Diese wurden am nächsten Morgen vor den Mössinger Betrieben verteilt. Unter der Überschrift „Massenstreik! Hitler Reichskanzler“ forderte die KPD zum entschlossenen Widerstand auf (Wortlaut siehe A 5).

Der Betriebsratsobmann der Mechanischen Weberei Pausa, Georg Wagner, erkundigte sich telefonisch bei der Textilarbeitergewerkschaft in Reutlingen nach deren Beteiligung am Streik. Dort wusste man aber von nichts. Auch die Eisenbahner streikten ganz offensichtlich nicht, denn am Mössinger Bahnhof fuhren die Züge wie immer. Um mehr zu erfahren, ließ sich der KPD-Vorsitzende Martin Maier mit dem Motorrad nach Reutlingen zum Unterbezirkschef der KPD, Fritz Wandel, fahren. Dieser beschloss, Maier nach Mössingen zu begleiten. In der Zwischenzeit hatte der Maler Jakob Textor ein Transparent mit der Aufschrift „Heraus zum Massenstreik“ angefertigt.

## T6

## 31. Januar 1933: der Mössinger Generalstreik

Um 12 Uhr trafen sich rund 100 Streikwillige vor der Mössinger Turnhalle. Nach kurzen Ansprachen verschiedener Mössinger KPD-Funktionäre und des Reutlinger KPD-Unterbezirkschefs Fritz Wandel marschierte man los zur Mechanischen Weberei Pausa. Als der Demonstrationzug vor der Firma eintraf, war gerade Mittagspause. Zuvor hatte dort eine Abstimmung über den Streik ein Patt ergeben. Nun wurde eine weitere Abstimmung beschlossen, die nach der Pause stattfinden sollte. Fritz Wandel nutzte die Zeit und hielt auf der Treppe der gegenüberliegenden ehemaligen Gaststätte Zum Schwanen eine Rede, um die Pausa-Arbeiter vom Streik zu überzeugen. Die zweite Abstimmung brachte eine Mehrheit für den Streik. Daraufhin gaben die Besitzer des Unternehmens, das jüdische Brüderpaar Artur und Felix Löwenstein, den Beschäftigten für den Nachmittag frei.



Stadtmuseum Mössingen

Vom Generalstreik selbst gibt es kein Foto, aber von der Antifaschistischen Aktion Mössingen, die im Sommer 1932 in Tübingen marschierte.



Inzwischen war der Streikzug auf etwa 600 Personen angewachsen. Auf dem Weg zur größten Mössinger Textilfabrik, der Trikotwarenfabrik Merz, wurden nun lauthals Parolen gerufen wie: „Wer macht uns frei? Die Kommunistische Partei!“ oder „Hitler verrecke!“ Nachdem die Streikenden bei der Firma Merz angekommen waren, drangen sie in die Fabrikräume ein und riefen „Maschinen abstellen!“ und „Heraus zum Massenstreik!“. Die meisten Beschäftigten, vorwiegend junge Frauen, wollten den Aufforderungen nicht folgen. Erst nach längeren Debatten gelang es den Streikenden, die Arbeiten im Kesselhaus und im Websaal zu beenden. Im Nähsaal kam es zu einem größeren Tumult, der damit endete, dass die Arbeiterinnen von ihren Stühlen gezerrt und hinausgedrängt wurden.

Vergeblich versuchte der Fabrikbesitzer Otto Merz, die Streikenden zum Verlassen des Fabrikgeländes zu bewegen. Schließlich telefonierte er mit dem Mössinger Bürgermeister Karl Jaggy und forderte diesen auf, auswärtige Polizeikräfte anzufordern, um die Lage zu beruhigen. Laut Aussage des Fabrikbesitzers erwiderte Jaggy, Merz solle seinen

Hut aufsetzen und spazieren gehen; bis er wieder zurückkomme, sei der ganze Spuk vorbei. Merz hielt sich jedoch nicht an diesen Ratschlag. Er rief beim Oberamt in Rottenburg an und bat um Unterstützung durch Polizeikräfte.

Der Demonstrationzug war derweil auf ungefähr 800 Personen angewachsen, die Zeitungen berichteten sogar von bis zu 1000 Streikteilnehmern. Man stellte sich neu auf und marschierte die Bahnhofstraße abwärts zur dritten großen Mössinger Textilfirma, der Buntweberei Burkhardt. Dort waren die Fabrikttore verschlossen, denn Otto Merz hatte die Firmenleitung vorgewarnt. Einige Streikteilnehmer kletterten über den Fabrikzaun und schwenkten rote Fahnen, andere versuchten gewaltsam das Fabriktor aufzubrechen. Die Streikleitung unterband diese Aktionen und beschloss, zur Turnhalle zurückzumarschieren. Doch auf der Bahnhofstraße trafen die Streikenden auf die Polizei. 40 Mann der Reutlinger Schutzpolizei, bewaffnet mit Gummiknüppeln und Pistolen, hatten die Straße abgesperrt. Der Demonstrationzug löste sich auf und die Teilnehmer flüchteten über die angrenzenden Felder.

## T 7

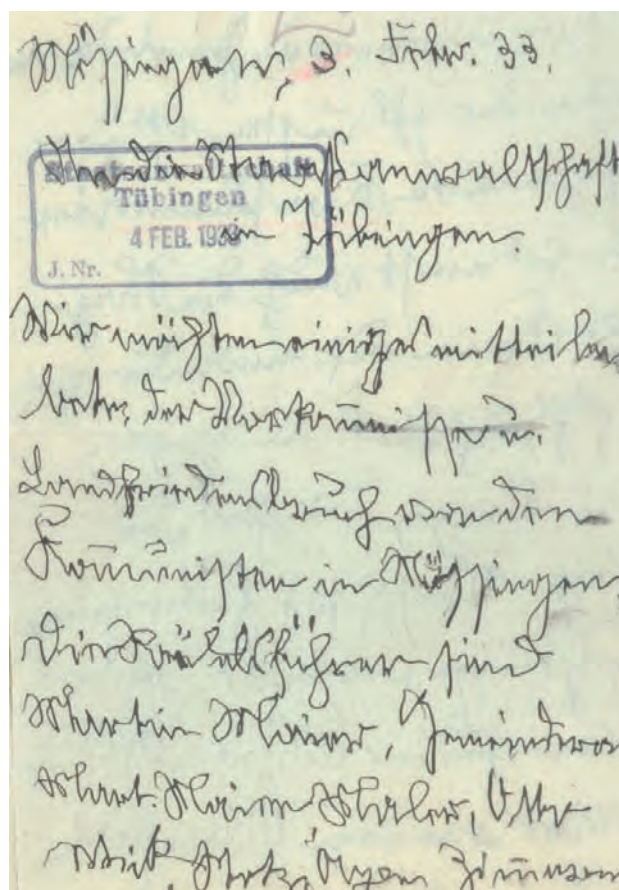
## Die Folgen des Generalstreiks – Verhaftungen, Denunziationen, Prozesse

Noch am Abend des 31. Januar kamen zwei Kriminalkommissare und ein Polizeiwachtmeister nach Mössingen, 14 Männer der Reutlinger Schutzpolizei blieben vor Ort. So konnten schon wenige Stunden später erste Verhaftungen vorgenommen werden. Ein Indiz für die Teilnahme am Generalstreik waren u. a. der Schmutz, der noch an den Schuhen klebte, da das Wetter an jenem Januartag regnerisch war und die Streikenden sich über die aufgeweichten Felder abgesetzt hatten. Schon nach wenigen Tagen waren in Mössingen, Belsen, Talheim und Nehren 58 Personen festgenommen worden. Einige der Streikteilnehmer wurden verhaftet, weil andere Mössinger Bürgerinnen und Bürger sie bei der Polizei denunziert hatten. Die Vernehmungen fanden auf dem Mössinger Rathaus statt, wo die Beschuldigten aussagewilligen Augenzeugen gegenübergestellt wurden.

Nach der Festnahme und den Verhören verteilte man die Verhafteten auf verschiedene württembergische Gefängnisse. Insgesamt wurde gegen 98 der Streikteilnehmer Anklage erhoben. Bei 92 Personen lautete die Anklage auf „erschweren Landfriedensbruch“ und bei sechs Männern, den sogenannten Rädelsführern, auf „Vorbereitung zum Hochverrat in Tateinheit mit erschwerem Landfriedensbruch“. Nachdem einige, zumeist Jugendliche, aus der Anklageliste gestrichen worden waren, wurde vom 15. bis zum 19. Juli 1933 am Landgericht Tübingen gegen 81 Personen verhandelt. Die sechs wegen Hochverrats Angeklagten mussten sich im November 1933 vor dem Strafsenat des Oberlandesgerichts in Stuttgart verantworten.

Verurteilt wurden insgesamt 80 Personen, darunter drei Frauen. Die Haftstrafen der Mössinger bewegten sich zwischen drei Monaten und zweieinhalb Jahren. Nach Verbüßung der Gefängnisstrafe wanderten einige Streikteilnehmer noch für geraume Zeit in „Schutzhaft“. Die höchste Strafe erhielt mit viereinhalb Jahren der Reutlinger KPD-Unterbezirkschef Fritz Wandel. Doch auch danach war seine

Leidenszeit nicht zu Ende. Nach vier Jahren Haft saß er bis 1943 in den Konzentrationslagern Welzheim und Dachau. Kurz vor Kriegsende zog man ihn noch zum „Bewährungsbataillon 999“ an die Ostfront ein, wo er schwer verwundet in sowjetische Kriegsgefangenschaft geriet.



Anonym und mit verstellter Handschrift verfasst: Ein Denunziant schwärzt Generalstreikteilnehmer bei der Staatsanwaltschaft an (Wortlaut siehe A 7).

## Nach der Machtübertragung – der frühe linke Widerstand

Kommunisten, Sozialdemokraten und Angehörige anderer linksstehender Gruppierungen waren die ersten Opfer des sofort nach der Machtübertragung einsetzenden Terrors. Auch deshalb kam der erste Widerstand gegen das Regime aus der Arbeiterbewegung, die sich gegen die Nationalsozialisten positioniert hatte. Der Mössinger Generalstreik entsprang dem spontanen Protest des örtlichen Arbeitermilieus. Die KPD-Anhänger sahen ihre jahrelang erarbeiteten Errungenschaften, ihr Vereins- und Kulturleben, in Gefahr und befürchteten, Opfer der neuen Machthaber zu werden. Mit dem Generalstreik wollten sie ein Zeichen setzen. Erst im Laufe der Protestaktion wurde ihnen klar, dass dies kein flächendeckender Generalstreik war, sondern eine isolierte Aktion. Dies dürfte den Streikenden spätestens am Nachmittag bewusst geworden sein, als sie auf die Reutlinger Schutzpolizisten trafen.

Die Streikteilnehmer in Mössingen waren zunächst davon ausgegangen, Teil einer reichs- oder landesweit organisierten Aktion zu sein. Dieses Selbstverständnis gibt ihrem Protest eine besondere Bedeutung. Hinzu kommt, dass sich in dem 4000-Einwohner-Dorf vergleichsweise viele Personen beteiligten: Am Ende zählte man etwa 800, nach Zeitungsberichten sogar bis zu 1000 Menschen. Der Demonstrationzug am Tag nach der „Machtergreifung“ kann deshalb nach Anzahl der Teilnehmer, nach Dauer, Intensität und Selbstverständnis der Teilnehmer als einzige Aktion dieser Art reichsweit gelten. Die Generalstreikteilnehmerin Anna Renz brachte diesen Sachverhalt in einem Interview 1978 auf den Punkt, als sie sagte: „Do isch neane nonz gwä als wie do“ – „Da ist nirgends nichts gewesen außer hier“.

Es hatte unterschiedliche Gründe, dass der KPD-Aufruf nicht befolgt wurde, obwohl er sich reichsweit über die eigene Anhängerschaft hinaus an die Gegner der Nationalsozialisten richtete. Eine Ursache liegt in der Konfrontation der „feindlichen Brüder“ KPD und SPD. Zwar hatten sich Kommunisten und Sozialdemokraten zu diesem Zeitpunkt schon seit Längerem gegen die Nationalsozialisten zur Wehr gesetzt. Doch beide Parteien waren zugleich um die Abgrenzung ihrer eigenen Positionen bemüht. Die KPD attackierte die Sozialdemokraten als „Sozialfaschisten“. Im Gegensatz zur SPD lehnte die kommunistische Partei eine Unterstützung des parlamentarisch-demokratischen Systems generell ab. Diese Kluft blieb auch angesichts der Machtübergabe an Hitler unüberbrückbar. Parallel zum KPD-Aufruf formulierten Vorstand und Reichstagsfraktion der SPD einen eigenen Aufruf: „[...] Die Stunde fordert Einigkeit des ganzen arbeitenden Volkes zum Kampf gegen die vereinigten Gegner. Sie fordert Bereitschaft zum Einsatz der letzten und äußersten Kräfte. Wir führen unseren Kampf auf dem Boden der Verfassung [...]“.

In Mössingen wurde wahr, was auf Reichsebene unmöglich erschien: ein geschlossenes Auftreten der Arbeiterparteien. Auch in einigen anderen Orten kam es am Abend des 30. Januar 1933 und am folgenden Tag zu Kundgebungen und Auseinandersetzungen zwischen – zumeist jungen – Sozialisten und Kommunisten einerseits und Nationalsozialisten andererseits. Dabei handelte es sich meist um

konkurrierende Aufmärsche und Schlägereien. So mündete ein abendlicher Fackelzug der Nationalsozialisten und des „Stahlhelms“ in Pforzheim am 31. Januar 1933 in gewalttätige Auseinandersetzungen mit 30 bis 40 Anhängern der KPD. In Göppingen wurde eine KPD-Versammlung, die versucht hatte, zum „Massenstreik“ aufzurufen, von der Polizei gewaltsam aufgelöst. In Stuttgart hatten etwa 40 Kommunisten erfolglos versucht, das Personal der Straßenbahn von der Arbeit abzuhalten. Aus Esslingen meldete die Stuttgarter Presse den vergeblichen Versuch, Mitarbeiter der öffentlichen Verkehrsbetriebe zum Streik zu animieren.

In den folgenden Tagen und Wochen kam es immer wieder zu widerständigen Aktionen gegen das neue NS-Regime. Als Hitler am 15. Februar 1933 in der Stuttgarter Stadthalle vor 10000 Anhängern sprach, gelang es KPD-nahen NS-Gegnern, das Kabel für die Rundfunkübertragung mit einem Beil zu durchschlagen. Dieser Vorfall wurde als das Stuttgarter „Kabel-Attentat“ bekannt. Die Beteiligten wurden 1935 gefasst und wegen „Telegraphenbetriebsgefährdung“ zu Gefängnisstrafen von 21 bis 24 Monaten verurteilt. Der Ideengeber zu der Protestaktion, Theodor Decker, Beschäftigter beim Telegrafenamtsamt, war bereits am 11. März 1933 verhaftet worden. Er durchlief mehrere Konzentrationslager und starb schließlich 1940 im KZ Mauthausen.

Am 18. Februar 1933 veranstaltete die KPD in der NSDAP-Hochburg Balingen eine Demonstration und forderte alle Arbeiter zur „Einheitsfront“ gegen den Faschismus auf. In Mühlacker verbreiteten Kommunisten im Februar und März 1933 noch das Blatt „Der Rote Sender“. Als der lokale Ortsgruppenleiter der NSDAP bei einer Versammlung im Februar 1933 ankündigte, im Hinblick auf das örtliche Arbeitermilieu den „Saustall auszuräumen“, protestierten Sozialdemokraten und Kommunisten, was die Auflösung der „braunen Versammlung“ zur Folge hatte.

In Berlin hielt die KPD am 24. Februar 1933 ihre letzte Kundgebung ab. Mit der „Reichstagsbrandverordnung“ vier Tage später begann die offene Verfolgung der politischen Gegner. Als „das letzte offen ausgesprochene Wort des Widerstands“ bezeichnet deshalb der Historiker Wolfgang Benz die Rede des SPD-Vorsitzenden Otto Wels vor der Abstimmung über das „Ermächtigungsgesetz“ im Reichstag am 23. März 1933. Zitat: „Vergeblich wird der Versuch bleiben, das Rad der Geschichte zurückzudrehen. Wir Sozialdemokraten wissen, dass man machtpolitische Tatsachen durch bloße Rechtsverwahrungen nicht beseitigen kann. Wir sehen die machtpolitische Tatsache Ihrer augenblicklichen Herrschaft. Aber auch das Rechtsbewusstsein des Volkes ist eine politische Macht, und wir werden nicht aufhören, an dieses Rechtsbewusstsein zu appellieren. Die Verfassung von Weimar ist keine sozialistische Verfassung. Aber wir stehen zu den Grundsätzen des Rechtsstaates, der Gleichberechtigung, des sozialen Rechts, die in ihr festgelegt sind. Wir deutschen Sozialdemokraten bekennen uns in dieser geschichtlichen Stunde feierlich zu den Grundsätzen der Menschlichkeit und der Gerechtigkeit, der Freiheit und des Sozialismus. Kein Ermächtigungsgesetz gibt Ihnen die Macht, Ideen, die ewig und unzerstörbar sind, zu vernichten.“



## T9 1933 bis 1945: Mössingen im Nationalsozialismus

Während in vielen anderen Orten die Machtübergabe an die Nationalsozialisten mit Aufmärschen und Feiern freudig begrüßt wurde, ist aus Mössingen nichts Vergleichbares bekannt. Trotzdem bauten die Nationalsozialisten nach und nach ihre Stellung im Ort aus und drängten die Anhänger der KPD, deren aktivste Mitglieder im Gefängnis saßen, immer weiter aus dem öffentlichen Leben zurück.

So konnte vonseiten der KPD praktisch kein Wahlkampf zur Reichstagswahl am 5. März 1933 mehr geführt werden. Lediglich die SPD organisierte eine Wahlversammlung im Mössinger „Ochsensaal“, auf der der Reutlinger Stadtrat Oskar Kalbfell zur politischen Lage sprach. Die NSDAP erhielt bei den Wahlen 54,7 Prozent, die KPD 21,1 Prozent und die SPD 8,5 Prozent (siehe A 2). Nachdem auch der Gemeinderat durch das „Gesetz zur Gleichschaltung der Länder im Reich“ vom 31. März 1933 entsprechend der Ergebnisse der jüngsten Reichstagswahl neu besetzt werden musste, saßen im Mössinger Gemeinderat nun elf Nationalsozialisten und ein Vertreter des Christlich-Sozialen Volksdienstes.

Die Machtübernahme vor Ort war jedoch schon zuvor, am 11. März 1933, durch einen Aufmarsch des SA-Steinlachsturms in Mössingen mit anschließender Ansprache des NSDAP-Kreisleiters und Hissung der Hakenkreuzfahne auf dem Rathaus augenfällig geworden. Dennoch gab es bei der Reichstagswahl und der Volksabstimmung über den Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund im November 1933 sowie bei der Volksabstimmung über das Staatsoberhaupt im August 1934 trotz massiver Bedrängung durch die SA einen im Vergleich zu anderen Gemeinden überproportional hohen Anteil von Neinstimmen und ungültig gemachten Stimmzetteln. Der Mössinger Bürgermeister Karl Jaggy wurde im Mai 1933 „aus gesundheitlichen Gründen“ in den Ruhestand versetzt. Der von der NSDAP kommissarisch eingesetzte Bürgermeister Fritz Stimm, ein strammer NSDAP-Parteimann, fand in Mössingen jedoch keinen Rückhalt, sodass im Oktober der Ratsschreiber Gottlieb Rühle das Amt übernahm. Mit ihm und dem Ortsgruppenleiter Karl Ayen bestimmten nun eher gemäßigte Kräfte die Politik vor Ort.

Das öffentliche Leben im linken Umfeld war schon bald nach dem Generalstreik zum Erliegen gekommen. So wurden die Turnhalle mitsamt Inventar und das sonstige Vermögen der KPD und der Arbeitervereine beschlagnahmt. Nachdem man sich anfangs noch an der Langgass-Turnhalle getroffen hatte, blieb man nun zuhause, verabredete sich in Privatwohnungen und in Werkstätten der Genossen oder unternahm Wanderungen in die Umgebung. Man versuchte, die „braune Zeit“ zu überstehen, so gut es eben ging. Nach dem Generalstreik vom 31. Januar 1933 gab es in Mössingen nur noch wenige wirklich spektakuläre Aktio-

nen. Zur Reichstagswahl im März 1933 war gut sichtbar auf einer Gartenmauer in der Langen Gasse die Parole zu lesen: „Wer Hitler wählt, wählt Krieg!“ Einige Mössinger verteilten Flugblätter der KPD, die aus der Schweiz ihren Weg ins Steinlachtal gefunden hatten. Nachdem das Unternehmen aufgefliegen war, wurden 1936 drei Mössinger, bei denen man auch noch Waffen fand, wegen „gegenseitig zum Lesen weitergegebener Flugblätter mit staatsfeindlichem und hochverräterischem Inhalt“ zu Gefängnisstrafen von zweieinhalb bzw. zwei Jahren verurteilt. Auch bei Jakob Textor und Paul Ayen, die ebenfalls an den Flugblattaktionen beteiligt waren, wurden Hausdurchsuchungen vorgenommen. Textor wurde nach zweimonatiger Untersuchungshaft aufgrund mangelnder Beweise entlassen. Dagegen setzte sich Ayen in die Schweiz ab und floh dann über Frankreich nach Spanien, wo er mit den „Internationalen Brigaden“ gegen den Diktator Franco kämpfte. Auch der Belsener Wilhelm Steinhilber ging nach Spanien. Er fiel vor Madrid.

In Mössingen war Paul Ayens Frau Emma den meisten Schikanen ausgesetzt. Sie musste regelmäßig Hausdurchsuchungen über sich ergehen lassen, die bei ihr schließlich gesundheitliche Probleme auslösten. Die Solidarität unter



Stadtmuseum Mössingen

Die Mössinger Hitlerjugend posiert 1938 vor dem heute nicht mehr bestehenden Kriegerdenkmal vor der Peter-und-Pauls-Kirche.

den KPD-Anhängern funktionierte aber nach wie vor. Man unterstützte sich, so gut es ging – vor allem, als noch einige Streikteilnehmer im Gefängnis saßen.

Während des Kriegs hörten Mössinger KPD-Anhänger häufig „Feindsender“ ab. Immer wieder waren einzelne Oppositionelle unvorsichtig und äußerten staatsfeindliche Parolen. So kam es zu Verhaftungen und Gefängnis- bzw. KZ-Aufenthalten. Am härtesten traf es den KPD-Anhänger Martin Haap, den alle nur den „Zimmermann Haap“ nannten. Er rief einer HJ-Gruppe in den letzten Kriegsmonaten zu: „Ihr Buaba, wo wollet ihr na? Geh Russa fanga? Da send ihr scho lang z’spät dra!“ Er wurde von einem der Jugendlichen angezeigt, daraufhin verhaftet, zum Tode verurteilt und bis zur Vollstreckung des Urteils im KZ Welzheim festgehalten. Das Todesurteil sollte in Berlin bestätigt werden, ging aber in den Wirren der letzten Kriegswochen verloren.

## Didaktischer Zugang

### Arbeit im Archiv

Archive sind die „Gedächtnisse der Gesellschaft“. Ihre Aufgabe ist, Schriftgut und Bildmaterial für die Nachwelt aufzubewahren, systematisch zu erschließen und zugänglich zu machen. So bieten sie dem historisch Interessierten den Ort, an dem historische Fragestellungen erforscht werden können. Das zur Fragestellung passende Archivgut wird vom Archivpersonal zur Einsichtnahme zur Verfügung gestellt und der Nutzer findet bei Durchsicht

der Unterlagen im Idealfall Antwort auf seine Fragen. Archive können auch als außerschulische Lernorte dienen. Führungen durch die Räume und Magazine bieten Einblick in die Funktion und Arbeitsweise eines Archivs. Ergänzend zum Schulunterricht bieten sie Schulklassen auch die Möglichkeit, historische Themen mit lokalgeschichtlichem Bezug zu erarbeiten.

### Wichtige Schritte bei der Arbeit im Archiv

#### Vor dem Archivbesuch

- Was interessiert mich? Thema und Fragestellung erarbeiten und eingrenzen. Literatur für den Kontext hinzuziehen.
- Welches Archiv frage ich an? Gibt es dort Unterlagen zu meiner Fragestellung? Eventuell sind Findmittel zur Beständeübersicht auch online recherchierbar. Handelt es sich um die Dokumentation einer Situation oder wirkt das Bild inszeniert?
- Wann ist das Archiv geöffnet? Terminvereinbarung.
- Was brauche ich für meinen Besuch im Archiv? Papier, Bleistift, Laptop, ggf. Digitalkamera.

#### Beim Archivbesuch

- Formalitäten klären: Benutzerantrag stellen, Archiv- und Gebührenordnung lesen
- Findmittel durchsehen und Archivalien bestellen. Wer hat das Foto gemacht und in wessen Auftrag?
- In Rücksprache mit dem Archivpersonal Fragestellungen und weiteres Vorgehen abstimmen: gemeinsam Archivgut auswählen!

#### Arbeiten mit Archivgut

- Vorsichtiger Umgang mit Archivgut: Alte Urkunden nur mit Archivhandschuhen anfassen!
- Alphabete der alten Schriften als Lesehilfen verwenden.
- Die gewonnenen Informationen immer mit den jeweiligen Archivsignaturen notieren -> Zitierbarkeit!
- Kopien der wichtigsten Dokumente anfertigen lassen.
- Wie sind die gefundenen Informationen quellenkritisch zu beurteilen? Welche Informationen fehlen? Und wieso?

#### Nach Abschluss der Arbeit

- Belegexemplar der fertigen Arbeit an das Archiv senden.

#### Literaturhinweis:

Thomas Lange: Archivarbeit, in: Ulrich Mayer, Hans-Jürgen Pandel, Gerhard Schneider (Hg.): Handbuch Methoden im Geschichtsunterricht, Schwalbach/Ts. 2004, 446–460; Würfel, Maria, Erlebniswelt Archiv. Eine archivpädagogische Handreichung, Stuttgart 2000.

## T10 Zäsurjahr 1945 – das Ende der NS-Diktatur in Mössingen

Die Rheinüberquerung der US-Truppen bei Oppenheim leitete in der letzten Märzwoche 1945 die Endphase des Zweiten Weltkriegs in Süddeutschland ein. Amerikanische Truppen und die 1. Französische Armee nahmen die Region ein. Mitte April marschierten die 5. Panzerdivision sowie die 2. Marokkanische Infanteriedivision des französischen Armeekorps in den Landkreis Tübingen ein, zu dem inzwischen auch Mössingen gehörte. Tübingen wurde am 19. April eingenommen. Dann ging es weiter in Richtung Steinlachtal.

Noch am 21. April brachte sich am Mössinger Ortsrand eine Artillerieeinheit in Stellung, um auf die nahenden Franzosen zu feuern, die mit Granatenbeschuss antworteten. Am Abend wurden die Eisenbahnbrücke über die Steinlach und ein mit Munition beladener Eisenbahnwaggon am Bahnhof von einem deutschen Einsatzkommando gesprengt. Dem Befehl, sich in Melchingen zur Verteidigung des Alblandes zu melden, folgten nur wenige Männer aus dem „Volkssturm“. Am nächsten Morgen rückten die Franzosen heran. Ein Mann ging ihnen aus Mössingen entgegen, um mitzuteilen, dass der Ort keinen Widerstand leiste und sich kampfflos ergebe. Ob es sich dabei um einen französischen Kriegsgefangenen oder um den Kommunisten Wilhelm Essich handelte, bleibt angesichts widersprüchlicher Berichte unklar. Um 11.30 Uhr zogen die marokkanischen Divisionen über das Nehrener Gässle in Mössingen ein. Zwei Stunden später erreichten sie das benachbarte Öschingen. Dort ließ die Frau des Bürgermeisters ein weißes Leintuch vom Balkon ihres Hauses am Ortsrand herunter. Etwa um 15.30 Uhr zogen die Soldaten in Belsen ein, wieder ohne Kämpfe.

Überall kam es nun zu Hausdurchsuchungen und Plünderungen. Die Besatzer prügelten die Einwohner, schossen in die Luft und vergewaltigten in den folgenden Tagen viele Frauen und Mädchen, und selbst die Zwangsarbeiterinnen, die in einer Baracke im „Mühlegärtle“ untergebracht waren, wurden nicht verschont. Nach den amtlichen Angaben wurden allein in Mössingen 220 Vergewaltigungen gezählt. Die französischen Truppen konnten wegen der Verteidigung und Sprengung des Alaufstiegs nicht weiterziehen. In Talheim kam es zu mehrstündigen Straßenkämpfen. Dort wollte der Bürgermeister den Ort gegen den Willen der meisten Einwohner nicht kampfflos übergeben. Der „Volkssturm“ fällte Bäume und errichtete Sperren. Die französischen Einheiten mussten Talheim Haus für Haus erobern. Die Kämpfe dauerten bis in die Abendstunden. Vier deutsche und zwei marokkanische Soldaten starben. Talheim blieb zehn Tage lang besetzt, bis der Alaufstieg über die notdürftig wieder hergestellte Straße möglich war.

In der Mössinger Bahnhofstraße wurde am 24. April ein Einwohner von den Franzosen erschossen, weil er noch in Uniform unterwegs war. Als die Besatzer im Gasthaus Löwen eine Soldatenuniform entdeckten, forderten sie 100 000 Reichsmark Strafe. Die Gemeinde konnte die Summe nur unter Mühen aufbringen, denn in der dritten Besatzungsnacht war die Gemeindekasse geplündert worden. Bürgermeister Rühle erbat deshalb Geld von den örtlichen Geschäftsleuten.

Bereits am 24. April kehrten die Gemeindebediensteten wieder ins Rathaus zurück. Es waren jedoch die einstigen NS-Gegner und Antifaschisten, die als Vertreter der Gemeinde mit der Besatzungsmacht in Kontakt traten. Jakob Stotz, der als einer der Streikführer 1933 im Hochverratsprozess verurteilt worden war, übernahm die Vermittlerrolle zwischen Besatzern und Bevölkerung. Von Oktober 1945 bis November 1948 wurde er als stellvertretender Bürgermeister eingesetzt. Gottlieb Rühle, der in der NS-Zeit Bürgermeister gewesen war, blieb im Amt, trat aber in die zweite Reihe. Stotz hatte sich für ihn eingesetzt, sodass er bleiben konnte. 1946 wurde Rühle wieder zum Bürgermeister gewählt, er blieb bis 1962 im Amt. An die Stelle des seit dem Einmarsch nicht mehr tätigen Gemeinderats trat ein sechsköpfiger „Beratender Ausschuss“, der sich fast durchweg aus Mitgliedern der alten KPD-Ortsgruppe zusammensetzte. Einstige NS-Verantwortliche wie der Ortsgruppenleiter Karl Ayen und dessen zeitweiliger Stellvertreter wurden verhaftet und in das Internierungslager gebracht. Jakob Stotz setzte sich für seine Freilassung ein. Als die Franzosen Ende 1946 die Öffnung des Massengrabes beim ehemaligen Konzentrationslager Bisingen anordneten, wurden besonders belastete Bürger aus der Region herbeigeholt, darunter auch Mössinger.

Mit dem weitgehend unveränderten Wählerpotenzial der Weimarer Zeit konnten sich die Mössinger Kommunisten in den ersten freien Wahlen wieder etablieren. Die KPD erlangte 1946 bei den Kreistagswahlen 34,1 Prozent. Auch im Gemeinderat war sie nach der ersten Wahl wieder mit drei Sitzen vertreten. Ein interner Streit führte jedoch dazu, dass zwei KPD-Listen gebildet wurden und sich die Stimmen auf die konkurrierenden Kandidaten verteilten. Bei der Gemeinderatswahl im Jahr 1948 konnten sich neben acht Kandidaten der Freien Wählervereinigung (FWV) nur noch zwei KPD-Vertreter durchsetzen, einer von ihnen war Jakob Stotz. Vom Ergebnis enttäuscht und in Anbetracht des zunehmenden Antikommunismus lehnten beide KPD-Männer ihre Mandate ab. Bis 1946 hatte sie der Ort als Fürsprecher und Organisatoren der Übergangszeit gebraucht, jetzt fühlten sie sich fallen gelassen. Vergebens versuchte Bürgermeister Rühle, die beiden KPD-Räte umzustimmen.

1951 trat Stotz noch einmal an und wurde zusammen mit einem weiteren Kandidaten in den Gemeinderat gewählt. Als Stimmenkönige gingen aus dieser Wahl jedoch zwei FWV-Kandidaten und ehemalige NSDAP-Mitglieder hervor. Die inzwischen rehabilitierten NS-Parteigänger hatten im bürgerlichen Lager wieder das Sagen und zeigten sich wenig dankbar. 1953 konnte noch Karl Wagner als dritter KPD-Kandidat im Gemeinderat einziehen. Stotz trat 1955 von seinem Mandat zurück.

Mit dem Verbot der KPD durch das Bundesverfassungsgericht 1956 und dem turnusmäßigen Ausscheiden der Abgeordneten ging die Zeit der KPD auch in Mössingen allmählich zu Ende. 1959 kandidierte Karl Wagner als „letzter Mössinger Kommunist“ nochmals auf der Liste der „Sozialen Wählervereinigung“ und blieb bis 1968 Mitglied im Gemeinderat.

## Aufarbeitung der NS-Zeit – Schweigen und Rehabilitierung der Streikteilnehmer

1948 wurden die Urteile gegen die Teilnehmer des Generalstreiks von 1933 aufgrund der „Rechtsanordnung zur Beseitigung nationalsozialistischen Unrechts in der Strafrechtspflege“ aufgehoben. Als der ehemalige Konsumkassier Martin Maier 1954 gegen das Landesamt für Wiedergutmachung in Tübingen auf Haftentschädigung für die nicht in vollem Umfang angerechnete Haftzeit klagte, gab ihm das Landgericht Tübingen recht. Zudem sah es den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit im Vorgehen des Streikenden gewahrt. In der Begründung wurde der Streik sogar als legitime Maßnahme beschrieben, die – wie 1920 der Generalstreik gegen den Kapp-Lüttwitz-Putsch – durchaus erfolgreich hätte sein können. Das Gericht hielt ausdrücklich fest: „Wäre die Aufforderung zum Generalstreik überall befolgt worden, so wäre diese Maßnahme durchaus geeignet gewesen, das angestrebte Ziel, die Regierung Hitler lahmzulegen und zum Rücktritt zu zwingen, zu erreichen gewesen.“

Gegen dieses Urteil ging das Landesamt für Wiedergutmachung in Tübingen vor dem Oberlandesgericht Stuttgart in Berufung. Doch das höchste Gericht des Landes Baden-Württemberg bestätigte das erstinstanzliche Urteil 1955 und bekräftigte nochmals den Tatbestand einer politischen Verfolgung, die nach dem Argument des Klägers im Strafurteil von 1933 nicht benannt wurde. Das Oberlandesgericht urteilte zudem, dass „der aus Überzeugung geleistete Widerstand gegen die nationalsozialistische Gewaltherrschaft [...] ein Verdienst um das Wohl des Deutschen Volkes“ sei. Im zeithistorischen Kontext des Kalten Krieges ist dieses Urteil als außergewöhnlich einzuordnen und erklärt sich sehr wahrscheinlich aus der vom damaligen Stuttgarter Oberlandesgerichtspräsidenten Richard Schmid kurz zuvor in einem Aufsatz veröffentlichten positiven Begründung des politischen Streikrechts.

Der rechtlichen Rehabilitierung der Generalstreikteilnehmer folgte dann aber keineswegs die persönliche. In der jungen Bundesrepublik war der Mössinger Generalstreik wenig bekannt und am Ort selbst wurde er von den Nichtbeteiligten als Makel angesehen, über den man hinter

vorgehaltener Hand – wenn überhaupt – als „Mössinger Aufstand“ sprach.

Für ein erstes Gedenken anlässlich des 25. Jahrestages im Jahre 1958 kam die Initiative von außen. Die Vereinigung für die Verfolgten des Naziregimes (VVN) Baden-Württemberg organisierte am 1. Februar 1958 im Mössinger Lammssaal eine Feierstunde. Einladungen gingen an alle Haushalte. 250 Teilnehmer, darunter auch Bürgermeister Rühle, folgten ihr. Der für die musikalische Gestaltung des Abends angefragte Musikverein Mössingen sowie der Liederkranz Belsen blieben der Veranstaltung fern. Stattdessen spielte die Musikkapelle des Nachbarorts Nehren. Als Mössinger Redner trat der ehemalige KPD-Vorsitzende Martin Maier neben dem VVN-Landesvorsitzenden Alfred Hausser auf.

In den folgenden zwei Jahrzehnten fanden keine Gedenkveranstaltungen mehr statt. Der Generalstreik war kein öffentliches Thema im Ort. Als im Jahre 1973 das „Mössinger Heimatbuch“ erschien, wurde der Mössinger Generalstreik unter dem Kapitel „Das politische Leben“ lediglich in einem Satz erwähnt. Der Wortlaut bringt das Unverständnis des Autors über die Aktion zum Ausdruck: „Am 30. Januar 1933 wurde Adolf Hitler Reichskanzler. Die [Mössinger] Linken sahen dies als Unglück für das Reich an und versuchten durch Putsch und Streik noch eine Wendung in letzter Stunde herbeizuführen.“

Bei der 1974 stattfindenden Stadterhebungsfeier des inzwischen 13 600 Einwohner zählenden Ortes wurde die neu geschaffene Bürgermedaille als erstem Träger Jakob Stotz verliehen. Die Begründung erwähnt lediglich „seine persönlichen Verdienste, die er sich in uneigennütziger Weise nach dem Zusammenbruch im Jahre 1945 für die Gemeinde und ihre Bürger und nicht zuletzt beim Wiederaufbau der Gemeinde erworben hat“. Seine Vita vor 1945 bleibt unerwähnt. Beim Sommerstadtfest anlässlich der Stadterhebung stellte der Historische Festzug mit dreißig Wagen und 250 Mitwirkenden im historischen Kostüm Stationen der Stadtgeschichte von der Steinzeit bis zur jüngsten Gegenwart dar – der Mössinger Generalstreik war nicht dabei.

## Bewertung des Widerstands seit 1945 – Kontroversen und Deutungen im Wandel

Unmittelbar nach 1945 taten sich die Deutschen schwer mit einer positiven Bewertung des Widerstands gegen den Nationalsozialismus. Vielen galt er nicht als Widerstand, sondern als „Verrat“. Das widerständige Verhalten einzelner Personen wurde auch deshalb ignoriert und diskreditiert, weil es offenbarte, dass es in der sogenannten Volksgemeinschaft durchaus möglich gewesen wäre, anders zu handeln. Der Historiker Peter Steinbach, wissenschaftlicher Leiter der Gedenkstätte Deutscher Widerstand in Berlin, bezeichnet den Widerstand deshalb als „Stachel im Fleisch der deutschen Nachkriegsgesellschaft“.

Die Erinnerung an den deutschen Widerstand ist in einem langen und kontroversen Prozess errungen worden. Dieser Prozess umfasste die unterschiedliche, vom Systemgegensatz geprägte Aufarbeitungs- und Deutungsgeschichte in den

beiden deutschen Teilstaaten von 1949 bis 1989 und er setzt sich fort bis in unsere Zeit. Die soziale Breite und weltanschauliche Vielfalt des Widerstands wird zunehmend wahrgenommen, auch wenn sie noch immer Debatten auslöst. Die Auseinandersetzung mit dem Widerstand gibt inzwischen zugleich Anlass, grundsätzlich nach den Handlungsmöglichkeiten Einzelner in einer Diktatur zu fragen. Dieser Vermittlungsansatz wird insbesondere an Gedenkstätten gepflegt.

In den 1950er-Jahren begannen sich Politik und Gesellschaft in beiden deutschen Teilstaaten mit dem Widerstand zu beschäftigen. Sowohl die Bundesrepublik Deutschland als auch die DDR fingen an, ihre politische Traditionsbildung auf den Widerstand gegen die NS-Diktatur zu beziehen. Entsprechend gegensätzlich geriet das jeweilige Bild vom Widerstand.



In Westdeutschland wurde lange Zeit die Vorstellung gepflegt, nur Einzelne aus traditionellen Eliten hätten sich gegen die NS-Herrschaft gestellt. Zudem wurden widerständige Aktionen der Arbeiterbewegung ausgeblendet oder sogar diskreditiert. Im Osten dagegen wurde der kommunistische Widerstand heroisiert. Der Antifaschismus avancierte zur Legitimationsgrundlage der DDR. Bis zum Fall der Mauer 1989 pflegte man das Bild eines von einer Parteiführung zentral gesteuerten kommunistischen Widerstands.

In der jungen Bundesrepublik fand am 20. Juli 1952 im heutigen Ehrenhof des Bendlerblocks in Berlin erstmals eine Gedenkfeier zur Erinnerung an den Umsturzversuch vom 20. Juli statt. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte es nur wenige öffentliche Gedenkfeiern gegeben. Meist waren sie von einstigen Widerstandskämpfern oder deren Angehörigen angestoßen worden. Nun aber begann sich eine Erinnerungskultur zu entwickeln. Sie galt dem militärischen und zivilen Widerstand des 20. Juli 1944. Zudem würdigte sie den christlich bzw. ethisch begründeten Widerstand wie etwa der „Weißen Rose“ und stellte einzelne Personen wie den evangelischen Theologen Dietrich Bonhoeffer oder den Rottenburger Bischof Joannes Baptista Sproll heraus. Bis in die 1970er-Jahre sollte sich das westdeutsche Andenken an den Widerstand vor allem auf die konservativen Angehörigen der militärischen, bürokratischen, politischen und konfessionell gebundenen Eliten konzentrieren. Dazu zählten zudem der Kreisauer Kreis, die Gruppe um Carl Friedrich Goerdeler und die Opposition innerhalb des Militärs und der Diplomatie. Auch Historiker in Westdeutschland befassten sich vornehmlich mit diesen Akteuren.

Im März 1952 erstritt der leitende Staatsanwalt Fritz Bauer am Landgericht Braunschweig die Verurteilung des ehemaligen Wehrmachtsoffiziers Ernst Remer, der die Männer des 20. Juli als Landesverräter verunglimpft hatte. Das Gericht sprach die Widerstandskämpfer vom Landes- und Hochverrat frei und stellte zugleich den Unrechtscharakter des NS-Staates klar. Der „Remer-Prozess“, der auf große öffentliche Aufmerksamkeit stieß, ist in die Geschichte eingegangen. Die Anerkennung der Rechtmäßigkeit des Widerstands durch das Gericht gilt als entscheidender Durchbruch in der allgemeinen Aufarbeitungsgeschichte.

Die Stimmung in der westdeutschen Bevölkerung blieb jedoch weiterhin von Zurückhaltung und Ressentiments geprägt. Meinungsumfragen verwiesen auf verbreitete Ablehnung. 1956 waren 54 Prozent der befragten Männer und 44 Prozent der befragten Frauen dagegen, eine Schule nach Claus Schenk Graf von Stauffenberg zu benennen. Angesichts solcher Befindlichkeiten war die Politik darum bemüht, die Mehrheit der Deutschen, die keinen Widerstand geleistet hatte, bei Gedenkfeiern nicht auszugrenzen. Auch aktuelle politische Entwicklungen beeinflussten die Rezeption des Widerstands. So wurde in Reden anlässlich des 20. Juli oftmals auf den Volksaufstand vom 17. Juni 1953 in der DDR verwiesen, um die Legitimität des Umsturzversuches in der NS-Diktatur zu unterstreichen. Zudem wurde die Anerkennung der Bundesrepublik im westlichen Ausland auch darauf zurückgeführt, dass die Männer des 20. Juli die „Ehre des Landes“ wiederhergestellt hätten. Die Gründung der Bundeswehr gab weiteren Anlass, die Männer des

20. Juli für die eigene Tradition zu reklamieren, um sich von den preußisch-deutschen Militärtraditionen zu distanzieren. 1961 wurde in Sigmaringen erstmals eine Kaserne der Bundeswehr nach dem Hitler-Attentäter Stauffenberg benannt. Die Erinnerung an ihn und seine Mitstreiter war zum Bestandteil der politischen Kultur geworden.

Die Umbrüche der 1960er-Jahre, der Generationenwechsel und die durchgreifende Liberalisierung der bundesdeutschen Gesellschaft führten zu neuen Fragestellungen. Die Motive der Akteure des 20. Juli 1944, des Kreisauer Kreises oder der Gruppe um Goerdeler wurden kritisch hinterfragt. Dies war auch eine Reaktion auf die sich abzeichnende Überhöhung des Widerstands der Eliten. Der Historiker Wolfgang Benz blickte in einer Rede am 20. Juli 2014 auf diese Herangehensweise zurück: „Dass der Widerstand gegen die nationalsozialistische Diktatur bei vielen vor allem nationale Motive hatte, dass ihr Wertekanon von christlichen Geboten und deren säkularen Ausprägungen in Sitte und Ehre, Anstand und Würde, Bürgerrecht und Bürgerpflicht bestimmt war, dass ihr Weltbild eher patriarchalisch und autoritär als grenzenlos liberal und fundamental demokratisch war – das bot in den 1960er-Jahren Anlass zur Kritik.“



LpB/Josef Seibold

Späte Erinnerung: 2009 wurde der Stolperstein für den Hitler-Attentäter Georg Elser in seinem Geburtsort Hermaringen bei Königsbronn verlegt.

In den 1970er-Jahren begann sich der Blick auf den Widerstand abermals zu weiten. Nun galt es, die jahrzehntelang verdrängten und fast vergessenen Beispiele eines im Alltag riskierten Widerstands bewusst zu machen. Mit diesen Beweggründen, keineswegs aber mit den „erfolgreichen Bemühungen einer angeblich ideologisierten Studiengruppe“, erklärte der Historiker Peter Steinbach bei seinem Vortrag in Mössingen 2013, weshalb der Mössinger Generalstreik in den 1970er-Jahren erstmals zum Thema wissenschaftlicher Forschung geworden war.

So betrachtet führte das Mössinger Forschungsprojekt auch zu den Fragestellungen der 1980er-Jahre. Zunehmend sind seither die vielfältigen Formen von Widerstand



## Didaktischer Zugang

### Zeitzeugenbefragung

Die Arbeit mit Zeitzeugen eröffnet interessante und spannende Möglichkeiten, etwas über die Vergangenheit zu erfahren. Zeitzeugen können von persönlichen Erlebnissen berichten, bestimmte Sachverhalte erhellen oder individuelle Zusammenhänge herstellen. Vor allem aber sind Zeitzeugen Experten ihrer eigenen Lebenswirklichkeit. Daher gilt es zu berücksichtigen, dass Zeitzeugenaussagen subjektiv sind. Sie spiegeln die Eindrücke und Erfahrungen einer einzelnen Person wider. Dabei kann das Erzählte von Emotionen geprägt, harmonisierend, dramatisierend, aber auch verharmlosend sein. Ein Interview über persönliche Erfahrungen schafft zudem eine

besondere Situation, die einen Zeitzeugen in seinen Aussagen unbewusst beeinflussen kann. Auch deshalb lässt sich das Erzählte nur schwer verallgemeinern.

Die Arbeit mit Zeitzeugen ist anspruchsvoll. Sie setzt Einfühlungsvermögen und die Beherrschung unterschiedlicher Gesprächstechniken wie etwa aufmerksames Zuhören oder Gespür für den richtigen Zeitpunkt für Nachfragen voraus. Ein Interview sollte mit offenen Fragen gestaltet sein und den Zeitzeugen zum Erzählen ermutigen. Wertungen und Suggestivfragen sollten vermieden werden.

### Wichtige Schritte bei der Zeitzeugenbefragung

#### Charakterisierung des Zeitzeugen

- Wer ist die Zeitzeugin bzw. der Zeitzeuge?
- Wie alt war die Person in der Zeit, von welcher sie erzählt?
- Welche soziale und kulturelle Herkunft kann der Person zugeordnet werden?
- Welche weiteren Informationen sind dem Gespräch zu entnehmen?

#### Inhalte des Gesprächs

- Von was berichtet die Zeitzeugin bzw. der Zeitzeuge?
- Welche Zeitspanne fokussiert die Person?
- Bezieht sich die Person auf bekannte historische Informationen?
- Berichtet sie von weiteren Personen? Was erzählt die Person über sich?
- Welche persönlichen Einstellungen hatte die Person während der genannten Zeit?

#### Gesprächssituation

- Weshalb wurde das Interview geführt (z. B. für Schule, Wissenschaft, Fernsehen)?
- Wie wurde das Erzählte festgehalten (Ton, Video, Verschriftlichung)?
- Welches Verhältnis besteht zwischen den Interviewpartnern?

#### Interpretation der Aussagen

- Sind bei den Aussagen Widersprüche festzustellen?
- Können die Aussagen als glaubwürdig eingestuft werden?
- Sind historische Verknüpfungen, Bezüge oder Wissensbestätigungen erkennbar?
- Wie lassen sich die Aussagen schließlich einordnen und bewerten?

#### Literaturhinweise:

Politik & Unterricht 3/4 2011, S. 10; Arbeitsblätter für die historische Projektarbeit der Körber Stiftung <http://www.koerber-stiftung.de/bildung/geschichtswettbewerb/arbeitshilfen/arbeitsblaetter.html> sowie Detlef Siegfried: Zeitzeugenbefragung. Zwischen Nähe und Distanz. In: Dittmer/Siegfried (Hrsg.), Spurensucher. Ein Praxisbuch für die historische Projektarbeit (2005), S. 65–77.

und Resistenz in den Blick geraten. Zugleich hat sich in zahlreichen Debatten eine Definition des Oberbegriffs „Widerstand“ herausgeschält, die verschiedenartige Einstellungen, Haltungen und Handlungen umfasst, die gegen die nationalsozialistische Herrschaft und Ideologie gerichtet waren. Als unbestritten gilt seither auch, dass Widerstand gegen den Nationalsozialismus nur als Ergebnis seiner Zeit gedeutet werden kann, unabhängig von aktuellen politischen Bezügen und frei von nachträglichen Vereinnahmungsversuchen.

Wie langwierig die Anerkennung des Widerstands sein kann, zeigt das Beispiel des Hitler-Attentäters Georg Elser aus Königsbronn. Im Nachkriegsdeutschland wurde der Schreiner, der am 8. November 1939 einen Anschlag im Münchener Bürgerbräukeller verübt hatte, lange Zeit nicht als Widerstandskämpfer wahrgenommen. 1998, sechzig Jahre nach dem Anschlag, wurde in Königsbronn schließlich die Georg Elser Gedenkstätte eröffnet. Auch an anderen Orten erinnern heute Gedenkstätten an den Widerstand gegen den Nationalsozialismus: an Stauffenberg in Stuttgart und Albstadt-Lautlingen, an die Geschwister Scholl in Forchtenberg, Crailsheim und Ulm. Die Gedenkstätte Deutscher Widerstand in Berlin dokumentiert umfassend die unterschiedlichen Erscheinungsformen des Widerstands. Sie geht dabei von einem differenzierten und integralen Widerstandsbegriff aus, der unterschiedlichste Rahmenbedingungen und verschiedene zeitliche Entwicklungen berücksichtigt. Diese bewusste Entscheidung, sich

am authentisch-historischen Ort im Bendlerblock in Berlin nicht auf die Umsturzbewegung des 20. Juli 1944 zu beschränken, sondern das Geschichtsbild einer pluralistischen Gesellschaft zu reflektieren, musste freilich von den Ausstellungskuratoren in einer langwierigen Auseinandersetzung um Bewertungen, Begriffe und historisch-politische und pädagogische Vermittlungsansätze erstritten werden.

Wie umfassend diese Vermittlungsarbeit interpretiert wird, dokumentiert die Gedenkstätte Deutscher Widerstand in ihren Schriften, etwa im Katalog zur 2014 neu eingerichteten Dauerausstellung: „Die grundsätzliche Frage nach den Handlungsmöglichkeiten des Einzelnen unter den Bedingungen der nationalsozialistischen Diktatur hat nichts von ihrer Bedeutung für die Gegenwart verloren, sondern rückt verstärkt in das Zentrum der modernen gedenkstättenpädagogischen Arbeit und ihrer gegenwärtigen wie zukünftigen Herausforderungen in einer zunehmend von Internationalität und Migration geprägten Gesellschaft; dies ist im Sinne einer übergreifenden historisch-politischen Bildungsarbeit, die sich auf Menschenrechte und Toleranz als Grundlage von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit bezieht.“ So betrachtet schärft die Auseinandersetzung mit dem Widerstand gegen den Nationalsozialismus ganz grundsätzlich den Blick für die Verletzung von demokratischen Grundwerten und Menschenrechten. Zugleich fördert sie die Wahrnehmung eigener Handlungsspielräume, das Bewusstsein für Eigenverantwortung und die Bedeutung von Zivilcourage.

## T13

## Beginnende Aufarbeitung des Mössinger Generalstreiks in den 1980er-Jahren

In den 1970er- und frühen 1980er-Jahren tauchten in verschiedenen Zeitungen erste kleine Artikel zum Mössinger Generalstreik auf. 1980 gewann ein Mössinger Schüler bei einem Geschichtswettbewerb den dritten Preis mit seinem Beitrag über den damals noch weithin unbekanntem Generalstreik. Doch dann, im Vorfeld des fünfzigsten Jahrestags 1983, begann deutlich zu werden, dass sich die Situation verändert hatte. 1982 erschien das Buch „Da ist nirgends nichts gewesen außer hier“, verfasst von einer Autorengruppe des Ludwig-Uhland-Instituts der Universität Tübingen, die im Wintersemester 1977/78 mit ihren Forschungsarbeiten begonnen hatte. Dann kam Jan Schüttes gleichnamiger Film, der auf dem Mannheimer Filmfestival, im Fernsehprogramm des Südwestfunks und zweimal in Mössingen gezeigt wurde. Auch der Rundfunk griff das Thema auf und sendete im Januar 1983 das Hörspiel „Vor fünfzig Jahren“ von Luise Besserer. Darin unterhält sich eine fiktive Familie über die Mössinger Ereignisse von 1933.

Die Veranstaltungen zum 60. Jahrestag 1983 bildeten den Höhepunkt. Federführend bei den Vorbereitungen war die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN). Zudem beteiligten sich die Gewerkschaften, die SPD, die Grünen, die DKP, die Jusos, die Naturfreunde, die Initiative „Ohne Rüstung leben“, die Buchautoren des Ludwig-Uhland-Instituts, die evangelische Kirche, die ortsansässigen Schulen sowie Mössinger Einzelpersonen. Ergebnis all dieser Anstrengungen war eine Reihe unterschiedlicher Veranstaltungen: Die Schulen organisierten Vorträge,

Hearings und eine Ausstellung. Die SPD zeigte eine Wanderausstellung, die von Herta Däubler-Gmelin und Erhard Eppler eröffnet wurde. Doch den Höhepunkt bildete eine Kundgebung der VVN, an die sich ein Demonstrationzug mit etwa 10 000 Teilnehmern anschloss. Der Zug endete an der Realschule, in deren Aula eine vom DGB ausgerichtete Gedenkveranstaltung stattfand.

Die Gedenkveranstaltungen waren in Mössingen nicht unumstritten. Einige im Ort behaupteten, dass nur Auswärtige, vor allem Studenten aus Tübingen, und ehemalige Streikteilnehmer zu sehen gewesen seien. Der Mössinger Paul Gucker beschloss daraufhin, seine eigene Sicht der Ereignisse niederzuschreiben, „um die Legenden um den Generalstreik endlich zu beenden“. „Mössingen und der Generalstreik am 31. Januar 1933. Seine Ursachen, seine Folgen und Auswirkungen bis heute“, so lautete der Titel seines Buchs, das 1986 erschien. Seinen Darstellungen zufolge hatten die Mössinger Streikenden gegen bestehende Gesetze verstoßen. Sie seien deshalb zu Recht verurteilt worden. Gucker ging außerdem davon aus, dass die Mössinger KPD-Anhänger nach einem erfolgreichen Streik nichts anderes als eine Diktatur nach sowjetischem Vorbild errichtet hätten. Im selben Jahr veröffentlichte Robert Scheyhing, Mössinger Gemeinderat und Professor an der Juristischen Fakultät der Universität Tübingen, einen Artikel in der Zeitschrift für Württembergische Landesgeschichte über den Mössinger Generalstreik. Ähnlich wie Paul Gucker, aber in strikt juristischer Diktion, konzent-

riert sich auch Scheyhing auf die legalistische Argumentation, wonach die Staatsgewalt angesichts des gewaltsamen Eindringens in eine Fabrik und angesichts des Abstellens der Maschinen dazu verpflichtet gewesen sei, einzugreifen. Außerdem hätten beim Prozess in Tübingen von rechtlicher Seite aus keine Besonderheiten oder eine gezielte Härte gegenüber den Angeklagten festgestellt werden können.

Trotz der wiederholten Kritik am Generalstreik und dessen nachträglicher Würdigung beschloss der Mössinger Gemeinderat 1985, einen Platz nach Jakob Stotz zu benennen. Vier Jahre später wurde eine Gedenktafel aufgestellt, die Stotz' Verdienste im Widerstand gegen Hitler benennt. Bei der Verleihung der Bürgermedaille 1974 war der Laudator nur auf Stotz' Rolle in der Nachkriegszeit eingegangen.

Nach dem fünfzigsten Jahrestag des Generalstreiks fanden zunächst regelmäßig kleinere Gedenkveranstaltungen statt. Am Ludwig-Uhland-Institut arbeiteten Hans-Joachim Althaus, Gertrud Döffinger und Friedrich Bross an Magisterarbeiten zum Thema. Zudem wurde in mehreren Veröffentlichungen und Ausstellungen des Mössinger Museumsleiters

Hermann Berner auf den Generalstreik eingegangen. Zum siebzigsten Jahrestag fand dann die erste Ausstellung statt, die sich unter dem Titel „Mössingen 31. Januar 1931“ explizit dem Streik widmete. Der Gemeinderat machte allerdings zur Auflage, dass die Ausstellung nur zwei Monate stehen durfte und dass keine Begleitveranstaltungen angeboten werden sollten. Sowohl die Auftaktveranstaltung mit dem Tübinger Literaturwissenschaftler Jürgen Wertheimer als Hauptredner als auch die Ausstellung, die rund 2000 Menschen besuchten, stießen auf große Resonanz. Anlässlich einer Preisverleihung des „Vereins zur Erforschung der Geschichte des Nationalsozialismus im Landkreis Tübingen“, bei der drei Schülerinnen für ihre Arbeit zum Mössinger Generalstreik ausgezeichnet wurden, konnte am 2. Oktober 2003 endlich auch eine Gedenktafel an der Langgass-Turnhalle eingeweiht werden. Diese Tafel, die an die „mutigen Männer und Frauen des 31. Januars“ erinnert, war von der SPD-Fraktion im Gemeinderat schon seit Jahren beantragt worden. Das Echo auf diese Veranstaltungen siebzig Jahre nach dem Generalstreik war fast ausschließlich positiv. Es schien, als hätten sich die Mössingerinnen und Mössinger mit ihrer Geschichte versöhnt.

## Mössingen heute – produktive Annäherungen an die Geschichte

Anders als zehn Jahre zuvor zeichneten sich im Vorfeld des achtzigsten Gedenktags am 31. Januar 2013 lebhaftere und kontroverse Diskussionen ab. Das Theater Lindenhof kündigte an, ein Stück zum Mössinger Generalstreik aufzuführen. Im Februar 2012 stellte die Freie Wählervereinigung (FWV) dann einen Antrag im Gemeinderat zur erneuten wissenschaftlichen Untersuchung des Themas. Dieser fand eine Mehrheit. Verbunden mit einem Betrag von 5400 Euro sollte an einem Lehrstuhl für Geschichte eine Abschluss- oder Doktorarbeit in Auftrag gegeben werden, die u. a. „die politischen Ziele der Akteure des Generalstreiks und deren Einstellung zur Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte [...] untersucht“. In seiner Stellungnahme zu diesem Gemeinderatsbeschluss machte der Historiker Ewald Frie, Professor am Seminar für Neuere Geschichte an der Universität Tübingen, deutlich, dass neue Erkenntnisse erst nach mehreren Jahren Forschungsarbeit zu erwarten wären. Angesichts des bevorstehenden Jubiläumsjahres riet er stattdessen zu diskursiven Formen mit einer breiten Beteiligung der Öffentlichkeit.

Im Juli 2012 präsentierten der Kulturwissenschaftler Professor Dr. Bernd Jürgen Warneken und der Mössinger Museumsleiter Hermann Berner die überarbeitete und erweiterte Neuauflage des nun im Talheimer Verlag erschienenen Buches „Da ist nirgends nichts gewesen außer hier“. In dieser Zeit wurden vermehrt Stimmen laut, die den Autoren den Vorwurf der Einseitigkeit und Falschdarstellung machten. Außerdem wurden kritische Fragen formuliert: Was wussten die Mössinger Streikteilnehmer von den Gräueltaten unter Stalin? Wie wären sie im Falle einer Macht-erlangung mit ihren politischen Gegnern umgegangen? Darf man Feinden der parlamentarischen Demokratie überhaupt positiv gedenken? Mit diesen Fragen wurden die Referenten konfrontiert, die am 26. Oktober 2012 an der Podiums- diskussion „Was war sonst außer hier? Württemberg am



Stadtmuseum Mössingen

Mössingen, 31. Januar 2013: Die Gedenkveranstaltung in der Langgass-Turnhalle findet nach Kontroversen statt. Es spricht der Tübinger Historiker Ewald Frie.

Ende der Weimarer Republik – linker Widerstand – Erinnerung“ teilnahmen. Manfred Maier vom Georg-Elser-Arbeitskreis Heidenheim, die Historiker Dr. Thomas Schnabel, Direktor am Haus der Geschichte Baden-Württemberg, und Professor Dr. Reinhold Weber von der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg nahmen zur Legitimität der Gewaltanwendung beim Streik und zum „Stalinismusvorwurf“ Stellung. Sie machten deutlich, dass der Mössinger KPD die Lokalpolitik wesentlich näher gelegen habe als die große Parteilinie, und dass bei einer Würdigung des Widerstands nicht die Grundrechte der Bundesrepublik Deutschland zugrundegelegt werden könnten. Gedenkwürdig sei vielmehr jeder Versuch, der „die Katastrophe des Dritten Reiches zu verhindern“ suchte.

Als Auftakt einer Veranstaltungsreihe zum Nationalsozialismus lud der Talheimer Verlag im November 2012 zu einem Fachsymposium zum Mössinger Generalstreik. Dabei waren

die Herausgeber des neu aufgelegten Generalstreikbuches, einige Autoren der ersten Auflage, die Tochter eines Generalstreikteilnehmers sowie Vertreter des Theaters Lindenhof anwesend. Wenig später wandte sich die Interessengruppe für Mössinger Geschichte um Paul Guckers Sohn Ernst Gucker und vier Gemeinderäte der Fraktionen FWV und CDU im Amtsblatt „gegen einseitige und glorifizierende Berichterstattung“. Gemeinsam warben sie für den Kauf von Restexemplaren des Buches „Mössingen und der Generalstreik am 31. Januar 1933“. Es wurde schließlich ins Internet gestellt.

Bei der Gedenkveranstaltung am 31. Januar 2013 ging der Tübinger Historiker Ewald Frie auf die hitzigen Diskussionen der Vormonate ein. Vor den rund 400 Zuhörern in der Langgass-Turnhalle stellte er fest, dass er dem Einzelnen nicht sagen könne, was er über den 31. Januar zu denken habe, führte dann aber aus: „Unter benennbaren besonderen Randbedingungen haben [die Mössinger] am 31. Januar aus benennbaren Gründen versucht, ein Zeichen gegen die Machtergreifung zu setzen [...]. Sie haben es getan, und sie haben dafür bezahlt. Das verdient Anerkennung [...]. Der Mössinger Generalstreik sollte einen festen Ort in der politischen Bildung des Landes Baden Württemberg bekommen. Nicht, weil er makellos und heldenhaft wäre. Das war er nicht. Sondern weil er ein ganz frühes Zeichen des Widerstandes ist. Und weil er ermöglicht, Fragen zu stellen, die heute aktuell sind: nach lokalem Engagement und dessen überregionaler Einbindung, nach der demokratischen Mitte und den Folgen ihres Verlusts, nach dem kurzfristigen Handeln in Bedrohungssituationen und dessen langfristigen Folgen. Der Mössinger Generalstreik ist und bleibt ein schwieriger Erinnerungsort. Das ist gut so, denn einfache Menschen gibt es nicht.“

Mit der Gedenkveranstaltung wurde zugleich die in der Kulturscheune von Hermann Berner neu überarbeitete Ausstellung „Mössingen, 31. Januar 1933“ eröffnet. Im Mittelpunkt dieser Ausstellung standen die Ereignisse und Biografien der Hauptakteure des Streiks. Dieses Mal war die Ausstellung bis zum Ende des Jahres zu sehen und von zahlreichen Begleitveranstaltungen umrahmt, wie etwa einem Abend mit Nachfahren der Generalstreikteilnehmer. Zudem zeigte das Stadtarchiv Mössingen im Rathaus eine Ausstellung unter dem Titel „80 Jahre Mössinger Generalstreik – 1933 bis 2013“, die sich der Rezeptions- und Erinnerungsgeschichte des Generalstreiks widmete.

Im April 2013 lud die Interessengruppe für Mössinger Geschichte zur Veranschaulichung ihrer Standpunkte in die Pausa-Tonnenhalle zu einem „Faktencheck zum Mössinger Generalstreik“ ein, bei dem sie die demokratiefeindliche Ausrichtung der KPD und deren Wissen um die stalinistischen Gräueltaten analysierte sowie den Begriff „Generalstreik“ und dessen Einzigartigkeit hinterfragte. Als weitere Argumente für eine Relativierung der Tat führte sie den Vorwurf der Gewaltanwendung bei der Firma Merz sowie eine vermeintliche Todesliste der KPD im Falle des gelungenen Umsturzes an.

Im Mai 2013 folgte schließlich die Premiere des Theaterstücks „Ein Dorf im Widerstand“ von Franz Xaver Ott in der Bogenhalle der ehemaligen Textilfabrik Pausa. Die Premiere

der Inszenierung des Regisseurs Philipp Becker, der mehr als 100 Laienschauspieler und vierzig Musiker einbezogen hatte, schien nun alle Seiten zu begeistern. Unterstützt von der Stadt Mössingen kam das Stück 2013 und 2014 mehr als dreißigmal vor ausverkauftem Haus auf die Bühne, davon zweimal im Juni 2013 bei den Ruhrfestspielen in Recklinghausen. Das Theater Lindenhof wurde für seine Inszenierung im Juni 2014 von der Bundesregierung mit dem BKM-Preis „Kulturelle Bildung“ ausgezeichnet, verbunden mit einem Preisgeld von 20000 Euro. 2013 präsentierte auch der Landesbildungsserver Baden-Württemberg ein neues Landeskundemodul mit umfassender Materialsammlung für die Vermittlung des Mössinger Generalstreiks im Schulunterricht.

Zur Abrundung des Gedenkjahres sprach im September 2013 der Leiter der Gedenkstätte Deutscher Widerstand in Berlin, der Historiker Peter Steinbach, in der Quenstedt-Aula über den „gedenkwürdigen Mössinger Generalstreik“ und machte den Mössingern „Mut zur Erinnerung“: „Nutzen Sie die Chance, die Sie in diesem Ort haben [...]. Sie haben hier in Mössingen einen historischen Schatz. Und ich würde Ihnen wünschen, dass Sie ihn erkennen, dass Sie ihn heben und mit ihm leben, dass Sie ihn pflegen.“

Auch an den folgenden Jahrestagen gab es Veranstaltungen. So fand zum 81. Jahrestag 2014 auf Initiative der Stadt Mössingen und des Kreisarchivs Tübingen eine Stadtführung „Auf den Spuren des Mössinger Generalstreiks“ mit Jugendguides statt, also mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die NS-Geschichte in der Region vermitteln. Zum 31. Januar 2015 präsentierte die Journalistin und Filmemacherin Katharina Thoms im Mössinger Kino die Premiere ihres Films „Widerstand ist Pflicht“, der die Probearbeiten zum Theaterstück „Ein Dorf im Widerstand“ dokumentiert. Der Film wurde dann in regionalen Kinos rund um Mössingen und im Juli 2015 in Berlin gezeigt. Vorläufiger Abschluss all dieser Bemühungen um die Aufarbeitung der Geschichte des Mössinger Generalstreiks sind dieses Lese- und Arbeitsheft in der Reihe MATERIALIEN und die Website [www.mössinger-generalstreik.de](http://www.mössinger-generalstreik.de), die den Mössinger Generalstreik als virtuellen Geschichtsort darstellt.



LpB

Gruppenbild 81 Jahre nach dem Generalstreik: Studierende am Seminar für Zeitgeschichte der Universität Tübingen erarbeiten im Hauptseminar von Reinhold Weber gemeinsam mit Franziska Blum (Stadtarchiv Mössingen), Hermann Berner (Stadtmuseum Mössingen) und Sibylle Thelen (LpB) ein erstes Konzept für die Arbeitsblätter dieses Materialienhefts.



# Arbeitsmaterialien und Aufgaben



Stadtmuseum Mössingen

Die Turnerriege des Arbeiterturnvereins posiert vor der Langgass-Turnhalle.



## Übersicht

- A 1 Vom Bauern- und Handwerkerdorf zur Industriegemeinde
- A 2 Politische Entwicklungslinien bis 1933
- A 3 Sozialleben im Wandel: Vereinsgründungen der Arbeiterschaft
- A 4 Machtübernahme im Reich und in Württemberg
- A 5 Der Vorabend des Generalstreiks und die Vorbereitung
- A 6 31. Januar 1933: der Mössinger Generalstreik
- A 7 Die Folgen des Streiks – Verhaftungen, Denunziationen, Prozesse
- A 8 Nach der Machtübertragung – der frühe linke Widerstand
- A 9 1933 bis 1945: Mössingen im Nationalsozialismus
- A 10 Zäsurjahr 1945 – Ende der NS-Diktatur in Mössingen
- A 11 Aufarbeitung der NS-Zeit – Rehabilitierung der Streikteilnehmer
- A 12 Bewertung des Widerstands – Kontroversen und Deutungen
- A 13 Beginnende Aufarbeitung des Mössinger Generalstreiks
- A 14 Mössingen heute – produktive Annäherung an die Geschichte

## Vom Bauern- und Handwerkerdorf zur Industriegemeinde

A 1

### Mössingen im späten 19. Jahrhundert: Bauern, Saisonarbeiter, Auswanderer

Von alters her war die Mössinger Markung im Steinlachtal südlich von Tübingen dicht besiedelt. Die Bevölkerung lebte von der Landwirtschaft, doch die Arbeitsbedingungen waren hart. Zunehmend wirkten sich auch die Folgen des Erbrechts aus. Gemäß der Realteilung musste der Besitz unter allen Erbberechtigten aufgeteilt werden. Mit der Zeit

wurden die Anbauflächen immer kleiner, bis sie kaum noch ausreichten, um eine Familie zu ernähren. Arbeitsplätze waren knapp im Steinlachtal. Um Geld zu verdienen, wurde selbst gebrannter Schnaps verkauft. Im 19. Jahrhundert entstanden Rechen- und Gabelmachereien und andere kleine Handwerksbetriebe. Viele Mössinger zogen als Saison- und



Nicht nur Felder, Äcker und Obstwiesen, auch Häuser wurden im Zuge der Realteilung unter den Erben aufgeteilt. Oft war die Folge, dass schließlich mehrere Familien unter einem Dach zusammenwohnen mussten. In diesem Haus in der Mössinger Langgasse (links) lebten bis 1940 vier Familien, zwei im vorderen und zwei im hinteren Teil des Gebäudes. Nicht nur wenn Verwandte zum Kaffeetrinken kamen (rechts), ging es beengt zu. Um sich Platz zu verschaffen,



errichtete eine Familie im ersten Stock einen kleinen Vorbau, der als „Schlafkasten“ genutzt wurde. Einige Zeit mussten sich zwei Familien eine Küche teilen, bis ein weiterer Anbau hinzukam. Auch die Scheuer hinterm Haus hatte zwei Eigentümer. Immer wieder musste geregelt werden, wer was wann und wie lange nutzen durfte. Bevor das Haus unter Denkmalschutz gestellt werden konnte, wurde es 1975 abgerissen.

### Aus dem Steinlachtal in die USA

#### Auswanderungsgeschichte

Konrad Munz aus Talheim bei Mössingen hatte Schmied gelernt. Nach dem Ersten Weltkrieg arbeitete er in der Schweiz. 1921 kehrte er zurück. Er fand Arbeit auf der „Mössinger Zemente“, doch dort gefiel es ihm nicht. Ein Schulkamerad schrieb ihm aus den USA, in seinem Betrieb würden noch Leute gesucht, und schickte eine Schiffsfahrkarte. Berta Munz folgte 1923 mit ihrem drei Monate alten Kind. Das Ticket für die Atlantiküberfahrt hatte sie in der Eisenwarenhandlung Schrenk in Mössingen gekauft. Sie fuhr mit dem Zug nach Bremerhaven. Dort begann die dreiwöchige Schiffsreise. Berta Munz hatte einen Holzkoffer mit Wäsche mitgenommen. Außerdem hatte sie 30 Dollar dabei, die sie bei der Ankunft als Landungsgeld vorweisen musste. Die Einwanderer sollten sich davon Essen, Geschirr und Möbel kaufen. Aber Berta Munz' Baby hatte unterwegs

Hunger, deshalb kaufte sie Milch von dem Geld. Nach der Ankunft wurden die Neuankömmlinge frühmorgens in eine Art Gitterkäfig geführt. Dort mussten sie warten, bis sie aufgerufen wurden. Am späten Nachmittag war Berta Munz an der Reihe. Der Beamte fragte nach den 30 Dollar, doch zum Glück wollte er das Geld nicht sehen, als sie mit „ja“ antwortete. Ein Jahr später folgte ihre Mutter nach. Bis heute haben sich bei vielen Mössingern die Kontakte nach Amerika erhalten. Unzählige zogen in die Ferne, um der Not zu entgehen und ihr Glück zu suchen. Manch einer würde heute von Wirtschaftsflüchtlingen sprechen.

Hermann Berner:  
Grenzüberschreitungen, Mössingen 1996

Wanderarbeiter bis nach Frankreich oder in die Schweiz und brachten von dort neue Erfahrungen mit. Andere verließen das Dorf für immer. Zwischen 1871 und 1895 wanderten etwa 30 Prozent der Einwohner aus, vor allem in die USA. Die Auswanderungsrate in Mössingen zählte zu den höchsten in Württemberg. Zwar siedelten sich zugleich erste Fabriken an, darunter drei Textilunternehmen. Doch bis ins erste Drittel des 20. Jahrhunderts blieb die Einkommenslage schwierig.



Alle Stadtmuseum Mössingen

Auch verheiratete Frauen aus Mössingen und der Umgebung nutzten die Möglichkeit, auswärts ein Zubrot zu verdienen. Manche halfen beim traditionellen „Hopfenzopfen“ im Rottenburger Raum. Andere gingen regelmäßig Schafscheren auf die Schwäbische Alb. Das Foto zeigt eine weibliche Belsener Schafschurgruppe in der Nähe von Ebingen (heute Albstadt) mit einheimischen Schäfern.

Während der Heuernte im Jahre 1884 stritten sich zwei seit langem verheiratete Eheleute aus Belsen. Der Mann drohte: „Wenn Du nicht aufhörst, gehe ich nach Amerika!“ Die Frau entgegnete: „Dann gang’ doch. Wega oim heiba mer doch!“\* Der Mann ging und wanderte nach Amerika aus.

\* sinngemäß ungefähr: Dann geh doch. Wenn einer fehlt, findet die Heuernte trotzdem statt. Dieser Ausspruch wird in Mössingen oft als Synonym dafür verwendet, dass es auf einen mehr oder weniger nicht ankommt.

Mündliche Überlieferung, notiert von Hermann Berner

## Aufgaben

1. Beschreibt die Situation im ländlichen Württemberg am Beispiel Mössingens. In welcher sozialen Situation fand der Prozess der Industrialisierung statt?
2. Untersucht die soziale Situation in Mössingen im 19. Jahrhundert. Welche Ursachen für die Armut lassen sich finden und wie behelf sich die Bevölkerung?
3. Die Realteilung war die in Württemberg übliche Regelung bei Erbfällen. Erklärt, inwiefern die Realteilung für die Armut der ländlichen Bevölkerung verantwortlich ist.
4. Die Mössinger werden als „weltoffen und arm“ (T1) bezeichnet. Stellt dar, inwiefern sich diese Beschreibung in den Quellen widerspiegelt.
5. Überprüft, ob das Verhalten der Mössinger heute als „Armutsmigration“ zu bezeichnen ist.
6. Recherchiert auf der Seite [www.auswanderer-bw.de](http://www.auswanderer-bw.de) für Mössingen und/oder für euren Heimat- bzw. Schulort, wie viele Menschen im 19. Jahrhundert ausgewandert sind.
7. Arbeitet das Für und Wider einer Auswanderung nach Amerika in einer Tabelle heraus.
8. Gestaltet einen Dialog: Eine Familie erwägt ihre Auswanderung bzw. die zeitweilige Migration wegen Saisonarbeit. Wägt die Argumente, die für oder gegen eine Auswanderung sprechen, ab.



# Politische Entwicklungslinien bis 1933

## A 2

## Mössinger Wahlergebnisse im Vergleich mit Württemberg und dem Reich

Im Gegensatz zum reichsweiten Trend ging in Mössingen aus der Spaltung der Arbeiterbewegung zu Beginn der Weimarer Republik die KPD als die stärkere Partei hervor (vgl. Tab. 1). Die 1929 einsetzende Weltwirtschaftskrise, die auch im Steinlachtal viele Menschen arbeitslos machte, mobilisierte Nichtwähler und führte zum Rechtsruck im Wahlverhalten. Bei den Reichstagswahlen im Jahr 1930 konnte die pietistisch-konservative Partei des Christlich-Sozialen Volksdienstes (CSVD) auf Anhieb 39 Prozent der Stimmen gewinnen. Und 1932 erzielte die NSDAP mit über 40 Prozent im württembergischen und reichsweiten Vergleich Rekordergebnisse (vgl. Tab. 2 und 3). Die hohen Zugewinne der Nationalsozialisten in Mössingen dokumentieren weniger ein Erstarren des rechten Parteienmilieus als vielmehr ein Protestwahlverhalten gegenüber der starken und selbstbewussten Arbeiterbewegung. Organisatorisch war die NSDAP in Mössingen vor 1933 schwach vertreten. Die Wahlergebnisse belegen darüber hinaus die endgültige Erosion der bürgerlich-liberalen Parteien und die extreme Polarisierung im Ort.

	Wahlbeteiligung	KPD	USPD	SPD	DDP	DVP	BB	DNVP	CSVD	NSDAP
19.1.1919	90,3	–	0,7	61,2	31,0	–	6,1	–	–	–
6.6.1920	69,1	3,3	27,1	16,5	33,0	2,6	3,7	13,4	–	–
4.5.1924	70,1	26,5	–	16,0	24,5	7,7	2,4	17,1	–	–
7.12.1924	67,0	20,6	–	18,2	35,3	6,3	4,1	14,5	–	–
20.5.1928	41,7	25,8	–	17,0	18,1	3,3	3,6	9,1	13,8	3,4
14.9.1930	72,2	23,7	–	9,0	0,5	7,7	1,2	1,2	39,0	14,3
31.7.1932	72,6	32,2	–	6,4	2,2	0,5	0,4	0,6	16,4	43,5
6.11.1932	68,4	32,1	–	6,1	2,0	0,5	0,3	0,6	15,6	41,0
5.3.1933	79,6	21,0	–	6,0	1,3	0,4	0,8	1,8	15,3	41,9

Tabelle 1: Wahlen zur Nationalversammlung und zum Reichstag 1919–1933, Ergebnisse Mössingen (in % der abgegebenen gültigen Stimmen)

	KPD	USPD	SPD	Zentrum	DDP	DVP	BB	DNVP	CSVD	NSDAP
19.1.1919	–	2,8	35,9	21,5	25,4	–	14,1	–	–	–
6.6.1920	3,2	13,1	16,1	22,5	14,5	3,9	17,7	9,0	–	–
4.5.1924	11,4	–	16,0	20,6	9,5	4,4	19,7	10,1	–	4,2
7.12.1924	8,2	–	20,6	22,3	10,9	5,8	18,0	11,1	–	2,2
20.5.1928	7,3	–	23,9	19,2	9,7	5,6	17,6	6,2	–	1,9
14.9.1930	9,5	–	20,5	20,5	9,9	DDP	13,0	6,7	6,7	9,4
31.7.1932	11,2	–	18,0	20,7	2,5	1,0	7,0	3,8	3,7	30,5
6.11.1932	14,6	–	15,5	19,4	3,0	1,5	8,2	5,3	4,3	26,5
5.3.1933	9,3	–	15,0	16,9	2,2	0,7	5,4	5,1	3,2	42,0

Tabelle 2: Wahlen zur Nationalversammlung und zum Reichstag 1919–1933, Ergebnisse Württemberg (in % der abgegebenen gültigen Stimmen)

	KPD	USPD	SPD	Zentrum	BVP	DDP	DVP	DNVP	NSDAP
19.1.1919	–	7,6	37,9	15,9	3,8	18,6	4,4	10,3	–
6.6.1920	2,1	17,9	21,7	13,6	4,2	8,3	13,9	15,1	–
4.5.1924	12,6	0,8	20,5	13,4	3,2	5,7	9,2	19,5	6,5
7.12.1924	9,0	0,3	26,0	13,6	3,8	6,3	10,1	20,5	3,0
20.5.1928	10,6	0,1	29,8	12,1	3,1	4,9	8,7	14,2	2,6
14.9.1930	13,1	0,03	24,5	11,8	3,0	3,8	4,7	7,0	18,3
31.7.1932	14,5	–	21,6	12,5	3,7	1,0	1,2	6,2	37,4
6.11.1932	16,9	–	20,4	11,9	3,4	1,0	1,9	8,9	33,1
5.3.1933	12,3	–	18,3	11,2	2,7	0,9	1,1	8,0	43,9

Tabelle 3: Wahlen zur Nationalversammlung und zum Reichstag 1919–1933, Ergebnisse Deutsches Reich (in % der abgegebenen gültigen Stimmen)

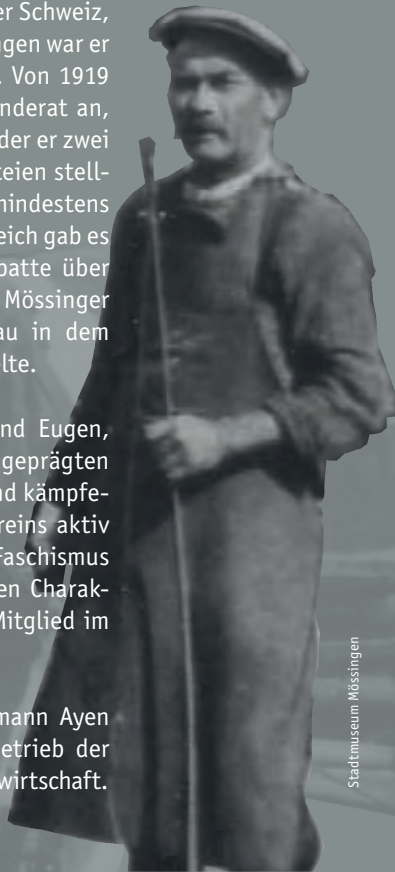
## Gemeinderat Hermann Ayen

### Biografie

Hermann Ayen wurde 1877 in Mössingen geboren. 1895, mit 18 Jahren, trat er in die SPD ein. Vor dem Ersten Weltkrieg arbeitete er einige Jahre in der Schweiz, wo er sich politisch radikalisierte. In Mössingen war er als selbstständiger Schreinermeister tätig. Von 1919 bis 1933 gehörte er dem Mössinger Gemeinderat an, zuerst für die SPD, von 1922 an für die KPD, der er zwei Jahre als Vorsitzender vorstand. Beide Parteien stellten während der gesamten 1920er-Jahre mindestens fünf von insgesamt 16 Gemeinderäten. Zugleich gab es einen starken bürgerlichen Block. Die Debatte über die „Fürstenbilder“ im Sitzungssaal des Mössinger Rathauses entfachte Hermann Ayen genau in dem Jahr, in dem er von der SPD zur KPD wechselte.

Hermann Ayen hatte zwei Söhne, Paul und Eugen, die in einem von politischen Diskussionen geprägten Umfeld aufwuchsen. Paul galt als radikal und kämpferisch. Er war bei den Turnern des Sportvereins aktiv und gehörte dem Kampfbund gegen den Faschismus an. Der Bruder Eugen hatte einen ruhigeren Charakter, er war seit 1926 Kinderturnwart und Mitglied im Trommler- und Pfeiferkorps.

Das Foto zeigt den Feierabendbauern Hermann Ayen in den 1920er-Jahren. Im Nebenerwerb betrieb der Schreinermeister und Gemeinderat eine Landwirtschaft.



## Fürstenbild-Debatte im Mössinger Gemeinderat

### Zeitungsbericht

Mössingen, 18. Mai. Gemeinderatsitzung vom 3. April. Vor Eröffnung der Sitzung entspinnt sich unter den anwesenden Herren Gemeinderäten eine lebhafte Debatte wegen der im Sitzungssaal seit Jahrzehnten aufgehängten Fürstenbilder. Die direkte Veranlassung zu dieser Aussprache gab G.-Rat Ayen, der die Bilder abnahm und gegen die Wand stellte. Die bürgerlichen Gemeinderäte verboten sich dieses Vorgehen, ehe nicht darüber verhandelt worden sei. Im Verlauf des kleinen Tumultes hängte G.-Rat Stotz die Bilder wieder auf; einige Gemeinderäte hatten inzwischen auch das Lokal verlassen. Nach Eröffnung der Sitzung führte G.-Rat Ayen aus, dass nach Abschaffung der Monarchie und Einführung der republikanischen Staatsform in einen öffentlichen Versammlungsraum keine Fürstenbilder mehr gehören und dass sich schon viele Bürger an diesem Zustand aufgehalten hätten. Ein bürgerlicher Antrag auf Vertagung der Angelegenheit wird überstimmt und nach mitunter recht erregter Debatte wird mit 6 gegen 5 Stimmen beschlossen, die Bilder aus dem Rathaussaal zu entfernen.

Stadtarchiv Mössingen: Steinlach-Zeitung, 20. Mai 1922

## Aufgaben

1. Vergleicht das Wahlverhalten der Mössinger mit dem auf Landes- bzw. Reichsebene. Wo stimmen die Mössinger mit dem allgemeinen Trend überein, wo weichen sie ab?
2. Recherchiert die Namen der Parteien und ihr Programm im Internet, beispielsweise auf den Seiten von [www.dhm.de/dhm-lemo](http://www.dhm.de/dhm-lemo) (bzw. löst sie mithilfe der Lektüre von T2 auf). Arbeitet die drei wichtigsten Positionen jeder Partei heraus und lokalisiert sie im Rechts-links-Spektrum.
3. Recherchiert die Wahlbeteiligung auf Landes- und Reichsebene im Vergleich zu Mössingen. Wo gibt es deutliche Abweichungen?
4. Belegt mithilfe der Statistiken folgende Thesen zu Mössingen:
  - Es mangelt in Mössingen schon früh an einer breiten politischen Mitte.
  - Die Polarisierung zugunsten der Extreme ist in Mössingen stärker ausgeprägt als im Land bzw. im Reich.
5. Untersucht, inwiefern Hermann Ayen typisch oder untypisch für einen KPD-Ortsvorsitzenden ist. Recherchiert hierzu auch im Internet.
6. Untersucht das besondere Verhältnis von Sozialdemokraten und Kommunisten in Mössingen (T2).
7. Erklärt, inwiefern die Fürstenbild-Debatte im Mössinger Gemeinderat ein Grundproblem der Weimarer Republik widerspiegelt.
8. Nehmt Stellung: Gehören die Bilder von Fürsten in ein Rathaus?
9. Vergleicht die Wahlergebnisse von 1919 und 1932 mit denen in eurem Heimatort. Benutzt hierzu die Statistiken bei [www.leo-bw.de](http://www.leo-bw.de).
10. Sammelt aktuelle Beispiele, bei denen Menschen für ihre Überzeugungen auf die Straße gehen.

# Sozialleben im Wandel: Vereinsgründungen der Arbeiterschaft

A 3

## Sportliche Aktivitäten und politisches Engagement

Anfang des 20. Jahrhunderts begann sich das Freizeitverhalten im Dorf zu verändern. Neue Vereine ermöglichten sportliche Aktivitäten, aber auch politisches Engagement. 1904 wurde der Turnverein gegründet, der schließlich dem Arbeiterturnerbund beitrug. Zunehmend prägte nun die Arbeiterschaft das Vereinswesen vor Ort. Es entstanden der Arbeiterradfahrverein, der Arbeitergesangsverein und schließlich das Arbeiter-Sportkartell, das 1925 eine eigene

Sportstätte baute: die Langgass-Turnhalle (Foto links). Besonders die Jugend nutzte die neuen Angebote dort. Eine Novität war die Frauenriege, die auch noch in kurzen Hosen turnte (rechts). Die Halle entwickelte sich zum Kultur- und Versammlungszentrum. Doch um 1930 zeichnete sich eine wachsende Polarisierung ab. Die Mössinger KPD radikalisierte sich zunehmend und positionierte sich gegenüber dem aufkommenden Nationalsozialismus.



Stadtmuseum Mössingen



Stadtmuseum Mössingen

### Konflikte um Vermischung von Sport und Politik

#### Vereinschronik

Die zunehmende Politisierung Anfang der 1930er-Jahre wirkte sich auch in den Mössinger Sportvereinen aus. Die Fußballer beschlossen, einen eigenen Verein zu gründen. Fußball galt damals als „bürgerlicher“ Sport, während die Arbeiter turnten. Das Protokollbuch des neuen Vereins für Rasensport (VfR) vermerkt, die Fußballabteilung habe sich stark genug gefühlt, um den lange erwarteten „neutralen Verein zu gründen“. Der Eintrag zur Gründungsversammlung vom 9. März 1932 lautet:

„Dem jetzigen 1. Vorsitzenden des Vereins war es eine sichtliche Freude, eine so zahlreiche Anzahl Sportler u. Sportanhänger begrüßen zu dürfen. Zu Beginn der Versammlung kam ein Brief des ‚Arbeiter-Sport u. Kulturkartells‘ durch den Vorsitzenden zur Verlesung, woselbst den Sportlern die Möglichkeit gegeben sein sollte, ihren Sport auszuüben. Von den Sportlern wurde jedoch einmütig zum Ausdruck gebracht, dass sie ihre sportliche Betätigung frei von jeder politischen Interessensphäre

ausüben wollen. Die über diesen Punkt erfolgte geheime Abstimmung ergab mit 22 zu 3 Stimmen eine Ablehnung des Vorschlags.“

In den Folgemonaten radikalisierte sich der Arbeiterturn- und Sportverein. Im Mai 1932 trat er aus dem gemäßigeren Arbeiterturn- und Sportbund e.V. aus, um dem kommunistischen Dachverband Rote Sporteinheit beizutreten. Der Übertritt, der mit 48 zu 8 Stimmen beschlossen wurde, führte zu einem weiteren Bruch innerhalb des Vereins. Eine Reihe gemäßiger Arbeiterturner trat aus. Von den Verbliebenen wurden sie als Arbeiterverräter beschimpft.

Stadtarchiv Mössingen:  
Protokollbuch des VfR 1932–1939

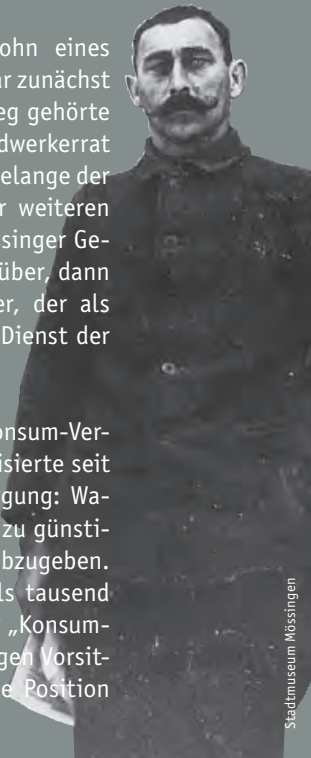


## Der „Konsum-Maier“

Biografie

Martin Maier wurde 1887 in Mössingen als Sohn eines Rechenmachers und Landwirts geboren. Auch er war zunächst als Rechenmacher tätig. Nach dem Ersten Weltkrieg gehörte er dem provisorischen Arbeiter-, Bauern- und Handwerkererrat an, der sich um die wirtschaftlichen und sozialen Belange der Bevölkerung kümmerte. 1919 zog Maier mit vier weiteren Kandidaten für die SPD in den neu gewählten Mössinger Gemeinderat ein. 1920 trat er von der SPD zur USPD über, dann in die neu gegründete KPD ein. Der Handwerker, der als begnadeter Redner galt, stellte sich ganz in den Dienst der Partei.

1921 wurde Maier hauptamtlicher Kassier des „Konsum-Vereins Mössingen und Umgebung“. Der Verein organisierte seit 1908 die genossenschaftliche Lebensmittelversorgung: Waren wurden in großen Mengen eingekauft, um sie zu günstigen Preisen an die eigenen Vereinsmitglieder abzugeben. Mitte der 1920er-Jahre hatte der Verein mehr als tausend Mitglieder und bis zu fünf Filialen. 1933 verlor der „Konsum-Maier“, wie er zur Unterscheidung vom gleichnamigen Vorsitzenden der KPD-Ortsgruppe genannt wurde, seine Position als Kassier und seinen Sitz im Gemeinderat.



Stadtmuseum Mössingen

## „Zügelloses, liederliches Treiben“

Pfarrbericht

Die Arbeit war hart, der Alltag der Mössinger karg. Die evangelische Kirche, vor allem der Pietismus, prägte das kulturelle Leben im Dorf. Doch die Jugend begann sich Freiräume zu schaffen. Im 19. Jahrhundert entstand der Brauch der „Lichtstuben“ und „Quartiere“. Das Freizeitverhalten wandelte sich weiter. Der Pfarrbericht von 1921 vermerkt die Veränderungen:

„Die männliche Jugend teilt sich in ‚Quartiere‘. Dort werden die Abende z. T. in geradezu blödsinniger Weise verbracht. In manchen Quartieren gibt es gelegentlich auch Zusammenkünfte mit Mädchen aus ‚Lichtstuben‘. In ihnen finden sich die Mädchen zusammen. Beide, Quartiere und Lichtstuben, sind Quellen des Ungehorsams gegen die Eltern u. der Unkeuschheit in ihren verschiedenen Formen. Sie haben sich wie Krebs im Gemeindeleben festgefressen u. es bedarf eines geduldigen, zähen u. überlegenen Kampfes, um sie allmählich auszurotten.“

„Der Sonntag ist als Ruhetag geschützt. In Arbeiterfamilien ist der Sonntagmorgen die Bastelzeit. Man richtet allerlei für den Haushalt. Das mag vor Einführung des Achtstundentags manchmal nötig gewesen sein, hat aber durch die Arbeitskürzung keine Veränderung erfahren. In der Ernte u. zur Herbstzeit wird sonntags ohne Grund auf dem Felde gearbeitet: ‚Man wird sonst nicht fertig!‘ Charakteristisch für das Dorf ist der starke Wirtschausesuch am Sonntag. Auch Frauen sieht man viele dort [...]. Die Jugend über 17 Jahren, die fast durchweg kommunistisch angehaucht ist, benutzt den Ruhetag zu zügellosem, liederlichem Treiben.“

Landeskirchliches Archiv Württemberg: A 29 Nr. 2904, Pfarrbericht Mössingen 1921

## Aufgaben

1. Beschreibt, welche Möglichkeiten Jugendliche hatten, ihre Freizeit zu gestalten (auch unter Verwendung von T3).
2. Untersucht, wie sich das Freizeitverhalten der Menschen seit dem Ende des 19. Jahrhunderts verändert hat. Kann man es als „modern“ bezeichnen?
3. Erläutert, wie die Politisierung in Mössingen alle Lebensbereiche betroffen hat und wer dies mit welcher Argumentation kritisiert.
4. Erklärt die Bedeutung der Turnhalle als kulturelles Zentrum (T3).
5. Erklärt, wie ein Konsumverein funktioniert. Warum sollte man so einem Verein beitreten? Welche Vorteile haben die Vereinsmitglieder?
6. Stellt dar, wie sich die politische Radikalisierung ab 1930 auch in den Vereinen widerspiegelt.
7. Die Emanzipation der Frauen spiegelt sich auch in ihrem Freizeitverhalten. Überprüft, inwiefern es eine Befreiung für die Frauen war, zu turnen und Sport zu treiben.
8. Gestaltet eine Entgegnung auf die Position des Pfarrers im Pfarrbericht.

## Machtübernahme im Reich und in Württemberg

A 4

Stadtlarchiv Mössingen: Steinlach-Zeitung, 31. Januar 1933



## Schlagzeilen zu Hitler reichsweit, auch in Mössingen

Nach seiner Ernennung zum Reichskanzler begann Adolf Hitler umgehend mit dem systematischen Ausbau seiner Macht. Bereits am 1. Februar 1933 kündigte er Neuwahlen an. Parteien, Gewerkschaften und politische Gegner wurden ausgeschaltet, Länder und Kommunen gleichgeschaltet. Zur Reichstagswahl am 5. März 1933 hingen am Mössinger Rathaus die Hakenkreuzfahnen (Foto). Das Wahlergebnis wurde gemäß dem „Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich“ vom 31. März 1933 zur Grundlage für die Zusammensetzung aller Landtage und Gemeinderäte. Anfang Mai 1933 erfolgte auch in Mössingen die Gleichschaltung: Der Gemeinderat wurde aufgelöst und entsprechend des lokalen Wahlergebnisses neugebildet, allerdings ohne Kommunisten, denen die Mitsprache bereits verwehrt war, und ohne Sozialdemokraten, die keine Kandidatenliste eingereicht hatten. Im Gemeinderat saßen nun elf NSDAP-Angehörige und ein Mitglied des Christlich-Sozialen Volksdienstes (CSVD).



Hakenkreuzfahnen hängen am Mössinger Rathaus. Das Foto wurde am 5. März 1933, am Tag der Reichstagswahl, aufgenommen.

1933 bis 1934: von der Demokratie zur Diktatur  
Zeitstrahl**30. Januar 1933**

Ernennung Hitlers zum Reichskanzler.

**4. Februar 1933**

Notverordnung: Einschränkung der Presse- und Versammlungsfreiheit.

**28. Februar 1933**

Reichstagsbrandverordnung: Außerkraftsetzung der in der Verfassung garantierten Grundrechte.

**März, April 1933**

Gleichschaltung der Länder.

1933

**1. Februar 1933**

Auflösung des Reichstags unter Vortäuschung staatsmännisch verantwortlichen Handelns. Ankündigung von Neuwahlen am 5. März 1933.

**24. März 1933**

Ermächtigungsgesetz: Ausschaltung des Parlaments. Ausstattung der Regierung mit legislativer Macht.

**Mai bis Juli 1933**

Verbot bzw. Auflösung der Parteien. Ausschaltung der Gewerkschaften. Einführung des Einparteienstaats mit NSDAP als Staatspartei.

## „Ermächtigungsgesetz“

Gesetzestext

Nach den Reichstagswahlen vom 5. März 1933 konfrontierte Hitler das Parlament mit dem sogenannten Ermächtigungsgesetz, dem „Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich“. Am 23. März 1933 stimmten 444 Abgeordnete für dessen Annahme, 94 Abgeordnete der SPD stimmten dagegen. Am 24. März trat das neue Gesetz in Kraft.

### Artikel 1

Reichsgesetze können außer in dem in der Reichsverfassung vorgesehenen Verfahren auch durch die Reichsregierung beschlossen werden. Dies gilt auch für die in den Artikeln 85 Abs. 2 und 87 der Reichsverfassung bezeichneten Gesetze.

### Artikel 2

Die von der Reichsregierung beschlossenen Reichsgesetze können von der Reichsverfassung abweichen, soweit sie nicht die Einrichtung des Reichstags und des Reichsrats als solche zum Gegenstand haben. Die Rechte des Reichspräsidenten bleiben unberührt.

### Artikel 3

Die von der Reichsregierung beschlossenen Reichsgesetze werden vom Reichskanzler ausgefertigt und im Reichsgesetzblatt verkündet. Sie treten, soweit sie nichts anderes bestimmen, mit dem auf die Verkündung folgenden Tage in Kraft. Die Artikel 68 bis 77 der Reichsverfassung finden auf die von der Reichsregierung beschlossenen Gesetze keine Anwendung.

### Artikel 4

Verträge des Reichs mit fremden Staaten, die sich auf Gegenstände der Reichsgesetzgebung beziehen, bedürfen nicht der Zustimmung der an der Gesetzgebung beteiligten Körperschaften. Die Reichsregierung erlässt die zur Durchführung dieser Verträge erforderlichen Vorschriften.

### Artikel 5

Dieses Gesetz tritt mit dem Tage seiner Verkündung in Kraft. Es tritt mit dem 1. April 1937 außer Kraft; es tritt ferner außer Kraft, wenn die gegenwärtige Reichsregierung durch eine andere abgelöst wird.

## Aufgaben

1. Erläutert die Schritte, in denen Hitler nach dem 30. Januar 1933 seine Macht ausbaute – zum Beispiel mithilfe der Zeitachse auf dieser Seite oder mithilfe des Films „Die ersten 100 Tage“ auf [www.planet-schule.de](http://www.planet-schule.de).
2. Erklärt, wie das „Ermächtigungsgesetz“ die Demokratie abschaffte.
3. Erläutert, inwiefern die Machtübernahme Hitlers in Mössingen spürbar wurde.
4. Erklärt, warum gerade in Mössingen die Situation durch die NSDAP-Machtübernahme prekär wird.
5. Recherchiert, welche Rolle auf Landesebene der aus Rottenburg stammende Staatspräsident Eugen Bolz in der Zeit der Machtübernahme spielte.
6. Stellt die Tricks dar, mit denen Hitler und die Nationalsozialisten ihre Macht absicherten (T4).
7. Erläutert den Begriff „Gleichschaltung der Länder“ und beurteilt die Bedeutung der zentralistischen Maßnahmen für die Durchsetzung der NS-Diktatur (T3/4).

**30. Januar 1934**

Auflösung der Landtage.

**3. Juli 1934**

Gesetz über Maßnahme der Staatsnotwehr. Judikative an Hitler nach Röhms-Putsch.

1934

**2. August 1934**

Ämter von Reichspräsident und Reichskanzler auf Hitler vereinigt. Vereidigung der Reichswehr auf Hitler.



# Der Vorabend des Generalstreiks und die Vorbereitung

A 5

Als am 30. Januar bekannt wurde, dass die KPD für den folgenden Tag einen reichsweiten Generalstreik plant, berief der Mössinger KPD-Vorsitzende Martin Maier für den Abend eine Versammlung der Arbeitervereine in der Turnhalle ein. Es kamen rund 200 Männer und Frauen, die für den nächsten Tag für die Mittagszeit ein weiteres Treffen vereinbarten, um

ihr Vorgehen zu beraten. Anschließend zogen sie, voran die Trommler und Pfeifer des Antifaschistischen Kampfbundes, durch das nächtliche Mössingen. Am nächsten Morgen wurden die inzwischen aus Stuttgart eingetroffenen Flugblätter verteilt. Dieses Arbeitsblatt dokumentiert eine Abbildung (rechts) und den Wortlaut (unten) des Flugblatts.

## Aufruf der KPD zum entschlossenen Widerstand Flugblatt

Massenstreik!

Hitler Reichskanzler!

Der Reichspräsident Hindenburg, der Präsidentschaftskandidat der SPD-, Reichsbanner- und Gewerkschaftsführer, hat seinen „Gegner“ Adolf Hitler zum Reichskanzler ernannt. Hitler hat eine Regierung der faschistischen Konterrevolution gebildet.

Diese Regierung wird mit allen Mitteln des faschistischen Terrors unter Einsatz der SA-Mordkolonnen und des Stahlhelm versuchen, den Widerstand der Arbeiterklasse zu brechen und den Weg der offenen faschistischen Diktatur zur Rettung des bankrotten Kapitalismus gehen.

Die Grundlage der Einigung zwischen Nazis, Deutschenationalen und Stahlhelm ist: Ausnahmezustand und Verbot der Kommunistischen Partei und der revolutionären Massenorganisationen. Der Führer im Freiheitskampf der Werktätigen soll brutal und rücksichtslos zertreten werden.

Die Kommunistische Partei ruft die Arbeiterklasse, die Angestellten und Beamten, die Mittelständler, Kleinbauern zur machtvollen Entfaltung der Antifaschistischen Aktion, zum entschlossenen Widerstand. Noch dringender, mahrender, der ganzen ungeheuerlichen

Reichweite der kommenden Ereignisse für das weitere Schicksal des deutschen Proletariats bewusst, wiederholen die Kommunistische Partei und die RGO (Anmerk. Red: Revolutionäre Gewerkschafts-Opposition)

ihr schon am 20. Juli vorigen Jahres gemachtes Einheitsfrontangebot an die sozialdemokratischen und freigewerkschaftlichen Arbeiter und anderen Organisationen, an die parteilosen und christlichen Arbeiter zum gemeinsamen und entschlossenen Handeln gegen die faschistische Reaktion und ihre staatsstreicherischen Pläne. Wir rufen die Belegschaften der Betriebe zum Massenstreik heraus, die gewaltige Offensivkraft der Betriebe zu verbinden mit den Massenkämpfen der millionenfachen Erwerbslosenarmee.

Ihr SPD-Arbeiter und Klassengenossen in den Gewerkschaftsverbänden, ihr unteren Organisationen der SPD und des ADGB, in den Betrieben, in den Verbänden, in den Arbeitervierteln, in den Stadtteilen und Ortsverwaltungen! Wir sind bereit, Schulter an Schulter im engsten Klassenbündnis mit euch allen den drohenden Schlag des Faschismus durch den kühnen Gegenschlag mit der Waffe des Massenstreiks zu beantworten.

Wir schlagen euch vor: Tretet sofort noch vor Arbeitsbeginn oder während der Arbeitszeit in den Betrieben zusammen und wählt eure vorbereitenden Kampfausschüsse. Beschließt den sofortigen Streik, beantwortet alle faschistischen Angriffe unverzüglich mit der Massenkraft eurer proletarischen Kampfeinheit.

Es muss verhindert werden, dass ein neuer 20. Juli die Arbeiterschaft ereile. Es muss verhindert werden, dass der Faschismus über eine zersplitterte Arbeiterfront der Ohnmacht der Kapitulation, der Flucht vor

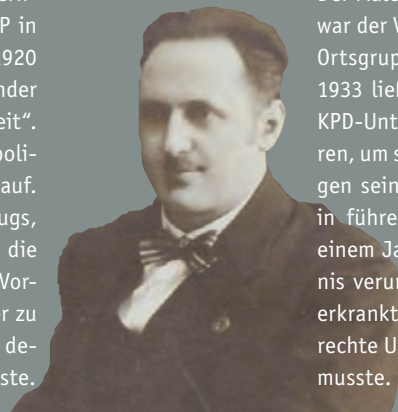
Staatsarchiv Sigmaringen Wü 28/3 T13 L38/33A

## Akteure des Generalstreiks vor Ort Biografien

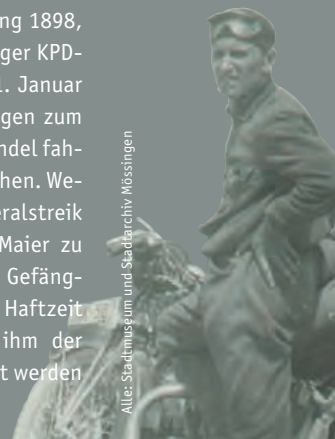
Jakob Stotz, geboren 1899, war gelernter Glaser. 1919 kam er für die DDP in den Gemeinderat, wechselte aber 1920 zur KPD. 1922 wurde er Vorsitzender des Arbeitergesangsvereins „Freiheit“. Ende der 1920er-Jahre trat er als politischer Leiter der KPD-Ortsgruppe auf. Er war der Organisator des Streikzugs, sorgte aber zugleich dafür, dass die Situation nicht eskalierte. Wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ wurde er zu zweieinhalb Jahren verurteilt, von denen er fast zwei Jahre absitzen musste.



Der Maler Martin Maier, Jahrgang 1898, war der Vorsitzende der Mössinger KPD-Ortsgruppe. Am Morgen des 31. Januar 1933 ließ er sich nach Reutlingen zum KPD-Unterbezirkschef Fritz Wandel fahren, um sich mit ihm zu besprechen. Wegen seiner Teilnahme am Generalstreik in führender Stellung wurde Maier zu einem Jahr und neun Monaten Gefängnis verurteilt. Während seiner Haftzeit erkrankte er schwer, sodass ihm der rechte Unterschenkel amputiert werden musste.



Alle: Staatsmuseum und Stadtarchiv Mössingen





Mit diesem Flugblatt rief die KPD Württemberg zum Generalstreik gegen Hitler auf. Einige Hundert Exemplare erhielt Jakob Stotz in der Nacht zum 31. Januar von einem ihm unbekanntem Radfahrer aus Reutlingen, so sagte er später vor Gericht aus. Er ließ die Flugblätter am nächsten Tag im Ort und vor den Fabriken verteilen. Auch in Tübingen, Lustnau und in Stuttgart vor der Firma Bosch wurden Flugblätter ausgegeben. Dort riefen sie im Gegensatz zu Mössingen keine Aktionen hervor.

dem Kampfe triumphiere. Das Proletariat ist riesenstark! Die Einheit des Proletariats ist unüberwindlich, wenn sie das Banner des Kampfes erhebt! Darum auf die Posten! Das Proletariat will nicht Schleicher, noch Brüning, noch Papen und Hitler! Es will die Befreiung seiner Klasse, die Arbeiter- und Bauernrepublik, den Sozialismus!

60

Rüstet zur Einheitskonferenz der in den Betrieben gewählten Delegierten und Kampfausschüsse Stuttgarts, gemeinsam mit den Vertretern der Erwerbslosen, um gemeinsame Kampfbeschlüsse zu fassen.

65

Wählt heute in allen Betrieben, in allen Abteilungen die Einheitsausschüsse der Antifaschistischen Aktion! Formiert den antifaschistischen Massenschutz.

70

Ihr millionenstarken Bataillone der Antifaschistischen Aktion heraus zum Massenangriff!

Wählt Kampfausschüsse!

Entfacht Massenaktionen und Streiks gegen die faschistische Konterrevolution!

75

Vorwärts in die einheitliche Front!

Verteidigt eure Kommunistische Partei! Die Kommunistische Partei ruft die werktätigen Massen zum entschlossensten und kühnsten Widerstand!

80

KPD, Bez. Württemberg

Verantwortlich: Albert Buchmann, MdR. –

Druck: Druckerei AG., Stuttgart

## Aufgaben

1. Untersucht die Argumentation der KPD im Flugblatt. Woran erkennt man die propagandistische Qualität des Flugblatts? Achtet hierbei auch auf den Einsatz rhetorischer Mittel.
2. Recherchiert die Namen im Flugblatt, die euch unbekannt sind.
3. Erläutert, inwiefern sich schon im Vorfeld der Aktion abzeichnete, dass der Mössinger Generalstreik eine Einzelaktion bleiben sollte (T5).
4. Erklärt, warum gerade die KPD Hitler und die NSDAP fürchten musste. Wie ist es zu erklären, dass sich die SPD und die Gewerkschaften dem „Massenstreik“ nicht anschließen?
5. Erklärt, warum der Streik nur in Mössingen stattfand.
6. Für alle Akteure war ihr Verhalten am 31. Januar eine Zäsur im Leben. Beurteilt, ob sich der Preis gelohnt hat, den sie für ihre Teilnahme bezahlen mussten. Haltet ihr den Begriff „Held“ für die Beteiligten für angemessen?
7. Gestaltet einen Dialog zwischen Georg Wagner und Fritz Wandel über den Sinn des Mössinger Generalstreiks (T5).

Der 1908 geborene Maler Jakob Textor war Mitglied der Akrobatengruppe des Turnvereins und gründete die Motorradgruppe bei den Arbeiterradfahrern. Immer wieder fiel er durch besondere Aktionen auf. So erklomm er zur Reichstagswahl 1932 den Kamin der Pausa und hisste eine rote Fahne mit Hammer und Sichel. Für den Generalstreik fertigte er das Spruchband „Heraus zum Massenstreik“ und marschierte mit einer roten Fahne an der Spitze des Zugs, was ihm acht Monate Gefängnis einbrachte.



Christoph Gauger, geboren 1910, war Hilfsarbeiter bei der Pausa. Mit fünf Jahren hatte er seine rechte Hand verloren. Gauger war Mitglied der KPD, der Roten Hilfe und der Revolutionären Gewerkschaftsopposition, übte aber keine offizielle Funktion in der KPD aus. Beim Generalstreik wählten ihn die Pausa-Mitarbeiter zum Vorsitzenden des betrieblichen Kampfausschusses. Vom Oberlandesgericht Stuttgart wurde er wegen Hochverrats und erschwerten Landfriedensbruchs zu zwei Jahren Haft verurteilt.

## 31. Januar 1933: der Mössinger Generalstreik

A 6

### Stationen des Protestmarsches

#### Chronologie

Um 12 Uhr trafen sich ca. 100 Streikwillige vor der Turnhalle und zogen zur Mechanischen Weberei Pausa. Nach zwei Abstimmungen und einer Rede des Reutlinger KPD-Funktionärs Fritz Wandel entschloss sich ein Großteil der Pausa-Arbeiter zur Teilnahme am Streik. Etwa 600 Perso-

nen marschierten zur Trikotwarenfabrik Merz, wo sie in die Fabrikräume eindringen und die Beschäftigten zwingen, die Maschinen abzustellen. Schließlich zog die auf mehr als 800 Personen angewachsene Menge weiter zur Buntweberei Burkhardt. Als man dort verschlossene Fabrikto-



Stadtsarchiv Mössingen

**12:00 Uhr**  
Langgass-Turnhalle



Stadtmuseum Mössingen

**12:45 Uhr**  
Mechanische Weberei Pausa



Staatsarchiv Sigmaringen WÜ T 13 L38/33B

**14:00 Uhr**  
Trikotwarenfabrik Merz

### Auseinandersetzungen bei der Firma Merz

#### Gerichtsaussagen

In der Trikotwarenfabrik Merz zeigten die Beschäftigten zunächst wenig Interesse, sich dem Streikzug anzuschließen. Es kam zu Auseinandersetzungen, die später in der Verhandlung vor dem Landgericht Tübingen vom 17. bis zum 19. Juli 1933 eine entscheidende Rolle spielten. Dabei standen sich die Aussagen von Fabrikbesitzer Otto Merz und des Streikteilnehmers Hermann Ayen gegenüber.

Otto Merz, verh. Kaufmann, geb. 1886, wohnhaft in Mössingen:

Es dürfte heute Nachm. gegen  $\frac{3}{4}$  2 Uhr gewesen sein, als ein Demonstrationszug in Stärke von 800 bis 1000 Mann gegen mein Anwesen zog. Die Demonstranten sangen kommunistische Lieder. Der Demonstrationszug marschierte direkt in mein Anwesen ein und nach ganz kurzer Zeit waren sämtliche Fabrikanlagen durch die Demonstranten besetzt. Ich war zunächst der Meinung, dass die Demonstranten nur um das Fabrikgebäude herum demonstrieren wollten. Erst als der Zug ins Stocken kam, merkte ich, dass etwas anderes geplant war [...].

Ich fragte, was denn eigentlich los sei und was sie wollen. Es wurde mir erwidert, es sei heute ihr Tag, alles müsse aus der Fabrik heraus und wenn es nicht freiwillig gehe, gehe es eben mit Gewalt. Einige der Demonstranten haben eine drohende Haltung gegen mich eingenommen und mir gegenüber die üblichen Ausdrücke gebraucht „Kapitalist, Blut-

sauger usw., von morgen ab sind wir Besitzer der Fabrik“. Ich sagte zu den Demonstranten, dass sie mein Anwesen verlassen sollten und mir eine Deputation von 3 oder 4 Mann schicken sollen, mit denen ich verhandle. Dies wurde abgelehnt und gesagt, sie schlagen alles zusammen und mich bringen sie auf die Seite. Nachdem ich sah, dass die Demonstranten auf mein gütliches Zureden nicht reagierten, zog ich mich in mein Büro zurück, habe auf das Bürgermeisteramt telefoniert und um polizeilichen Schutz gebeten. Weil die Demonstranten mein Anwesen nicht verlassen wollten, bin ich erneut hinausgegangen und habe sie aufgefordert, zu gehen. Weil auch dies nichts nützte, habe ich dem Landrat nach Rottenburg telefoniert und ihm den Vorfall erzählt und gleichzeitig gesagt, dass ich die Sache mit dem Bürgermeister von Mössingen bereits besprochen habe. Ich habe den Landrat um polizeilichen Schutz gebeten und er hat mir diesen auch zugesagt und erklärt, dass die Landjäger von Rottenburg angewiesen seien, nach Mössingen zu gehen. Nachdem die Demonstranten eine immer drohendere Haltung einnahmen, habe ich meine Familienangehörigen aufgefordert, sich in die Wohnung zurückzuziehen. Meine Tochter Mirta hat jedoch erklärt, dass sie nicht in die Wohnung gehe, sondern sie wolle sehen, wie die Demonstranten die Maschinen zusammenschlagen [...]. Meine Tochter wurde von den Demonstranten tötlich angegriffen, ebenso der Werkführer Frenkel.

Staatsarchiv Sigmaringen WÜ 28/3 T13 L38/33A



vorfand, versuchten einige gewaltsam ein Tor aufzubrechen. Die Streikleitung unterband die Aktion und beschloss die Rückkehr zur Turnhalle. Der Protestzug löste sich auf, als er in der Bahnhofstraße auf die Reutlinger Polizeibereitschaft traf. Die Fotos, darunter beschriftete Aufnahmen aus den Ermittlungsakten, zeigen die Stationen und ein Gruppenbild der Polizisten.



15:30 Uhr  
Buntweberei Burkhardt



16:00 Uhr  
Bahnhofstraße

Staatsarchiv Sigmaringen Wü T 13 L38/33B

Privatfoto Manfred Reicherter, Reutlingen

Hermann Ayen, Schreinermeister, geb. 1877, wohnhaft in Mössingen:

Weil ich gesehen habe, dass die Demonstranten nicht mehr aus der Fabrik herauskamen und die Arbeiter an der Arbeit hinderten, bin ich auch hineingegangen und habe zu Merz gesagt, er soll doch abstellen, die Arbeiterschaft könnte ja so nicht weiterarbeiten. Merz erklärte mir, dass er die Belegschaft nicht zwingen könne, den Betrieb zu verlassen, wir sollen ca. 5 Personen hineingehen und den Arbeitern sagen, sie dürfen freimachen, wenn sie wollen. Als ich in die Weberei kam, waren die Arbeiter bereits angezogen und es wurde nur noch teilweise gearbeitet. Die Arbeiterinnen im Nähssaal hatten die Arbeit noch nicht niedergelegt. Ich habe die Arbeiterinnen aufgefordert die Arbeit niederzulegen und ihnen gesagt, dass Merz nichts dagegen habe, wenn sie mit Arbeiten aufhören. Die Arbeiterinnen leisteten dieser Aufforderung keine Folge, weil sie befürchteten, gemäßregelt zu werden. Zu der Tochter des Merz habe ich gesagt (ich wusste zu der Zeit noch nicht, dass sie die Tochter des Merz ist), sie sei die halsstörigste, sie solle doch auch hinausgehen, sie versetzte mir einen Stoß auf die Brust, weshalb ich sie an den Armen festgehalten habe. Inzwischen wurde mir gesagt, dass dies die Tochter des Merz sei, weshalb ich von ihr abgesehen habe.

Ich bestreite, dass ich die Merz über den Tisch hineingestoßen habe, ebenso bestreite ich auch, dass ich den Fränkel am Arm gefasst und ihn mit Hilfe von anderen zur Türe hinausgeschoben habe. Ich weiß nicht, wer den Motor abgestellt hat. Nachdem ich den Zusammenstoß mit der Tochter des Merz hatte, habe ich den Betrieb verlassen und kann in Bezug auf die weiteren Vorkommnisse keine weiteren Angaben machen.

Staatsarchiv Sigmaringen Wü 28/3 T13 L38/33A

## Aufgaben

1. Rekonstruiert die Ereignisse in Mössingen am 31. Januar 1933.
2. Stellt die Darstellungen von Otto Merz und Hermann Ayen gegenüber. Wo widersprechen sie sich? Welche Darstellung erscheint glaubwürdiger?
3. Rekonstruiert den Demonstrationsweg auf Seite 52 und markiert jeweils die Größe des Demonstrationzugs.
4. Erläutert die Rolle von Gewalt bzw. Gewaltlosigkeit während des Demonstrationzugs.
5. Beurteilt, inwiefern der Begriff „Generalstreik“ für die Vorgänge in Mössingen zutreffend ist. Recherchiert hierzu eine Definition des Begriffs. Berücksichtigt auch die Reaktion der Gebrüder Löwenstein (T6).
6. Beurteilt die Reaktion von Bürgermeister Jaggy, als er vom Demonstrationzug erfuhr (T6).
7. Erklärt, was das Eintreffen der Reutlinger Polizisten für das Projekt „Generalstreik“ bedeutete.
8. Verfasst in eigenen Worten die Ansprache von Fritz Wandel an die Mitarbeiter der Pausa.



# Die Folgen des Streiks – Verhaftungen, Denunziationen, Prozesse

A 7

## Mehr als achtzig Anklagen Gerichtsverfahren

Schon wenige Tage nach dem Generalstreik saßen 58 Personen in Haft. Einige Festnahmen erfolgten aufgrund von Denunziationen. Insgesamt wurden 98 Streikteilnehmer angeklagt und davon 87 schließlich vor Gericht gestellt. Die meisten Streikteilnehmer kamen vom 15. bis zum 19. Juli 1933 vor die Strafkammer am Landgericht Tübingen; 74 von ihnen, darunter drei Frauen, erhielten Haftstrafen von drei Monaten bis zu einem Jahr. Sechs Männer, die sogenannten Rädelsführer, mussten sich einige Monate später in einem Hochverratsprozess vor dem Oberlandesgericht Stuttgart verantworten. Darunter waren die Streikteilnehmer Jakob Stotz, Hermann Ayen, Christoph Gauger, der Maler Martin Maier und der KPD-Unterbezirkschef Fritz Wandel. Ihnen wurde Vorbereitung zum Hochverrat und zudem Landfriedensbruch vorgeworfen. Auch der KPD-Bezirksleiter für Württemberg, Albert Buchmann, zählte dort zu den Angeklagten. Am Mössinger Generalstreik hatte er zwar nicht teilgenommen, als Verfasser des Flugblatts wurde ihm aber ebenfalls Vorbereitung zum Hochverrat angelastet. Das Urteil erging am 27. Oktober 1933. Buchmann erhielt eine Haftstrafe von drei Jahren. Die anderen fünf wurden zu Haftstrafen zwischen einem Jahr und neun Monaten und viereinhalb Jahren verurteilt. Diese schwerste Strafe traf den KPD-Funktionär Fritz Wandel. Maier wurde als Einziger von der Rädelsführerschaft freigesprochen.

## Urteil im Hochverratsprozess

Gerichtsakte, Oberlandesgericht Stuttgart, 27. Oktober 1933

Die KPD arbeitete schon seit Jahren auf die Errichtung einer sogenannten Arbeiter- und Bauernregierung hin, also auf die Einführung der Diktatur des Proletariats nach dem Vorbild Russlands und damit auf den Sturz der Deutschen Reichsverfassung. [...]

Es kann unter Berücksichtigung dieser Umstände und namentlich auch im Hinblick auf die damalige politische und allgemeine Lage in Deutschland keinem Zweifel unterliegen, dass auch der Massenstreik in Mössingen, der in der später auch betätigten Absicht ausgerufen wurde, ihn mit Gewalt zu erzwingen, und die Gewalttätigkeiten, die sich daraus ergaben, die kommunistische Bewegung ihrem Endziel näher bringen sollte. Die geschilderten Handlungen der in Mössingen tätig gewordenen Angekl. Maier, Stotz, Ayen, Gauger und Wandel dienten der Vorbereitung des die unmittelbare Herbeiführung dieses Endziels bezweckenden Unternehmens, erfüllten also den äußeren Tatbestand eines Verbrechens i.S. des § 81 Abs.1 Ziffer 2 und 86 StGB. Diesen Sinn des Mössinger Unternehmens haben die genannten fünf Angeklagten auch gekannt. Sie waren zur Zeit der Tat abgesehen von Gauger auch schon jahrelang Parteimitglieder und Parteifunktionäre gewesen.

Staatsarchiv Ludwigsburg E 356 d VI Bü 351

## Hochverrat und Landfriedensbruch

Strafgesetzbuch (StGB), in Kraft getreten 1872

### § 81. Hochverrat gegen den Bund

(1) Wer [...] es unternimmt,

2. die Verfassung des Deutschen Reichs oder eines Bundesstaats oder die in demselben bestehenden Thronfolge gewaltsam zu ändern,

wird wegen Hochverrats mit lebenslänglichem Zuchthaus oder lebenslänglicher Festungshaft bestraft.

### § 86. Verbreiten von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen

(1) Jede andere, ein hochverräterisches Unternehmen vorbereitende Handlung wird mit Zuchthaus bis zu drei Jahren oder Gefängnis von einem bis zu drei Jahren oder Festungshaft von gleicher Dauer bestraft.

### § 125. Landfriedensbruch

(1) Wenn sich eine Menschenmenge öffentlich zusammenrottet und mit vereinten Kräften gegen Personen oder Sachen Gewalttätigkeiten begeht, so wird jeder, welcher an dieser Zusammenrottung teilnimmt, wegen Landfriedensbruch mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft.

www.lexetius.com

## Viereinhalb Jahre Haft für den KPD-Vertreter Fritz Wandel

### Biografie

Fritz Wandel wurde 1898 als ältestes Kind einer Arbeiterfamilie in Ebersbach an der Fils geboren. Nach dem frühen Tod des Vaters musste er mit zwölf Jahren für den Lebensunterhalt der neunköpfigen Familie sorgen, die inzwischen in Reutlingen lebte. Seit den 1920er-Jahren war er als Maschinenarbeiter tätig. Er trat der Gewerkschaft und der KPD bei. Wandel, der als guter Redner galt, avancierte zum politischen Leiter des KPD-Unterbezirks Reutlingen, saß von 1931 an im Reutlinger Gemeinderat und übernahm den Vorsitz im Erwerbslosenausschuss. Am 31. Januar 1933 trat der KPD-Mann als Redner beim Generalstreik in Mössingen auf, das zu seinem Unterbezirk gehörte. Im Hochverratsprozess wurde er zu viereinhalb Jahren Haft verurteilt, zur höchsten Strafe nach dem Generalstreik überhaupt. Er kam als „Schutzhäftling“ in das KZ Welzheim und wenig später nach Dachau. Erst 1943 wurde Wandel wieder entlassen. Als er es ablehnte, Spitzeldienste für die Gestapo zu übernehmen, wurde er im März 1945 zum „Bewährungsbataillon 999“ an die Ostfront abkommandiert. Dort geriet er in russische Kriegsgefangenschaft, aus der er 1945 zurückkehrte. In seinem Bericht „Ein Weg durch die Hölle“ schrieb Wandel seine Erlebnisse nieder.



## Denunziationsbrief

Dokument

Mössingen, 3. Febr. 33

An die Staatsanwaltschaft Tübingen

Wir möchten einiges mitteilen betr. der Vorkommnisse u. Landfriedensbruch von den Kommunisten in Mössingen. Die Rädelsführer sind Martin Maier, Gemeinderat, Mart. Maier, Maler, Otto Wick, Stotz, Ayen, Zimmermann, Ayen, Schreiner u. Gemeinderat. Einer der schlimmsten ist der sogenannte Konsummaier. [...] Mart. Maier, Gemeinderat ist derjenige, der die anderen, besonders die jungen Leute aufhetzt und so ein Hezer ist Gemeinderat. Ja in Möss. sieht es mehr als traurig aus. Hermann Ayen hat scheint die Tochter vom H. Merz aus dem Saal herausgerissen u. sie gepackt. [...] Wir bitten besonders auch nach den Kom. Otto Wick zu suchen. Er hat zum Schein jetzt einen bösen Fuß. Er hat die Sachen helfen angezettelt, – holt ihn aus dem Bett heraus. [...] Eine Frauenheldin soll hier auch noch gedacht werden (Frau Müller im Gäßle) [...] Mit dieser Gesellschaft darf wohl einmal aufgeräumt werden. [...] Die Kommunisten haben ja Narrenfreiheit gehabt in Mössingen. 2-3 Landjäger gehört diesen hereingesetzt, diesen Hühnerstallhelden. [...] Die Kom. sind schon lang recht frech gegen die Einzelnen hier gewesen.

Mehrere Bürger

Staatsarchiv Sigmaringen Wü 28/3 T13 L38/33A

## Aufgaben

1. Vergleichen den Urteilsspruch mit dem zugehörigen Passus im Strafgesetzbuch. Entspricht das Handeln der Streikenden dem ihnen vorgeworfenen Straftatbestand?
2. Wendet die Paragraphen 81 und 86 auf das Vorgehen der NSDAP seit dem 30. Januar 1933 an.
3. Beurteilt die Verhältnismäßigkeit der Richtersprüche gegen die Mössinger Streikenden.
4. Beurteilt den Quellenwert des Denunziationsbriefes. Was erfährt ein Historiker aus diesem Brief über die Verhältnisse in Mössingen? Berücksichtigt dabei, dass der Brief mit verstellter Handschrift geschrieben wurde (T7).
5. Beurteilt, inwiefern der Mössinger Generalstreik das Leben von Fritz Wandel geprägt hat.
6. Verfasst in eigenen Worten eine Definition des Begriffs „Schutzhäftling“.
7. Gestaltet eine Szene: Der Denunziationsbrief kommt bei der Behörde an und mehrere Personen (NS-Funktionär, Beamter, Polizist, Bürgermeister...) unterhalten sich über das weitere Vorgehen.

## Nach der Machtübertragung – der frühe linke Widerstand

A 8

### Protestaktionen

Der erste Widerstand gegen das NS-Regime kam aus der Arbeiterbewegung. Nicht nur in Mössingen, auch an einigen anderen Orten kam es am 30. Januar 1933 und am folgenden Tag zu Kundgebungen und Auseinandersetzungen zwischen Sozialisten und Kommunisten einerseits und Nationalsozialisten andererseits, etwa in Pforzheim, Göppingen, Esslingen und Stuttgart. Es folgten weitere Aktionen, auch in der Region Mössingen. Bekannt wurde vor allem das „Kabel-Attentat“ vom 15. Februar 1933 in Stuttgart, als NS-Gegner das Kabel für die Rundfunkübertragung einer Hitler-Rede mit einem Beil durchschlugen. Reichsweit zählten Kommunisten, Sozialdemokraten und Angehörige anderer links stehender Gruppierungen zu den ersten Opfern des NS-Terrors nach der „Machtergreifung“.

### Flugblattaktion, Denunziation, Verhaftung Zeitzeugenbericht

Robert Jung trat im Dezember 1930 in die KPD ein. Zu dieser Zeit war er am Evangelischen Lehrerseminar in Nagold. Wegen seiner Mitarbeit im Sozialistischen Schülerbund wurde er nach seinen Angaben jedoch 1931 aus dem Lehrerseminar entfernt. Er zog nach Ofterdingen zu seinen Eltern und wurde vom KPD-Unterbezirk Reutlingen als Instrukteur des Kommunistischen Jugendverbands eingesetzt. Auch nach dem Mössinger Generalstreik, an dem er selbst nicht teilgenommen hatte, versuchte er, seine politische Arbeit fortzusetzen. Seine Erinnerungen wurden 1978 aufgezeichnet. Hier ein Auszug:

Wir haben auch nach diesem Zeitpunkt natürlich unsere Flugblattaktionen im Steinlachtal zunächst fortgesetzt. Der zweite Schlag war dann die Verhaftungswelle, die nach dem Reichstagsbrandprozess einsetzte und unseren Parteiapparat fast zum Erliegen brachte. Ich selber wurde vorübergehend am 3. März in Hechingen festgesetzt, als ich einen Flugblatttransport per Fahrrad von Reutlingen an die verschiedenen Ortschaften um Hechingen mit meinem letzten Paket abschließen wollte. Als ich die Wohnung eines KPD-Funktionärs dort betrat, rief ein Nachbar die Polizei an, dass hier etwas Verdächtiges im Gange sei. Und wenige Minuten später war ein Landjäger da, der mich verhaftete und mich in das Amtsgerichtsgefängnis einlieferte. Ich hatte aber das Glück, einen Amtsrichter zu finden, der mir formell abnahm, dass ich diese Flugblätter in Reutlingen von einem Unbekannten bekommen hätte und sie nichtsahnend nach Hechingen transportiert hätte. Der Amtsrichter war ein Zentrumsmann gewesen, dessen Sohn bei mir im Sozialistischen Schülerbund organisiert gewesen war. Das war also der Umstand, der mir damals ermöglichte, nicht in Haft zu kommen.

Stadtarchiv Mössingen: EKW-Projekt 1974–1982, Interview vom 16. 11. 1978

### Schüsse auf einen Kommunisten aus Gönningen

Zeitungsartikel

Gönningen, 6. Febr. Anlässlich der Wintergauturnfahrt des Schwäb. Turn- und Spiel-Verbandes kamen auch die Mitglieder des Gönninger Turnvereins nach Genkingen, das am Sonntagabend der Ausgangspunkt einer schrecklichen Bluttat werden sollte. Einige Mitglieder des Vereins, darunter auch der Erschossene, der 25 Jahre alte Ernst Bader von Gönningen, gerieten in einer Wirtschaft in Genkingen durch das Singen von politischen Liedern in einen Wortwechsel mit den dort anwesenden SA-Leuten, die von einer Veranstaltung von Reutlingen kamen.

Die Gönninger gingen nach Hause, einige Arbeitsbedienstete hinten drein, um zwei unterwegs befindliche Kameraden, die von den Gönningern vorher bedroht wurden, zu schützen. Dabei kam es zu einem Zusammenstoß, bei welchem Ernst Bader aus Gönningen erschossen wurde.

Der Täter, der Rechnungsführer des Arbeitsdienstslagers in Genkingen, Hans Späth aus Hirsau, hat auf den Getöteten 3 Schüsse abgegeben, die alle ihr Ziel erreichten. Der Getötete soll der Kommunistischen Partei angehören. Er hat bei den Unruhen vor einem Jahr in Gönningen auch die Hand im Spiel gehabt und wurde seinerzeit zu einer Gefängnisstrafe verurteilt, wurde aber durch die Amnestie an Weihnachten entlassen.

Der Täter gibt an, von dem Getöteten bedroht worden zu sein. Die Staatsanwaltschaft traf noch vergangene Nacht am Tatort ein. In den beiden Ortschaften herrscht ob der Bluttat große Aufregung.

Stadtarchiv Mössingen: Steinlach-Zeitung, 6. Februar 1933

## Ermittlungen wegen Singens kommunistischer Lieder

### Anzeige

Die Mössinger Hausfrau Friederike Müller (Foto) wurde am 22. März 1933 von ihrer Nachbarin Emilie Maier wegen wiederholtem Rufen von antifaschistischen Parolen angezeigt. Zu einem Prozess kam es nicht. Es blieb bei einer Verwarnung. In den Ermittlungsakten des Württembergischen Landjäger-Korps findet sich unter anderem die Aussage von Emilie Maier:

„So oft die Müller entweder mich oder einen meiner Angehörigen sieht, veranlasst sie ihre Kinder regelmäßig, bei geöffneten Türen und Fenstern kommunistische Kampflieder zu singen. Dies ist hauptsächlich seit der Reichstagswahl der Fall. In der Woche vom 12.–18.03.33 war ich bei dem Bürgermeister auf dem Rathaus und habe ihm von den wiederholten Belästigungen der Familie Müller Anzeige erstattet. Der Bürgermeister versprach mir, die Friederike Müller auf das Rathaus kommen zu lassen, um sowohl ihr, als auch ihren Angehörigen die Belästigungen zu untersagen. Dies ist aber nicht geschehen, sondern der Polizeidiener Mang musste ihnen dies in der Wohnung eröffnen. Auf dies hin sagte die Friederike Müller:

„Da kann man uns nochmals anzeigen, wir halten die Gosch doch nicht, auch wenn man die halbe Armee Schupo alarmiert.“ In der Zeit während der Voruntersuchungen gegen die Mössinger Kommunisten, wegen Landfriedensbruch geführt und auch nachher, also nach der Reichstagswahl, wurde von den Kindern der Friederike Müller wiederholt im Gässle, wo wir wohnen, gesungen:

„Der Hitler goat a Gässle na  
Der Thälmann hinten drei  
Der Thälmann druckt em de Gurgel zu  
Heil, Heil, Heil.“

Stadtarchiv Mössingen A 935



## „Schutzhaft“ im frühen Konzentrationslager Heuberg

### Biografie



Otto Wick, geboren 1883 in Eningen u. A., war Vorsitzender des Mössinger Sport- und Kulturkartells und Vertrauensmann der Textilarbeitergewerkschaft in der Pausa. Während des Generalstreiks musste Otto Wick mit verstauchtem Fuß das Bett hüten, deshalb findet man ihn auch nicht auf der Liste der Angeklagten. Trotzdem landete Otto Wick im

April 1933 als KPD-Mitglied auf dem Heuberg, dem ersten KZ in Württemberg, und verbrachte dort eine viermonatige „Schutzhaft“. Die Abbildung zeigt ein späteres Dokument, das Wicks Haftzeit dokumentiert. Während der NS-Zeit trat er in die DAF (Deutsche Arbeitsfront – Einheitsverband der Arbeitgeber und Arbeitnehmer unter der Führung der Nationalsozialisten) ein, in der Hoffnung, dort weiter für die Rechte der Arbeitnehmer kämpfen zu können. Nach 1945 gehörte Otto Wick der Entnazifizierungskommission an und war von 1948 bis 1958 Gewerkschaftssekretär in Tübingen.

## Aufgaben

1. Untersucht, welche Rolle das ländliche Milieu für das widerständige Handeln spielte.
2. Erklärt, warum das Lied von Friederike Müller zu einem Politikum werden konnte.
3. Untersucht die Zeitungsartikel auf Parteilichkeit.
4. Vergleicht den Lebenslauf von Otto Wick mit dem von Fritz Wandel (A7).
5. Beurteilt das Ausmaß und die Bedeutung der widerständigen Aktionen nach dem 1. Februar 1933 mit dem Mössinger Generalstreik.
6. Informiert euch über das Verhältnis der beiden Arbeiterparteien SPD und KPD reichsweit und vergleicht es mit den Mössinger Verhältnissen.
7. Recherchiert zum sogenannten Stuttgarter Kabelattentat im Internet und bereitet eine informative Präsentation vor. (T8).
8. Erläutert die Einordnung der Rede von Otto Wels durch den Historiker Wolfgang Benz (T8).
9. Vergleicht die soziale Herkunft des frühen Widerstands mit der Herkunft anderer Widerstandskämpfer (z. B. 20. Juli, Georg Elser, kirchlicher Widerstand, studentischer Widerstand).
10. Frau Maier und Frau Müller treffen sich auf der Straße. Gestaltet ihren Dialog.



## 1933 bis 1945: Mössingen im Nationalsozialismus

A 9

### Gleichschaltung des politischen und kulturellen Lebens

Kaum dass die führenden Mössinger KPD-Funktionäre in Haft saßen und das öffentliche Leben in ihrem Umfeld zum Erliegen kam, gelang es den Nationalsozialisten, sich noch im Frühjahr 1933 vor Ort zu etablieren. Ende März wurde der Gemeinderat gleichgeschaltet. Er bestand nun fast nur aus NSDAP-Mitgliedern. Kurz darauf wurde der Maifeiertag unter nationalsozialistischen Vorzeichen begangen. Das Foto (unten) zeigt den Umzug in der Bahnhofstraße. Bürgermeis-

ter Jaggy wurde noch im Mai in den Ruhestand versetzt, der Ratschreiber Gottlieb Rühle einige Monate später zum Nachfolger gewählt. Er und der Ortsgruppenleiter Karl Ayen verfolgten eine eher gemäßigte nationalsozialistische Politik. Abgesehen von einigen illegalen Flugblattaktionen und geahndeten staatsfeindlichen Äußerungen hielten sich die Mössinger Kommunisten zurück. Sie versuchten, die „braune Zeit“ zu überstehen, so gut es ging.



Stadtmuseum Mössingen

### Hitlers Anweisungen zum Feiertag der nationalen Arbeit

Gemeinderatsbeschluss, 27. April 1933

Reichskanzler Adolf Hitler hat bestimmt, dass jeweils am 1. Mai das Fest der Arbeit gefeiert wird. Die erste Feier dieser Art soll eine ganz bestimmte Note bekommen, sie soll zu einer machtvollen Kundgebung werden für den Gedanken der Volksgemeinschaft, eine Überbrückung der Klassegegensätze, eine Verwischung der Standesunterschiede, eine Versöhnung der Volksgenossen. Es gilt, den Tag auch in Mössingen sinngemäß und würdig zu begehen. Hierzu ist geplant neben Bekränzung und Beflaggung der Straßen und Häuser die Veranstaltung eines Umzugs, an welchem sich die drei ältesten Schülerjahrgänge, der Steinlachsturm der SA, sämtliche Vereine, die Freiwillige Feuerwehr, die Fabrikbelegschaften sowie die Beamten beteiligen werden. Anschließend daran soll in den Räumen und im Garten der Bahnhofswirtschaft geselli-

ge Zusammenkunft sein mit Ansprachen, Gesangs- und Musikedarbietungen sowie Kinderbelustigungen. In den Schulen finden besondere Feiern am Vormittag des 1. Mai statt. Um den Schülern den Tag auch von der materiellen Seite in angenehmer Erinnerung zu erhalten, erscheint es angezeigt, ihnen ein kleines Geschenk der Gemeinde – gedacht ist an ein Vesper – zukommen zu lassen, wofür ein Betrag von ca. 120 RM zur Verfügung gestellt werden muss. In Betracht kommen in Mössingen und Belsen etwa 60 Schüler.

Beschluss: Die erforderlichen Mittel aus der Gemeindepflege anzuweisen.

Stadtarchiv Mössingen B 106/37

## Amtsenthbung des Bürgermeisters Karl Jaggy

### Biografie

Karl Jaggy, geboren 1876, entstammte einer Bauernfamilie in Maulbronn. Nach seiner Schulzeit trat er eine Verwaltungslehre im Rathaus seines Heimatorts an. Kurze Zeit arbeitete er in Laichingen, bevor er im Jahre 1900 zum Assistenten des Mössinger Bürgermeisters wurde. Nach dessen Tod übertrug man Jaggy die Aufgabe des kommissarischen Ortsvorstehers. Zwei Jahre später wurde er mit großer Mehrheit zum neuen Bürgermeister gewählt. Jaggy war ein eigenwilliger Charakter. Nicht selten handelte er unabhängig von den Vorgaben des Oberamts. In der Kaiserzeit war er Mitglied der Volkspartei, deren Anhänger sich als „Demokraten“ verstanden und nach 1918 der DDP beitraten. Im Gemeinderat wurde er in allen Fraktionen geschätzt. Jaggy war fortschrittsorientiert und suchte den Konsens. In seiner Amtszeit wurden große Bau- und Modernisierungsprojekte verwirklicht. Der Ort erhielt unter anderem eine Kanalisation, ein E-Werk, ein Gemeindebad und ein neues Wohngebiet, die Hilb. Die Diskussion mit Kritikern und Andersdenkenden scheute er nicht. Seine Debatten führte er oft auch im Wirtshaus, wo der gesellige Schultheiß sein Gegenüber auch durch seine große Trinkfestigkeit überzeugte. Am 31. Januar 1933 zeigte sich Jaggy den Geschehnissen gegenüber gelassen. Dem Unternehmer Merz, der beim Rathaus Polizeischutz anforderte, empfahl er einen Spaziergang. Mit dieser „Untätigkeit“ hatte er sich bei den neuen Machthabern in Misskredit gebracht. Jaggy, der sich noch zu rechtfertigen suchte, wurde im Mai 1933 seines Amtes enthoben.



Stadtarchiv Mössingen

## Beschlagnahme des Vereinsbesitzes

### Vermögensaufstellung

Am 13. Oktober 1933 erstellte das Württembergische Landjägerkorps eine Aufstellung „betr. Einziehung volks- und staatsfeindlichen Vermögens“. Drei Vereine waren betroffen. Unter ihnen war auch der Arbeiterturn- und Sportverein (Rotsport), der folgende Dinge abgeben musste:

3 Kassenbücher; 3 Turnvorschriften; 1 Buch Hilfeleistung beim Geräteturnen; 1 Schachtel mit 40 verschiedenen Vereinsabzeichen; 2 Stempel ohne Stempelkissen; 2 Leitzordner mit Belegen; 1 Buch 10 Jahre Krieg & Bürgerkrieg; 1 Leibriemenschluss-Abzeichen mit Sichel und Hammer; 2 Barren; 1 Bock; 1 Pferd; 1 eisernes Reck; 2 Sprungmatten; 2 alte Sprungbretter; 2 Stemmgewichte; 1 Hantel; 1 Diskus; 1 Gewicht zum Steinestoßen; 25 Tische und 50 Bänke; 8 Stühle zur Aufführung von Pyramiden; 230 Biergläser 6/20; 100 Weingläser; 46 verschiedene Teller größtenteils flache; 10 Messer und 10 Gabeln; 9 Preisurkunden als Wandschmuck; 11 Aschenbecher; 1 zinnerne Waschgölte (Waschzuber); 1 Putzeimer; 1 Tischglocke; 5 Schnapsgläser; 2 Trinkgläser; 1 Salzbüchse; 1 Kehrrechtschaufel; 1 Verbandskasten; 7 Garderobenhalter; 1 Leiter; 1 Eisenring zu Turnübungen 2 Meter Durchmesser; 1 Messlatte 4,5 Meter lang; 2 eiserne Hochsprungständer; 67 Keulen zum Keulenschwingen; Barvermögen im Betrag von 4,70 RM wurden seinerzeit von Polizeiwachtmeister Hofer beschlagnahmt.

Stadtarchiv Mössingen 2 A 4

## Aufgaben

1. Erläutert am Beispiel von Mössingen, wie sich die NSDAP im lokalen Raum durchgesetzt hat.
2. Beurteilt rückblickend die Bedeutung von Bürgermeister Jaggy für die lokale Entwicklung in Mössingen.
3. Beurteilt die erstmalige Erhebung des 1. Mai 1933 zum gesetzlichen Feiertag. Berücksichtigt dabei das Vorgehen gegen die Gewerkschaften ab dem 2. Mai 1933. Recherchiert, auf welches Ereignis der 1. Mai als „Tag der Arbeit“ ursprünglich zurückgeht.
4. Erklärt, welche Bedeutung die Beschlagnahme des Vereinsbesitzes für die Arbeitersportvereine hatte. Bedenkt dabei insbesondere den Verlust der Turnhalle.
5. Erläutert, in welcher Weise sich in Mössingen nach dem 31. Januar 1933 noch Widerstand formierte (T9).
6. Nehmt Stellung zu folgender These: Nach dem 1. Februar 1933 war der Mössinger Widerstand gebrochen.
7. Recherchiert in eurem Schul- bzw. Heimatort, wie sich die NSDAP der lokalen Machtstrukturen bemächtigte.
8. Gestaltet einen Dialog von zwei ehemaligen Turnern über den Verlust des Vereins(-besitzes).
9. Gestaltet folgenden Text: Bürgermeister Jaggy verfasst im Juni 1933 einen Tagebucheintrag.

## Zäsurjahr 1945 – Ende der NS-Diktatur in Mössingen

A 10

### Einmarsch der französischen Truppen in Mössingen

Am 22. April 1945 marschierten die Franzosen in Mössingen ein. Die Einnahme des Ortes erfolgte weitgehend friedlich, obwohl ein deutsches Kommando noch am Abend zuvor die Eisenbahnbrücke über die Steinlach gesprengt hatte. Dagegen kam es in den Tagen darauf am Albaufstieg bei Talheim zu schweren Kämpfen. Dies führte dazu, dass die französischen Truppen mehrere Tage in Mössingen festsaßen, Häuser plünderten und Frauen vergewaltigten. Ein

heimkehrender Soldat, der noch Uniform trug, wurde erschossen. Weil die Franzosen in einem Gasthaus noch eine Wehrmachtsuniform fanden, musste die Gemeinde 100 000 Reichsmark Strafe aufbringen. Später stationierte die Besatzungsmacht eine Artillerieabteilung in der Gemeinde. Kurz nach dem Einmarsch der Franzosen kam das politische Leben im Dorf unter der Führung ehemaliger KPD-Mitglieder wieder in Gang.

### Neuaufbau auf Trümmerhaufen

Protokoll des Beratenden Ausschusses in Mössingen, 19. Juli 1945

Als am 22. April 1945 mittags 12.30 Uhr der erste Spähtrupp feindlicher Soldaten den Mössinger Ortsrand passierte, wurde es wohl auch naiven Gemütern deutlich, dass es von da an bis zur endgültigen Niederlage Deutschlands kein weiter Weg mehr sein konnte. 12 Jahre Hitler-Deutschland hatten damit innerhalb unseres Lebenskreises und innerhalb kurzer Frist in ganz Deutschland ihren Abschluss gefunden und was noch vorhanden war im deutschen Volke an seelischen Werten ging zum größten Teil unter in der Lawine der feindlichen Besatzung der ersten Wochen, da die Kriegsfurie noch tobte und wirkte sich lähmend auch nach diesem Zeitpunkt aus, da die Waffen endlich schwiegen.

In diesen ersten Wochen mit ihrer trostlosen Rechtlosigkeit, Unsicherheit und Sorge, der niedergedrückten Heimkehr der ersten Soldaten unserer Gemeinde Mössingen musste von der Gemeindeverwaltung unter dem Druck der obwaltenden Verhältnisse so manche Maßnahme durchgeführt und oft Entschlüsse von entscheidender Tragweite gefasst werden [...].

Jakob Stotz ging in seiner programmatischen Charakter tragenden Ansprache in aller Kürze auf die Bildung des jetzt zum ersten Mal zusammengetretenen Beratenden Ausschusses ein. Überall in der Gemeinde konnte man hören: Warum geschieht denn nichts, geht es denn im Alten weiter?

Es sei eine Enttäuschung für die Nazigegner, dass alle jene Männer nicht geholt wurden, um innerhalb der Gemeinde im kleinsten Rahmen den Wiederaufbau vorzubereiten. Viele wussten aber nicht, dass in aller Stille schon so manches geschaffen, dass der Wiederaufbau, wenn auch in kleinstem Rahmen, bereits auf manchen Gebieten vorbereitet wurde. [...]

Wir können es uns wahrlich nicht mehr leisten, immer wieder neue Kriege vom Zaune zu brechen und die Welt und unser eigenes Volk immer wieder aufs Neue ins Unglück zu stürzen. Es ist eine notwendige Forderung aus dieser Erkenntnis, dass keine Männer mehr an verantwortungsvollen Posten stehen dürfen, die chauvinistisch denken oder handeln. Das Leben des deutschen Volkes in den nächsten Jahren wird bitter und schwer sein, doch wir und große Teile des deutschen Volkes sind nicht Schuld an dem, was war und eben deshalb dürfen wir von der Besatzungsmacht fordern, dass dieses Volk nicht noch mehr geknechtet wird. [...]

Es wird unendlich schwer sein, auf dem von Hitler hinterlassenen Trümmerhaufen wieder etwas Besseres und Neues aufbauen zu können, und es kann nur gehen, wenn Wegrichtung und Ziel heute wie später ist: Zum Wohle aller!

Stadtarchiv Mössingen B 106/43

Bei den französischen Kampftruppen befand sich eine größere Anzahl Marokkaner. Da sie als Moslems kein Schweinefleisch aßen, waren die Hühner auf Mössingens Straßen nicht sicher vor ihnen. Die Mössinger versteckten ihr Federvieh so gut es ging, nur der Kommunist Hermann Ayen meinte, seinen Hühnern könnte nichts geschehen und ließ sie wie gewohnt frei laufen – er sei schließlich Antifaschist. Am nächsten Tag nannte er kein einziges Huhn mehr sein eigen.

Mündliche Überlieferung, notiert von Hermann Berner.





Insassen des „politischen Haftlagers“ mussten auf Anordnung der französischen Militärregierung Ende 1946 das Massengrab des ehemaligen Konzentrationslagers Bisingen öffnen und die 1158 namenlosen Leichen auf einen Friedhof umbetten. Belastete Personen und Honoratioren aus der Region, auch aus Mössingen, wurden an das geöffnete Grab zitiert, um sich mit eigenen Augen von den NS-Verbrechen zu überzeugen.

## Bitte um Freilassung des ehemaligen NSDAP-Ortsgruppenleiters

Schreiben des stellvertretenden Bürgermeisters

Am 25. August 1945 wandte sich der stellvertretende Bürgermeister Jakob Stotz an die französischen Besatzungsbehörden, um sich für die Freilassung des ehemaligen NSDAP-Ortsgruppenleiters Karl Ayen aus dem Internierungslager Balingen einzusetzen:

„Mir als einem wegen antifaschistischer Betätigung und als ausgesprochenem Gegner der NSDAP ortsbekanntem und wegen dieser Haltung zu mehrjähriger Gefängnisstrafe verurteilten Manne aus Mössingen ist Karl Ayen als Mensch und Parteimann bekannt. In Kenntnis aller Verhältnisse bestätige ich, dass sich Karl Ayen über den Rahmen seiner Partearbeit hinaus nie gegen politisch Andersdenkende vergangen oder diesen mutwilligerweise irgendwelchen persönlichen oder materiellen Schaden zugefügt hätte.“

Gegenüber Ausländern war seine Haltung immer korrekt, er war um das persönliche Wohlergehen der hier untergebracht gewesenen Ausländer besorgt und duldete, soweit dies in Betracht kam, keine Übergriffe. Wiederholt ist er zugunsten der Ausländer eingeschritten, wie auch sein Bestreben in einer ausgesprochen guten Behandlung der Arbeiter lag. Es ist unzweifelhaft, dass Karl Ayen in sozialer Hinsicht das Beste wollte. Wenn möglich, bitte ich, den Karl Ayen aus der Haft zu entlassen.“

Stadtmuseum Mössingen, Nachlass Stotz

## Aufgaben

1. Untersucht das Protokoll des Beratenden Ausschusses in Mössingen: Wie schätzen die Verfasser die aktuelle Lage ein? Inwiefern ist der Text von NS-Gegnerschaft geprägt?
2. Beurteilt die Einbindung der ehemaligen Hitler-Gegner in die Aufbaupläne nach 1945.
3. Recherchiert, wer in der Bitte um Freilassung mit „Ausländern“ gemeint sein könnte.
4. Bewertet die Bitte von Jakob Stotz um die Freilassung von Karl Ayen.
5. Erklärt, warum die KPD-Gemeinderäte 1948 ihr Amt nicht mehr weiter ausüben wollten (T10).
6. Untersucht die Entwicklung der KPD nach 1945 in Mössingen (T10).
7. Vergleicht die Befreiung Mössingens mit der eures Heimat- bzw. Schulortes.
8. Informiert euch über das „Unternehmen Wüste“. Nutzt dafür das LpB-Materialienheft „Es war ein Bahnhof ohne Rampe“, als Download verfügbar unter [www.lpb-bw.de/download\\_bausteine.html](http://www.lpb-bw.de/download_bausteine.html).
9. Bewertet das Vorgehen der französischen Besatzungsmacht gegenüber den ehemaligen lokalen NS-Größen.
10. Gestaltet einen inneren Monolog zu den Gedanken der Umstehenden auf dem Foto vom Massengrab in Bisingen.

# Aufarbeitung der NS-Zeit – Rehabilitierung der Streikteilnehmer

A 11

## Aufhebung der Urteile von 1933

Im Jahr 1948 wurden die Urteile gegen die Teilnehmer des Generalstreiks von 1933 aufgrund der „Rechtsanordnung zur Beseitigung nationalsozialistischen Unrechts in der Strafrechtspflege“ aufgehoben. Der ehemalige Konsumkassier Martin Maier klagte 1954 gegen das Landesamt für Wiedergutmachung in Tübingen. Es hatte seine Haftzeit nicht im vollen Umfang anerkannt. Maier setzte nun eine Haftentschädigung für die gesamte Haftzeit durch. Der

rechtlichen Rehabilitierung der Generalstreikteilnehmer folgte dann aber keineswegs die persönliche. In der jungen Bundesrepublik war die Widerstandsaktion in dem schwäbischen Dorf kaum bekannt, und auch im Ort selbst wurde sie verschwiegen oder allenfalls als „Mössinger Aufstand“ abgetan. Als Jakob Stotz 1974 die erste Bürgermedaille der Stadt Mössingen erhielt, war seine Rolle beim Generalstreik keine Erwähnung wert.

## Martin Maiers Kampf um Haftentschädigung

Gerichtliche Auseinandersetzung

Das Landesamt für Wiedergutmachung gewährte dem ehemaligen Konsumkassier Martin Maier 1954 lediglich eine Entschädigung für die Zeit, die über die gesetzliche Mindeststrafe von sechs Monaten hinausging. Maier klagte daraufhin beim Landgericht Tübingen auf volle Haftentschädigung. Das Landesamt für Wiedergutmachung hatte Maiers Forderung am 2. April 1954 mit folgender Begründung abgelehnt:

„Für die Prüfung der Frage, ob der Kläger wegen seiner gegen den Nationalsozialismus gerichteten politischen Überzeugungen durch das Landgericht Tübingen verurteilt wurde, kommt es auf die Feststellung des Grundes und Gegenstandes der Strafverfolgung an [...] Grund und Gegenstand der Strafverfolgung war nicht die politische Überzeugung des Klägers, sondern seine Teilnahme an den Mössinger Vorgängen, die strafrechtlich als Landfriedensbruch gewertet wurde. Die politische Überzeugung des Klägers war für Motiv und Charakter der Strafverfolgung ohne Bedeutung.“

Das Landgericht ließ die Klage Maiers zu und entschied zugunsten des Klägers. Auch das Oberlandesgericht Stuttgart wies die Argumente der Gegenseite zurück und gewährte in der nächsten Instanz Maier die volle Haftentschädigung.

Stadtmuseum Mössingen,  
Nachlass Martin Maier

## Oberlandesgerichtspräsident Richard Schmid

Biografie

Das Oberlandesgericht (OLG) Stuttgart, das höchste Gericht in Baden-Württemberg, bestätigte die Haftentschädigung, die Martin Maier vor dem Landgericht Tübingen erstritten hatte. Das Urteil fiel in die Amtszeit von Richard Schmid, der damals OLG-Präsident war. Die „Baden-Württembergischen Biographien“ beschreiben ihn als einen „der politischsten Juristen des Landes, der unerschrocken und scharf Missstände auf- und angriff“.

Richard Schmid wurde 1899 in Sulz am Neckar geboren, begann nach einjährigem Kriegsdienst 1919 sein Jurastudium und promovierte 1923 in Tübingen. Seine hervorragenden Leistungen im Referendariat öffneten ihm die Türen des Amtsgerichts und der Staatsanwaltschaft in Stuttgart. Schmid zog es aber nach kurzer Zeit vor, als Rechtsanwalt zu arbeiten. Mit dem Aufstieg der NSDAP entwickelte er Anfang der 1930er-Jahre Sympathien für die Sozialistische Arbeiterpartei. Er vertrat deren Landesvorsitzenden Alfred Merck und KPO-Mitglieder vor Gericht, schrieb Beiträge für verbotene Exilzeitschriften und pflegte Kontakt zu Oppositionspolitikern im Ausland. Ende 1938 erfolgte seine Verhaftung. Der Volksgerichtshof verurteilte ihn Anfang 1940 wegen Hochverrats zu drei Jahren Zuchthaus. Die Untersuchungshaft wurde ihm angerechnet, sodass er 1941 freikam. Bis Kriegsende war er als Hilfsarbeiter in der Landwirtschaft tätig.

Nach der NS-Diktatur fand der Jurist zurück in seinen Beruf. Die französische Militärregierung ernannte ihn zum vorläufigen Generalstaatsanwalt in Stuttgart. Wegen seines Wirkens für die Wiederingangsetzung des Justizwesens, seiner Prinzipientreue und einem von angloamerikanischen Einflüssen geprägten Rechtsdenken wurde Schmid immer wieder angefeindet. Noch in seiner Zeit als OLG-Präsident verfasste er einen richtungsweisen Artikel zur Legitimität des politischen Streiks. 1964 ging Schmid in den Ruhestand, war aber als Autor aktiv. Der Jurist, der 1968 wegen der Verabschiedung der Notstandsgesetze aus der SPD ausgetreten war, schrieb 1977 in einem Beitrag zum sogenannten Radikalerlass: „Aus Radikalen sind schon oft wertvolle Mitbürger und angesehene Politiker geworden.“ Richard Schmid starb 1986 in Stuttgart.



Archiv: Gedächtnis der AnStifter

## Bürgermedaille für Jakob Stotz

Urkunde

Lange Zeit blieb es still um den Generalstreik. Auch als der einstige KPD-Gemeinderat und Generalstreikteilnehmer Jakob Stotz 1973/74 mit der ersten Bürgermedaille der Stadt Mössingen ausgezeichnet wurde, war von seiner Beteiligung an der Widerstandsaktion keine Rede. Der Wortlaut der Urkunde:

„In uneigennütziger Weise und unter persönlichen Opfern hat er sich nach dem Zusammenbruch im Jahre 1945 für die Gemeinde und ihre Bürger eingesetzt und als einer der Ersten am Wiederaufbau unserer Gemeinde mitgewirkt. Als Gemeinderat und Stellvertreter des Bürgermeisters hat er lange Jahre kommunalpolitisch Hervorragendes geleistet.“  
Stadarchiv Mössingen AKN 134

## Zum politischen Streik

Aufsatz

In den „Gewerkschaftlichen Monatsheften“, herausgegeben vom Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbunds, veröffentlichte der Jurist Richard Schmid 1954 einen Aufsatz zur Legitimität von politischen Streiks. Ein Auszug:

„Was den politischen Streik im engeren Sinne betrifft, so gibt es in der Geschichte zahllose Beispiele von Streiks, die sich formal gegen den Staat und seine Gesetze gerichtet haben und die durch die Entwicklung zweifelsfrei legitimiert worden sind. So ist das allgemeine und das gleiche Wahlrecht in England, Belgien, Österreich und Schweden durch Streik durchgesetzt worden. Zahlreiche Streiks haben sich in Europa gegen das Pluralwahlrecht nach Steuerwahlrecht nach Steuerklassen gerichtet und es auch schließlich überall beseitigt [...].

Wir haben genügend Beispiele dafür, in denen ein Streik gegen die Regierung oder gegen staatliche Organe ein Streik für den Staat gewesen ist oder gewesen wäre, wenn der Streik stattgefunden hätte. Erstens müssen wir uns dagegen verwahren, dass Regierung und Staat identifiziert werden [...]. Im Übrigen beweist die Geschichte des Streikwesens, wie oft es eines Druckes der Arbeiterorganisationen bedurft hat, um von dem formalen Recht des Staates, das ein materielles Unrecht war, loszukommen [...]. Wäre die Arbeiterbewegung durch Arbeitslosigkeit und Krise und durch die halbautoritäre Periode, die vorhergegangen war, nicht zu sehr geschwächt und demoralisiert gewesen, so hätte sie am 20. Juli 1932 gegen die Absetzung der preußischen Regierung oder am 30. Januar 1933 gegen die verfassungsmäßig ganz legale Ernennung Hitlers zum Reichskanzler oder gegen das Ermächtigungsgesetz vom 23. März 1933 einen Generalstreik zustande gebracht. Wer will es heute wagen, ein solches Unternehmen, wenn es stattgefunden hätte, hinterher für rechtswidrig zu erklären? Dadurch würde der Sinn für die Verteidigung der Demokratie geschwächt, ja erstickt.“

Gewerkschaftliche Monatshefte, Januar 1954, S. 1–8

## Aufgaben

A 11

- Richard Schmid hielt politische Streiks für legitim. Fasst schriftlich zusammen, wie er argumentiert. Inwiefern passt seine Argumentation auf den Mössinger Generalstreik?
- Untersucht die Begründung des Landesamts für Wiedergutmachung gegenüber Martin Maier und vergleicht Richard Schmid's Ansicht mit der des Landesamtes.
- Beschreibt das Leben von Richard Schmid. Was waren prägende Ereignisse für ihn? Inwiefern spiegelt sich in seiner Biografie die deutsche Geschichte des 20. Jahrhunderts?
- Vergleicht die Biografie von Richard Schmid mit der von Fritz Bauer. Recherchiert hierfür im Internet.
- Erörtert aufgrund der Informationen auf dieser Doppelseite und von T 13, ob man behaupten kann, dass die Teilnehmer des Mössinger Generalstreiks rehabilitiert wurden.
- Informiert euch zur Wiedergutmachung gegenüber Opfern des Nationalsozialismus nach 1945. Berücksichtigt hierbei auch folgende Quelle: <http://www.schule-bw.de/unterricht/faecher/geschichte/unterricht/unterrichtsekII/dnach1945/wiedergutmachung/>
- Überprüft, inwiefern die Teilnehmer des Mössinger Generalstreiks nach 1945 ihr Recht wiedererlangten.
- Untersucht die Debatte um die Bürgermedaille für Jakob Stotz und nehmt Stellung zu der These: Die Nachkriegsgesellschaft konnte die Gegner des NS-Regimes nicht ehren, weil dies die eigene Tatenlosigkeit herausgestellt hätte.
- Stellt dar, inwiefern der Mössinger Generalstreik bis in die 1980er-Jahre ein Tabu war (T 11).
- Gestaltet eine Laudatio auf die Leistungen von Jakob Stotz, die die Ereignisse des Mössinger Generalstreiks berücksichtigt.



# Bewertung des Widerstands – Kontroversen und Deutungen

A 12

## Dokumente der Erinnerungskultur

Bis in die 1970er-Jahre wurde in der Bundesrepublik vor allem der Akteure des 20. Juli, des Kreisauer Kreises, der Goerdeler-Gruppe und der Opposition in Militär und Diplomatie gedacht. Beachtung fanden auch Einzelpersonen aus dem kirchlichen Spektrum und die „Weiße Rose“. Im Gegensatz zur DDR wurde der Widerstand des kommunistischen Teils der Arbeiterbewegung ausgeblendet. Dann begann sich der Blick zu weiten. Seit dem Fall der Mauer 1989 zeigt sich zunehmend, wie vielfältig die Akteure, Motive und Widerstandshandlungen waren. Auch Alleintäter wie Georg Elser sind spät anerkannt worden. Die Briefmarken verdeutlichen die Erinnerungsgeschichte. 1964 wurden dem Widerstand erstmals Marken gewidmet (ganz rechts), 2003 folgte das Porträt des Hitler-Attentäters aus Königsbrunn.



Eine Marke für Mössingen? Wie bereits für Georg Elser. Und für (oben v. l.) Sophie Scholl, Ludwig Beck, Dietrich Bonhoeffer, Alfred Delp, (unten v. l.) Karl-Friedrich Goerdeler, Wilhelm Leuschner, Helmut James von Moltke und Claus Schenk Graf von Stauffenberg.

## Gegenwartsgeprägte Wertvorstellungen vom Widerstand

Vortrag des Historikers Peter Steinbach in Mössingen

In seinem Vortrag „Vom Mut zur Erinnerung“ erläuterte Prof. Dr. Peter Steinbach die Annäherung an den Widerstand nach 1945. Ein Auszug aus dem Vortrag, den der Historiker 2013 in Mössingen hielt:

5 „Zunächst galt der Widerstand gegen den Nationalsozialismus im Grunde als etwas sehr Problematisches. Man sprach eigentlich gar nicht von Widerstand, sondern man charakterisierte das Verhalten von denen, die gegen den Nationalsozialismus aufgestanden waren, als ‚Verrat‘. Man diskreditierte die Taten des

10 Kreises um Stauffenberg als nicht konsequent durchdacht oder als dilettantisch. An den deutschen Stammtischen wusste man es in den 1950er-Jahren

15 viel besser: ‚Eine Pistole, hin zum Führer, schießen, sich mit dem Führer in die Luft sprengen‘. Wie auch immer! Die Nachlebenden lasteten dem Widerstand

also an, dass er versagt hätte. Erst in den 1950er-Jahren änderte sich das Bild vom Widerstand, [...] weil allmählich in das Bewusstsein der Menschen trat, dass dieser Widerstand für Ziele eingetreten war, die inzwischen langsam in den Konsens der Gesellschaft [...] hineinsickerten: Menschenwürde, Rechtsstaatlichkeit, Gewaltenteilung, Mitmenschlichkeit.

20

25 Alles das wurde allmählich mit dem Widerstand verbunden. [...]

In den 1950er-Jahren machte sich bei der Bewertung des Widerstands noch etwas anderes breit. Und das erzähle ich, weil ich glaube, dass es auch mit der Umstrittenheit der Aktionen zusammenhängt, die ich, ein Nicht-Mössinger, mit der Stadt Mössingen verbinde: nämlich den örtlichen Generalstreik vom 31. Januar 1933. Denn wir sind in den 1950er-Jahren

30

## Wer taugt zu einer Ikone des deutschen Widerstands?

Rede zur Ausstellungseröffnung in Mössingen

„Die Blechtrommler‘ von Mössingen – Zivilcourage einst und jetzt“, unter dieser Überschrift würdigte der Tübinger Literaturwissenschaftler Prof. Dr. Jürgen Wertheimer den Streikzug anlässlich der Eröffnung der ersten Ausstellung zum Generalstreik in Mössingen 2003. Ein Auszug:

„Was mich aber wundert, ist, dass die Mössinger Aktion so gar keine nach außen wirkende Aura entfaltet zu haben scheint. Was den tatsächlichen Effekt betrifft, so kann man nicht sagen, dass das Hitler-Attentat Stauffenbergs oder die Flugblattaktion der Geschwister Scholl sehr viel wirkungsmächtiger gewesen wäre. Während diese als Ikonen

des Widerstands zelebriert und zu Recht gefeiert werden, wurde den Mössinger Aktivisten vergleichsweise wenig nachfaschistische Anerkennung zuteil. Weshalb eigentlich? Eine Frage, die nicht so einfach zu beantworten ist. Eine mögliche Begründung möchte ich ausschließen. Es wäre absurd, wenn man zur Widerstandsikone ‚nur‘ als Offizier oder Student, nicht als Handwerker oder Nebenerwerbslandwirt taugte. Obwohl die großartige Arbeit des Hermaringers Johann Georg Elser auch vergleichsweise marginal angesehen wird.“

Stadtarchiv Mössingen: Amtsblatt, 7. Februar 2003



DBP gemeinfrei

- 35 zunehmend weniger in der Lage gewesen, Widerstand politisch unabhängig von unseren gegenwartsgeprägten Wertvorstellungen zu bewerten.

In den 1950er-Jahren stand Deutschland unter dem Eindruck der deutschen Teilung und der Blockspaltung. Das bedeutete, dass hüben wie drüben Zeitgenossen, Bürger der Bundesrepublik Deutschland oder der DDR, darangingen, jeweils eigene Traditionen ihrer 1949 entstandenen Teilstaaten auf den Widerstand zu beziehen. Das bedeutet, dass die bundesrepublikanische ‚Bonner Regierung‘ im Laufe der Zeit immer stärker die Würdigung des militärischen Widerstandes, des bürgerlichen Widerstandes, des konfessionellen Widerstandes betonte. Was man nicht angemessen würdigte, berührte den Widerstand aus der Arbeiterbewegung. Und was besonders diskreditiert wurde, betraf den kommunistischen Widerstand, hinter dem nicht mehr die Individuen, sondern nur politische Gruppierungen und Ideologien ausgemacht wurden.“

- 50 Stadtarchiv Mössingen: Redetranskript Steinbach, 26. September 2013

## Der Irrweg begann am 30. Januar 1933

Gedenkrede am 8. Mai 1985 im Deutschen Bundestag in Bonn

Die Rede von Bundespräsident Richard von Weizsäcker vierzig Jahre nach Kriegsende markierte eine Zäsur in der Aufarbeitungsgeschichte des Nationalsozialismus. Ein Auszug:

„Wir denken an die Opfer des Widerstands in allen von uns besetzten Staaten. Als Deutsche ehren wir das Andenken der Opfer des deutschen Widerstandes, des bürgerlichen, militärischen und glaubensbegründeten, des Widerstandes in der Arbeiterschaft und bei den Gewerkschaften, des Widerstandes der Kommunisten. Wir gedenken derer, die nicht aktiv Widerstand leisteten, aber eher den Tod hinnahmen, als ihr Gewissen zu beugen.“

[www.bundespraesident.de](http://www.bundespraesident.de)

## Aufgaben

1. Definiert, was ihr unter „Widerstand“ versteht. Vergleicht eure Definition mit der auf Seite 19.
2. Stellt dar, wie Peter Steinbach erklärt, warum es bis in die Mitte der 1950er-Jahre dauerte, bis der Widerstand in der Bundesrepublik gewürdigt wurde.
3. Erklärt, wieso während der Zeit der deutschen Teilung die kommunistischen Widerstandskämpfer in der Bundesrepublik kaum gewürdigt wurden.
4. Offensichtlich gab es lange Zeit Widerstand der ersten, zweiten und dritten Klasse. Erklärt, woran es sich bemisst, inwieweit Widerstand in einer Gesellschaft gewürdigt wird.
5. Informiert euch über weitere Formen des Widerstands ([www.landeskunde-bw.de](http://www.landeskunde-bw.de)).
6. Recherchiert zu den auf dem Briefmarkenblock abgebildeten Personen. Zu welcher der Widerstandsgruppen muss man sie zählen?
7. Informiert euch über die Vorreiterrolle von Fritz Bauer in dem Prozess der Neubewertung des Widerstandes (T 12).
8. Stellt dar, in welchen Etappen die Widerstandsgeschichte aufgearbeitet worden ist (T 12).
9. Erklärt, warum es auch heute noch wichtig ist, sich mit dem Widerstand gegen den Nationalsozialismus zu beschäftigen (T 12).
10. Gestaltet ein Plädoyer für die Ausgabe einer Briefmarke zum Mössinger Generalstreik. Entwerft diese Briefmarke.

# Beginnende Aufarbeitung des Mössinger Generalstreiks

A 13

## Forschungsarbeiten, Medieninteresse, Massenkundgebung

Mehr als vierzig Jahre lang war der Mössinger Generalstreik in der Öffentlichkeit kein Thema. Dann, Ende der 1970er-Jahre, begann eine Projektgruppe an der Universität Tübingen mit Recherchen. Ihre Forschungsarbeit erschien 1982 unter dem Titel „Da ist nirgends nichts gewesen außer hier“. Im Vorfeld des fünfzigsten Jahrestags des Generalstreiks am 31. Januar 1983 begannen sich auch andere für diese Widerstandsaktion in der schwäbischen Provinz zu interessieren. Der Regisseur Jan Schütte interviewte Zeitzeugen für einen Film. Der Süddeutsche Rundfunk produzierte ein Hörspiel, in dem sich eine fiktive Familie mit den Mössinger Ereignissen auseinandersetzt. Zahlreiche Organisationen begannen sich auf den Jahrestag vorzubereiten. Den Höhepunkt bildeten die Veranstaltungen zum 31. Januar 1983. Die Vorbereitungen liefen unter

der Federführung der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN). Beteiligt waren auch die Gewerkschaften, die SPD, die Grünen, die DKP, die Jusos, die Naturfreunde, die Initiative „Ohne Rüstung leben“, die Autoren des Forschungsbands, die evangelische Kirche, die ortsansässigen Schulen und zahlreiche Einzelpersonen. Allerdings konnten sich die unterschiedlichen Akteure und Organisationen nicht auf ein gemeinsames Programm am Gedenktag einigen. Zur Kundgebung der VVN, die vor der Langgass-Turnhalle stattfand, kamen etwa 10000 Personen (Foto unten). Mit diesem Andrang hatte man nicht gerechnet. Viele Teilnehmer kamen von außerhalb. Aber auch aus anderen Gründen waren die Veranstaltungen vor Ort nicht unumstritten. Kritische Stimmen distanzieren sich von den politischen Zielen der Generalstreikteilnehmer.



Klaus Franke



Stadtarchiv Mössingen 2 A 225

### „Ungesetzliches Vorgehen“ Kritik am Generalstreik

Paul Gucker, geboren 1912 in Mössingen, gehörte in seiner Jugend dem örtlichen Arbeiterturn- und Sportverein an. Als dieser 1932 zum Verband der „Roten Sporteinheit“ übertrat, erklärte Gucker seinen Austritt. Nach 1945 arbeitete er als Schriftsetzer und Buchdrucker und schrieb über Heimatgeschichte. Gucker war 1960 einer der Gründer des Mössinger SPD-Ortsvereins. 1986 veröffentlichte er das Buch „Mössingen und der Generalstreik am 31. Januar 1933“, in dem er eine Würdigung des Generalstreiks ablehnt. Hier ein Auszug:

„Eines aber ist sicher, dass die Verfassung der Weimarer Republik keinesfalls vorsah, dass eine politische Gruppierung – hier in unserem Falle die Kommunisten – eine verfassungsrechtlich legal erfolgte Kanzlerernennung (§ 48 der

Weimarer Verfassung) durch einen wilden ‚Generalstreik‘ mit Fabrikbesetzungen und Gewaltanwendungen rückgängig machen konnte. Ein solches Vorgehen war damals nach der Verfassung der Weimarer Republik ungesetzlich und ist es auch heute. Nach der Verfassung unserer Bundesrepublik.

Nach meinem politischen Verständnis war das Vorgehen beim Generalstreik am 31. 1. 1933 in Mössingen damals nichts anderes als der Versuch eines politischen Umsturzes – wenn auch wohl ganz klein und hoffnungslos. Das Ganze liegt im Wesentlichen auf derselben Linie wie der Hitlerputsch 1923. Beide Vorhaben waren ungesetzlich und gegen die Verfassung gerichtet. Können wir bei klarem Durchdenken der Fakten die einen verdammen und die an-



## „Des hätt a Deng gäba“

Zeitungsartikel

So viele Demonstranten hatte in Mössingen niemand erwartet, auch nicht der DGB-Landesvorsitzende Siegfried Pommerenke, der wohl etwas nervös wurde bei dem Gedanken, dass der Gewerkschaftsbund fast nicht mit von der Partie gewesen wäre. Als von der Tribüne zum ersten Male zu hören war, dass bereits mindestens 5 000 Menschen versammelt seien, raunte er seinem Kollegen Walter Pfenning von der Gewerkschaft Druck und Papier zu: „Wenn mr do net aufgepasst hättet, des hätt a Deng gäba.“

\*

Sein DGB-Kreisvorsitzender Lothar Kindereit, der mit den Chefs der Tübinger Einzelgewerkschaften zunächst beschlossen hatte, der öffentlichen VVN-Veranstaltung fernzubleiben und dafür nur im Saal der Mössinger Generalstreiker zu gedenken, hielt sich derweil dezent im Hintergrund. Dennoch musste er an diesem Nachmittag zwei deutliche Rüffel einstecken: ein Pfeifkonzert, als er übers Mikrofon offiziell begrüßt wurde, und den unmissverständlichen Hinweis in der Rede von Walter Pfenning: „Der DGB findet im Saale statt!“

\*

So oft wurde die Einheit der Linken schon lange nicht mehr an einem Nachmittag beschworen wie am Samstag. Dennoch kam es zu deftigen Hand- und Fußgreiflichkeiten. Und zwar als sich die Tübinger MRI (Marxistisch-Reichistische-Initiative) standhaft weigerte, ihr Transparent einzurollen. Darauf stand geschrieben: „Wer hat uns verraten? – Sozialdemokraten!“ Sozialdemokratische Ordner und solche, die sich wohl dafür hielten, fühlten sich dadurch so beleidigt, dass sie sich das Transparent nach einem kurzen Gefecht schnappten und zerrissen. Der Mössinger SPD-Ortsvereinsvorsitzende, Dieter Schmidt, wollte damit aber nichts zu tun haben. Er distanzierte sich ausdrücklich von diesem Vorgehen: „Hier darf jeder sagen, was er denkt!“

\*

Ob er auch bei dieser Maxime geblieben wäre, wenn er den Kommentar eines Mössinger Jugendlichen gehört hätte? Ausgerechnet vor der Gaststätte Engel stand eine Gruppe junger Männer zusammen, von denen einer nicht gerade mit Engelszungen daherredete, als er den Demonstrationzug kommen sah: „Die Straße ist heute wieder vollgeschissen von Gesindel!“

## Aufgaben

1. Untersucht, wer sich zu Beginn der 1980er-Jahre alles an der Aufarbeitung des Mössinger Generalstreiks beteiligt hat. Warum war es für diese Gruppierungen wohl nicht möglich, einen gemeinsamen Nenner zu finden?
2. Untersucht die Argumentation von Paul Gucker. Wo argumentiert er historisch, wo argumentiert er aus der Rückschau? An welchen Stellen bewertet er? Was sind die Grundlagen seiner Bewertung?
3. Erklärt, warum gerade in den 1980er-Jahren die Aufarbeitung des Mössinger Generalstreiks begonnen hat. Beachtet dabei auch das Plakat.
4. Stellt dar, welche Haltungen gegenüber den Mössinger Geschehnissen von 1933 aus dem Zeitungsartikel deutlich werden.
5. Erläutert, warum das Transparent der MRI (Zeitungsartikel) zu Handgreiflichkeiten geführt hat. Berücksichtigt dabei den historischen Kontext des Plakats.
6. Schreibt eine Erwiderung auf den Text von Paul Gucker.
7. Entwerft ein Plakat bzw. ein Transparent für die Veranstaltung, das dem Ereignis und seiner Erinnerung gerecht wird.

deren als Helden feiern und sie zu möglichen Rettern der Nation hochstilisieren? Können wir, wie es geschehen ist, sagen: Wenn alle so gehandelt hätten wie die Mössinger Kommunisten, dann hätte es keine Hitler-Diktatur gegeben – und alles wäre gut für Deutschland geworden?

Ja, wenn es das Ziel der Kommunisten gewesen wäre, durch ihren ‚Generalstreik‘ am 31. 1. 1933 die Weimarer Republik das erste demokratische Parlament auf deutschen Boden und ihre Verfassung zu erhalten und zu stärken, und zwar gegen den angekündigten totalitären Staat von Hitler und seiner NSDAP – ja, dann könnte man so argumentieren. Aber, das war niemals das Ziel der KPD; sie wollten ja die Weimarer Republik genauso aus den Angeln heben wie die NSDAP – und einen Arbeiter- und Bauernstaat nach sowjetischem Muster errichten.“

Paul Gucker, Mössingen und der Generalstreik vom 31. Januar 1933, S. 4 f.



# Mössingen heute – produktive Annäherung an die Geschichte

A 14

Zeichnung A. Paul Weber 1932  
Montage Sepp Buchegger 2013 Schwäbisches Tagblatt 8. Februar 2013



## Nirgendwo war was, außer in Mössingen

Die Generalstreikteilnehmerin Anna Renz prägte 1978 im Rückblick auf 1933 die Formulierung „Da ist nirgends nichts gewesen außer hier“. Der Karikaturist Sepp Buchegger griff diesen Satz und eine Zeichnung von A. Paul Weber auf, als er im Februar 2013 seine Sicht der Mössinger Widerstandsaktion zum Ausdruck brachte. Bereits vor dem achtzigsten Jahrestag hatte sich eine lebhaft Diskussion über die Bewertung des Generalstreiks entwickelt. In Mössingen kamen kritische Fragen auf: Was wussten

die Streikenden von den Gräueltaten unter dem sowjetischen Diktator Stalin? Wie wären sie im Fall einer Machterlangung mit ihren politischen Gegnern umgegangen? Darf man Feinden der Demokratie überhaupt positiv gedenken? Auch das Theater Lindenhof griff in seinem Stück „Ein Dorf im Widerstand“, das im Mai 2013 in Mössingen uraufgeführt wurde, diese Debatte auf. Viele Mössinger Laienspieler beteiligten sich an der Inszenierung, zu der Zuschauer von weither anreisten.

### Stalinismusvorwurf

Zitat 1

„Angesichts der allgemeinen wie der Mössingen-spezifischen Forschungslage scheint es mir wenig sinnvoll, den hiesigen Kommunisten mit dem Stalinismusvorwurf zu kommen. Es erscheint mir auch zu simpel, zu behaupten, ein allgemeiner Generalstreik hätte Hitler gestürzt und den Zweiten Weltkrieg verhindert. So leichtfertig sollte man über die Argumente von SPD und Gewerkschaften nicht hinweggehen. Wenn – was hoch unwahrscheinlich war – SPD und Gewerkschaften mitgespielt hätten, wären NSDAP und SA sicher nicht freiwillig gegangen. Es wäre wahrscheinlich auf Gewalt hinausgelaufen, wie in 1920 im Ruhrgebiet, nur großflächiger. Wie das dann ausgegangen wäre, wissen wir alle nicht. Wie alle ‚Was wäre, wenn‘-Fragen ist auch diese spannend, aber hoch spekulativ.“

Stadtarchiv Mössingen: Rede Frie, 31. Januar 2013

### Kampf unter Brüdern

Zitat 2

„Wir urteilen immer aus dem Rückblick und viel seltener aus der Mitte der Geschichte heraus. Was bedeutet das für den Widerstand? Jemand, der 1931, 1933 oder auch 1936/37 für den Kommunismus eintrat, war deshalb nicht ausdrücklich Stalinist, verteidigte nicht den Gulag oder die Menschenrechtsverbrechen, die an den Namen Stalins geknüpft sind, hatte keine Ahnung von der Berliner Mauer, dem Ministerium für Staatssicherheit, sondern häufig hatte er überhaupt keine Ahnung von stalinistischen Verbrechen und oftmals ereigneten sich die den Kommunisten angelasteten Verbrechen erst viel später. 1933 war noch nicht von Schauprozessen gegen die Gegner Stalins die Rede. Was die Kommunisten in den 1930er-Jahren prägte, war ein verhängnisvoller Kampf unter Brüdern, ein Kampf gegen die Sozialdemokratie, gegen Gewerkschaften.“

Stadtarchiv Mössingen: Redetranskript Steinbach, 26. September 2013

## Schaut auf Mössingen!

Zeitungsartikel

Achtzig Jahre nach dem Generalstreik bringt das Theater Lindenhof in Mössingen das Stück „Ein Dorf im Widerstand“ auf die Bühne (siehe S. 57). Das Feuilleton reist zur Premiere an. In der Wochenzeitung „Die Zeit“ erscheint eine Besprechung von Johannes Schweikle. Ein Auszug:

„Die Inszenierung von Philipp Becker spielt virtuos mit der Masse. In der tiefen Halle lässt er 150 Schauspieler und Musiker auftreten. Zwei Chöre stehen sich unversöhnlich gegenüber. Links schreien die Auswärtigen: ‚Ein würdiges Gedenken muss her! Das muss aufs Tapet und nicht unter den Teppich!‘ Von rechts keifen die Mössinger zurück: ‚Man muss nicht alte Wunden wieder aufreißen! Da gehört ein für alle Mal ein Strich gezogen!‘ Die Linken brüllen, diese Suppe gehöre nochmals aufgekocht. Die Rechten schreien, da seien zu viele Haare drin. Dann stürmen beide Gruppen aufeinander zu, der Zusammenstoß scheint unausweichlich.

‚So anmaßend sind wir‘, sagt der Regisseur Becker. ‚Kunst muss raus in die Welt.‘ Das Theater begibt sich ins Getümmel einer verbissenen Auseinandersetzung. In Mössingen ist man uneins, wie das herausragende Datum der Ortsgeschichte zu bewerten ist: Waren die Streikenden Helden des Widerstands? Oder naive Spinner, die von der Diktatur des Proletariats träumten? Der Autor Franz Xaver Ott hält sich an die historischen Fakten. Er hat kein Agitprop-Stück geschrieben, das den kommunistischen Widerstand heroisiert. Er lässt auch die Skeptiker zu Wort kommen.

Ein Trupp mit schwarzen Masken tritt auf. Die Hasskappenmänner schleichen durch die Halle, das Gespenst des Kommunismus geht um. Die Gestalten raunen: ‚Und morgen, und morgen, und morgen wird sozialisiert. Dann gehört uns deine Kuh.‘ [...] Auftritt Paul Ayen: Ein Hüne mit Muskeln wie ein Bodybuilder [...]. Ayen war einer der Anführer der Streikenden, und der Martin Rottach zeigt ihn als Kerl, der voll im Saft steht. Der ohne Vor- und Umsicht für seine Überzeugung kämpft, und mitten im politischen Chaos wird auch noch seine Freundin schwanger. Ayen flucht: Dreifaltiges Rotztuch mit Hammer und Sichel! Nach dem Krieg kommt er mit einer neuen Frau zurück nach Mössingen. Da tritt kein Heiliger auf, sondern ein Mensch mit Widersprüchen.“

## Zwei Diktaturen

Zitat 3

Die Erinnerung an den Generalstreik hält die Interessengruppe für Mössinger Geschichte für problematisch, „weil die führenden Akteure der gewaltsamen Ausschreitungen vom 31. 1. 1933 überwiegend von Anhängern dieser kommunistischen Ideologie begangen wurden und wir die Anwendung von Gewalt, die Ausübung von Druck, um eine Teilnahme an einem Streik zu erreichen, die Aufforderung, die Demokratie abzuschaffen, um sie durch einen Arbeiter- und Bauernstaat nach sowjetischen Muster zu ersetzen, ablehnen“.

„Unser Anliegen ist, darauf hinzuweisen, dass es im 20. Jahrhundert in Deutschland zwei Diktaturen gegeben hat, und dass wir totalitäre Systeme unabhängig von deren zugrunde liegender Weltanschauung verabscheuen. Wir machen uns stark dafür, die Erinnerung an die Mössinger Ereignisse als Warnung vor jeglicher Diktatur verstanden zu wissen und nicht auf einzelne Ideologien zu begrenzen.“

[www.fakten-zum-mössinger-generalstreikversuch-von-1933.de](http://www.fakten-zum-mössinger-generalstreikversuch-von-1933.de)

## Aufgaben

1. Analysiert die Karikatur. Berücksichtigt dabei auch die Aussage der ursprünglichen Zeichnung von A. Paul Weber. Was drückt die Karikatur im Streit um die Bedeutung des Mössinger Generalstreiks aus?
2. Stellt die Positionen der Professoren Frie und Steinbach zum Vorwurf dar, die Mössinger Streikenden hätten eine stalinistische Diktatur angestrebt. Stellt die Argumentation der Interessengruppe für Mössinger Geschichte (Zitat 3) gegenüber. Vergleicht dazu auch das Flugblatt auf A 5.
3. Untersucht die Darstellung der Interessengruppe für Mössinger Geschichte auf Parteilichkeit.
4. Entwerft analog zum Text von Professor Frie ein Szenario des „Was wäre wenn...“.
5. Stellt die vielfältigen Gedenkformen zum Mössinger Generalstreik dar (T 14).
6. Überprüft, ob man angesichts der Dramatisierung der Ereignisse vom 31. Januar in einem Theaterstück von einer lebendigen Erinnerungskultur sprechen kann.
7. Beurteilt den Erinnerungsort „Mössingen“. Wo liegen seine Potenziale, wo seine Probleme?
8. Erörtert folgende Frage: Sollte man die neue Gemeinschaftsschule in Mössingen nach Jakob Stotz benennen?
9. Erörtert folgende Frage: Darf man auch Feinden der Demokratie gedenken?
10. Gestaltet auf der Basis der Zitate 1 und 2 eine Entgegnung zum Zitat 3 der Interessengruppe für Mössinger Geschichte.
11. Gestaltet ein Denkmal für den Erinnerungsort „Mössinger Generalstreik“ – wo in Mössingen sollte es stehen (vgl. Karte, Seite 52)?

# Begleitmaterial



Der Mössinger Generalstreik begann an der Langgass-Turnhalle (1), führte zu mehreren Stationen im Ort und endete schließlich in der Bahnhofstraße (5).



# Der Generalstreik vor Ort in Mössingen

## Auf den Spuren des Streikzugs

Mössingen hat sich seit 1933 stark gewandelt. 2009 wurde der Ort mit seinen 20 000 Einwohnern und seinen Stadtteilen Bad Sebastiansweiler, Bästehardt, Belsen, Öschingen und Talheim zur Großen Kreisstadt erhoben. Aber nicht nur die Zahl der Einwohner ist extrem angestiegen, auch das Erscheinungsbild des ehemaligen Dorfes hat sich in den letzten Jahrzehnten stark verändert. Viele der ehemals den Ort prägenden Gebäude wurden abgebrochen, so auch einige der baulichen Zeugen des Generalstreiks. Ein Rundgang „Auf den Spuren des Mössinger Generalstreiks“ ist bei der Stadt Mössingen und den Jugendguides Tübingen zu buchen (siehe S.61). Für eine Tour auf eigene Faust bieten nachfolgende Informationen und Fotos Orientierung.

### 1 Langgass-Turnhalle



An der Turnhalle des Arbeitersportvereins trafen sich mittags am 31. Januar 1933 etwa 100 Personen. Von dort aus machten sie sich auf den Weg zu den drei größten Mössinger Textilfabriken. Die Turnhalle, die 1925 von den Arbeitervereinen gebaut worden war und 1933 unter den Nationalsozialisten enteignet wurde, hat ihr Aussehen wesentlich verändert. Anstelle der großen und kleinen Glasfenster an der Vorderfront wurden in der gesamten oberen Hälfte der Gebäudefassade Glasbausteine eingesetzt. 1962 wurde zum Sportplatz hin ein Vereinsheim angebaut, das knapp zehn Jahre später noch einen Küchenanbau erhielt. Auf dem Dach der Turnhalle befinden sich seit einigen Jahren Sonnenkollektoren.



Neben dem Haupteingang der Turnhalle wurde zum 70. Jahrestag des Generalstreiks eine Gedenktafel mit folgender Aufschrift angebracht: „Zum Gedenken an die Frauen und Männer, die von hier aus am 31. Januar 1933 den Mössinger Generalstreik gegen Hitler und die Nazidiktatur wagten.“ Die Tafel stellt den ersten offiziellen Ort der Erinnerung an die Ereignisse des Generalstreiks in Mössingen dar.

### 2 Ehemalige Mechanische Weberei Pausa



Der Streikzug begab sich durch die Langgasse in Richtung Kreuzung „Auf der Lehr“, von wo es nach rechts in die heutige Falltorstraße hinab am damaligen Rathaus vorbei bis zur Mechanischen Weberei Pausa ging. An der Stelle des Fabrikensembles der „Alten Pausa“ befindet sich seit 1992 die Altenwohnanlage „Haus an der Steinlach“. Der voluminöse Bau mit seiner ausgeprägten Glasfront erstreckt sich nicht nur über den Platz der ehemaligen Firmenanlage im Steinlachbogen, sondern nimmt auch das Gelände angrenzender Gebäude wie der früher oberhalb gelegenen Molkerei und der Seilerei Neth ein. Die Gaststätte Zum Schwanen, die sich auf der gegenüberliegenden Straßenseite befand und auf deren Treppe Fritz Wandel in einer flammenden Rede zum Streik aufrief, ist ebenfalls verschwunden. An dieser Stelle ist heute ein Parkplatz.



### 3 Ehemalige Trikotweberei Merz



Am Ende der Falltorstraße, wo diese auf die Bahnhofstraße trifft, betrieb die einstige Trikotweberei Merz bis Ende der 1980er-Jahre noch ihre Fabrik. Dann schloss sie ihre Pforten und die Gebäude wurden abgerissen. Auf dem lange brach liegenden Gelände findet sich heute die neue „Mössinger Mitte“ mit Gesundheitszentrum, Wohneinheiten und Parkhaus. Am Tag des Generalstreiks traf der Demonstrationszug um etwa 14 Uhr hier ein. In diesem damals patriarchalisch von Unternehmer Otto Merz geführten Betrieb kam es zu Auseinandersetzungen zwischen Streikenden und Werksangehörigen, weil sich nur ein Teil der Belegschaft dem Streikzug anschließen wollte. Otto Merz telefonierte schließlich mit dem Rottenburger Landrat, der die Polizei alarmierte. Vom Werksgelände der Firma Merz marschierten über 800 Personen die Bahnhofstraße hinab zur Buntweberei Burkhardt.

### 4 Ehemalige Buntweberei Burkhardt



Der Streikzug erreichte am Ende der Bahnhofstraße die Opferdinger Straße, wo er um etwa 15.30 Uhr vor dem dritten Betrieb anlangte. Die Buntweberei Burkhardt wurde seit dem Jahr 1900 als Filiale der Pfullinger Firma Gebrüder Burkhardt betrieben. Weil der Unternehmer Merz die dortige Werkleitung vorgewarnt hatte, stand der Streikzug vor verschlossenen Fabrikatoren. Einige der Streikenden versuchten, ein Werkstor aufzubrechen. Die Streikleitung beschloss die Rückkehr zur Turnhalle. Die Bauten der Firma Burkhardt sind neben der Turnhalle die einzigen noch erhaltenen Gebäude aus der Zeit des Generalstreiks. Nachdem die Firma ihre Produktion 1964 eingestellt hatte, übernahm eine Kunstlederfabrik die Gebäude. 1988 zog die in den 1950er-Jahren in Talheim gegründete Firma Dölker ein, die 2009 ihre Pforten schloss. Heute werden die Räume als Büros oder Lager vermietet.

### 5 Bahnhofstraße



Als sich der Streikzug wieder auf den Weg zurück ins Dorf machte, stellte sich auf der halben Strecke eine Front von 40 Reutlinger Schutzpolizisten mit Schlagstöcken und Pistolen in den Weg. Der Ort des Zusammentreffens wird etwa auf der Höhe der heute rechts abbiegenden Goethestraße vermutet. In der Bahnhofstraße standen damals nur vereinzelt Häuser sowie nördlich von ihr die 1928 errichteten Shedhallen der Firma Pausa, die an dieser Stelle in den 1950er- und 1960er-Jahren neue Fabrikgebäude errichtete. Über die rechts und links der Straße noch zahlreich vorhandenen Felder und Wiesen machten sich die Streikenden im Angesicht der übermächtigen Polizeipräsenz davon. Da der 31. Januar 1933 ein regnerischer Tag war, kehrten viele mit stark verschmutzten Schuhen nach Hause zurück. Dies galt in den kommenden Tagen als Indiz für die Teilnahme am Streik.

# Stationen der Aufarbeitungsgeschichte

## Erinnerungskultur im Wandel



Klaus Franke

Mitwirkende von einst treffen sich Anfang der 1980er-Jahre vor der Turnhalle. Das Foto zeigt von links nach rechts Karl Wagner, Eugen Ayen, Agnes Hartmayer, Richard Föll, Otto Steinhilber, der als Einziger nicht beim Marsch dabei war, und Martin Steinhilber.

**1948** Aufhebung der Urteile gegen die Teilnehmer des Generalstreiks aufgrund der „Rechtsanordnung zur Beseitigung nationalsozialistischen Unrechts in der Strafrechtspflege“

**1954** Erfolgreiche Klage von Konsumkassier Martin Maier gegen das Landesamt für Wiedergutmachung auf volle Haftentschädigung. Revision des Landesamtes vor dem Oberlandesgericht Stuttgart bleibt erfolglos

**1958** Einladung der Vereinigung für die Verfolgten des Naziregimes (VVN) zu einer ersten Gedenkveranstaltung in Mössingen

**1974** Mössinger Bürgermedaille für den ehemaligen Streikführer Jakob Stotz „für seine Verdienste nach 1945“

**1982** Veröffentlichung des Buchs „Da ist nirgends nichts gewesen außer hier“ durch eine Autorengruppe von der Universität Tübingen

**1983** Dokumentarfilm „Da ist nirgends nichts gewesen außer hier“ von Jan Schütte

**29. Januar 1983** Zahlreiche Gedenkveranstaltungen zum fünfzigsten Jahrestag, u. a. Kundgebung und Demonstrationzug mit 10 000 Teilnehmern

**1985** Benennung eines Platzes in Mössingen nach Jakob Stotz, vier Jahre später Erweiterung durch Texttafel

**1986** Veröffentlichung des Buchs von Paul Gucker „Mössingen und der Generalstreik am 31. Januar 1933“ als Gegenposition zum Buch der Autorengruppe von 1982

**1993** Gedenkveranstaltung am Jakob-Stotz-Platz mit 200 Teilnehmern

**31. Januar 2003** Größere Gedenkveranstaltung in der Langgass-Turnhalle und Ausstellungseröffnung in der Kulturscheune zum siebzigsten Jahrestag

**Oktober 2003** Anbringung einer Gedenktafel an der Turnhalle für die „mutigen Männer und Frauen des 31. Januar 1933“

**2012** Erweiterte Neuauflage des Buches „Da ist nirgends nichts gewesen außer hier“

**2012/2013** Umfassende Gedenkveranstaltungen zum achtzigsten Jahrestag mit Podiumsgesprächen, Ausstellungen, Vorträgen sowie einer Diskussion um die Bewertung des Mössinger Generalstreiks

**11. Mai 2013** Premiere des Stücks „Ein Dorf im Widerstand“ des Theaters Lindenhof in der Bogenhalle in Mössingen

**31. Januar 2014** Jugendguide-Stadtrundgang „Auf den Spuren des Mössinger Generalstreiks“

**31. Januar 2015** Premiere des Films „Widerstand ist Pflicht“ von Katharina Thoms

## Die Pausa und die Brüder Artur und Felix Löwenstein

Eine der Schätze Mössingens ist ohne Zweifel die ehemalige Textildruckfabrik Pausa. Die außergewöhnlichen Firmengebäude der Neuen Pausa, die der Architekt Manfred Lehbruck 1950/51 entwarf, stehen heute unter Denkmalschutz. Die Alte Pausa, die hingegen nicht mehr erhalten ist, war beim Mössinger Generalstreik die erste Station des Protestzugs. Mit der Entscheidung, ihren Beschäftigten an jenem Nachmittag frei zu geben, hatten die Fabrikbesitzer, die Brüder Artur und Felix Löwenstein, dazu beigetragen, dass sich die Belegschaft der Widerstandsaktion anschließen konnte.

Die Geschichte der Pausa begann 1875. Johann Georg Hummel gründete in der damaligen Lehrgasse in Mössingen eine mechanische Weberei. Nach mehreren Besitzerwechseln erwarben Artur und Felix Löwenstein kurz nach dem Ersten Weltkrieg die Textilfabrik für 140 000 Reichsmark. Die Brüder, die 1911 eine Weberei in Pausa im Vogtland gepachtet hatten, stammten aus einer jüdischen Unternehmerfamilie aus Stuttgart. Ihr Vater hatte dort in dritter Generation mit Baumwolltuchen gehandelt.

In dem Mössinger Unternehmen, das die Brüder nach dem früheren Standort Pausa nannten, begannen sie ihre künstlerischen Ideen zu verwirklichen. So arbeiteten die Löwensteins in den 1920er-Jahren eng mit dem Bauhaus in Weimar und Dessau zusammen. Sie brachten damit nicht nur den „modernen Stil“ nach Mössingen, sondern beschäftigten zeitweise auch drei Bauhaus-Schülerinnen in der Steinlachgemeinde: Lisbeth Oestreicher, Ljuba Monastirskaja und Friedl Dicker. Die NS-Zeit bedeutete für die Künstlerinnen jüdischer Herkunft Verfolgung, Deportation und Tod. Während Monastirskaja Deutschland in der zweiten Hälfte der 1930er-Jahre noch verlassen konnte, wurden die beiden anderen ins KZ deportiert. Dicker, die in Theresienstadt Kindern Malunterricht erteilte, wurde 1944 in Auschwitz ermordet. Oestreicher wurde 1945 im KZ Westerbork befreit.

Die Pausa produzierte nicht nur moderne Webstoffe, sondern führte auch den Textildruck in Mössingen ein und erreichte schon bald ein hohes ästhetisches und technisches Niveau. „Wir propagieren schon seit 1921 den modernen Stil, auch Bauhaus-Stil genannt“, heißt es 1928 in einem Firmen-Werbeblatt. 1929 gewann die Pausa bei der Weltausstellung in Barcelona den „Gran Premio“ für ihre Dekorationsstoffe. Der offizielle Firmensitz der Pausa war bis 1931 in Stuttgart, wo sich auch Räume zur Präsentation der Pausa-Produkte befanden. Dort, in Stuttgart, lebten die Löwensteins mit ihren Familien. Die Mössinger Firma expandierte und investierte in neue Maschinen und Fabrikgebäude. Mit der Weltwirtschaftskrise 1929 brach der Umsatz des Unternehmens um drei Viertel ein. Die Pausa geriet in wirtschaftliche Schwierigkeiten. Trotzdem wagten die Brüder Löwenstein in dieser Zeit mit der Einführung des Siebdrucks einen innovativen Schritt in der Drucktechnik.

Die frühen 1930er-Jahre brachten im Gefolge der wirtschaftlichen Probleme sowohl Betriebseinschränkungen als auch Entlassungen und Lohnkürzungen, was die Pausa-Belegschaft mit Streiks und Arbeitsniederlegungen beantwortete. Die Pausa wies den höchsten Organisationsgrad der Arbeiter-

schaft in den Mössinger Betrieben auf. Auch Otto Wick, einer der aktivsten Mössinger Kommunisten, arbeitete in der Pausa. Schon kurz nach dem Januar 1933 begann der konzertierte Druck auf die Löwensteins. Im gemeinsamen Vorgehen von Gemeindeverwaltung, Landrat und Sparkasse, NSDAP-Gliederungen auf Landesebene und verschiedenen Unternehmern sollten die jüdischen Besitzer gezwungen werden, den Betrieb unter Preis abzugeben. Der Druck auf die Löwensteins wurde so stark, dass sich Felix Löwenstein im Sommer 1936 gezwungen sah, das Land zu verlassen. Mithilfe seiner Schwester Beatrice Löwenstein, die mit ihrem Mann Adolphe Lowe seit 1933 in Manchester lebte, gelang ihm die Einreise nach England. Die anderen Mitglieder der Familie Löwenstein flohen am 31. Dezember 1936 über die Schweiz nach Italien und später nach England.

Nach dem Zweiten Weltkrieg strengten Helene und Artur Löwenstein unter dem Schutz der französischen Alliierten eine Restitutionsklage gegen die Täter der Zwangsarisierung vor dem zuständigen Tübinger Gericht an. Nach einem längeren Verfahren entschied das Gericht zugunsten der Löwensteins und bestätigte, dass die Täter vorsätzlich die Enteignung betrieben und „böswillig“ gehandelt hätten. Die Rücknahme der Fabrik lehnten die Löwensteins jedoch ab. Daraufhin setzte das Gericht fest, dass die Löwensteins nachträglich den vollständigen Kaufpreis erhielten.

Die Geschichte des Textilunternehmens Pausa wird heute von verschiedenen Seiten aufgearbeitet. Im Jahre 2007 hat sich der Löwenstein-Forschungsverein in Mössingen gegründet, der die Geschichte des Unternehmens und seiner jüdischen Besitzer erforscht. 2013 erschien der Band „Artur und Felix Löwenstein. Würdigung und Gründung der Textilfabrik Pausa und geschichtliche Zusammenhänge“, der bisherige Rechercheergebnisse bündelt. Zudem hat der Forschungsverein die Kinder von Artur und Felix Löwenstein, Harold Livingston und Doris Angel, in Großbritannien ausfindig gemacht. Nach 73 Jahren, im Jahr 2009, kehrten Mitglieder der Familie auf Einladung des Löwenstein-Forschungsvereins und des damaligen Oberbürgermeisters Werner Fifka erstmals wieder nach Mössingen zurück.

Am 22. Juli 2009 entschuldigte sich der Oberbürgermeister für das Handeln der Stadt in der NS-Zeit mit den Worten: „Es ist damals Unrecht geschehen in unserer Stadt und es ist Zeit, darüber zu sprechen. Es waren aktive Nationalsozialisten und ihre Mitläufer, die die Vertreibung der Löwensteins aus Mössingen und die Zwangsarisierung ihres Betriebes, in die Wege leiteten. Diese Vorgänge waren Unrecht. Es waren antisemitische Verbrechen.“

Aus den bisher drei Besuchen 2009, 2011 und 2013 haben sich enge Beziehungen und Freundschaften entwickelt. All diese Bemühungen können das Unrecht der NS-Zeit nicht ungeschehen machen, zeigen aber, dass die kritische Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit Raum für neue Begegnungen eröffnen kann.

Informationen im Internet:  
[www.initiative-loewensteinverein.de](http://www.initiative-loewensteinverein.de)



## Kreative Auseinandersetzungen mit dem Generalstreik

### Das Theaterstück „Ein Dorf im Widerstand“

2013 brachte das Theater Lindenhof die Geschichte des Mössinger Generalstreiks mit dem von Franz Xaver Ott verfassten Stück „Ein Dorf im Widerstand“ auf die Bühne. Mit über 100 Schauspielern, speziell komponierter Musik für eine große Orchesterbesetzung und einem Bühnenbild, das die historische Kulisse der Mössinger Pausa-Bogenhalle in einen einzigartigen Spielraum verwandelte, schuf der Regisseur Philipp Becker ein einmaliges Theatererlebnis. Raumauffüllend traten sich hier die Massen von Streikenden und NS-Anhängern gegenüber und – auf die Gegenwart bezogen – in den Widerstreit der positiven und negativen Bewertungen des Generalstreiks. In dieses unvereinbare Gegenüber tritt die Figur des Engels der Geschichte, der eifrig moderiert und kommentiert, sich aber letztlich als unfähig erweist, ins Geschehen einzugreifen. Es ist die Menschenmenge, die den Lauf der Ereignisse bestimmt und Geschichte schreibt. Aus der Masse hervor treten Hauptakteure wie Jakob Stotz, Otto Merz oder Karl Jaggy, die



zeigen, dass es eine ganz persönliche und individuelle Entscheidung ist, im Für und Wider aufzutreten. Den Theatermachern ist es gelungen, am konkreten Ereignis des Generalstreiks die Mechanismen von Protest und Widerstand aufzuzeigen und deutlich zu machen, dass das Recht auf und die Pflicht zum zivilen Ungehorsam auch in der heutigen Lebenswelt relevante Fragen sind.

### „Widerstand ist Pflicht“

Die Journalistin und Regisseurin Katharina Thoms begleitete das Lindenhof-Theaterprojekt mit der Kamera. Eine Hauptfigur im Theaterstück ist Paul Ayen, einer der Akteure beim Mössinger Generalstreik. Unter den Schauspielern und Laienschauspielern, die an der Inszenierung mitwirkten, war auch Andrea Ayen, die Tochter von Paul Ayen. Der Film „Widerstand ist Pflicht“ zeigt sie bei den monatelangen Theaterproben. Mit dem Hauptdarsteller, der ihren Vater verkörpert, begibt sich Andrea Ayen an die

Originalschauplätze des Streiks in Mössingen. Gleichzeitig kehrt die Geschichte immer wieder zu den Theaterproben in der kalten Pausa-Bogenhalle zurück, die von Spielern, Musikern und Regisseur körperlich und psychisch alles abverlangen, denn die Premiere rückt näher ...

Film erhältlich über:  
[www.widerstand-film.de](http://www.widerstand-film.de)



Aufnahmen von den Proben in der Pausa: das Plakat zum Film.

### „Da ist nirgends nichts gewesen außer hier“

Anfang der 1980er-Jahre führte der SWR-Journalist und Filmemacher Jan Schütte mit Beteiligten und Zeitzeugen des Mössinger Generalstreiks Interviews. Daraus entstand der Film „Da ist nirgends nichts gewesen außer hier“, der zum 50. Jahrestag des Generalstreiks 1983 seine Premiere hatte. Anhand der geführten Gespräche und mit Fotomaterial rekonstruiert er die Vorgeschichte, Ereignisse und Folgen des 31. Januar 1933 in Mössingen. Die einzigartige Dokumentation, in der die Zeitzeugen Eugen Ayen, Wilhelm Essich, Jakob Textor, Robert Jung und Otto Steinhilber berichten, war eines der frühen Werke des heute international bekannten Filmregisseurs Jan Schütte. Film erhältlich über das Kreismedienzentrum Tübingen: [verleih@kmz-tuebingen.de](mailto:verleih@kmz-tuebingen.de)



Der Regisseur Jan Schütte im Gespräch mit dem Zeitzeugen Otto Steinhilber.



## Gedenkstättenbesuch

In Baden-Württemberg gibt es etwa siebzig Gedenkstätten (siehe Karte Seite 59). Die meisten dieser Lern- und Gedenkorte erinnern an die Gewaltverbrechen der Nationalsozialisten: an die Unterdrückung, Verfolgung und Ermordung von Menschen unter NS-Herrschaft, an den Holocaust, an die Vernichtung „lebensunwerten“ Lebens, an die Verfolgung Andersdenkender und unterschiedlicher Minderheiten sowie an den Widerstand. Neben diesen Lern- und Gedenkorten gibt es auch einige Gedenkstätten in Baden-Württemberg, die auf die Demokratiegeschichte verweisen. Gedenkstätten sind „begehbare Geschichtsbücher“ (Aleida Assmann). Der Besuch einer Gedenkstätte macht Geschichte direkt vor

Ort greifbar. Er dient der Informationsvermittlung. Er ermöglicht die Vertiefung von Wissensinhalten. Er lädt dazu ein, historische Zusammenhänge zu erkunden, einzuordnen und zu reflektieren. Ein solcher Besuch geht somit deutlich über die reine Vermittlung von Informationen hinaus. Zudem kann die Besichtigung mitunter Emotionen hervorrufen und zu Verunsicherungen oder Irritationen führen. Deshalb sollten eine inhaltliche Reflexion sowie die unerlässliche Vor- und Nachbereitung stets Voraussetzung eines Gedenkstättenbesuchs sein. Das Gespräch mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von Gedenkstätten sowie pädagogisch begleitete Führungen können eine Hilfestellung sein.

## Vorbereitung

- Vorbereitung im Unterricht: Die Schülerinnen und Schüler kennen beim Gedenkstättenbesuch die historischen Zusammenhänge und können die Informationen einordnen.
- Vorbereitung in Absprache mit der Gedenkstätte: Lehrkraft und Gedenkstättenmitarbeiter tauschen sich über Wissensstand, Erwartungen und Wünsche der Besuchergruppe sowie über pädagogische Angebote der Gedenkstätte aus (Führung, Arbeit in Kleingruppen, Projektarbeit, Möglichkeiten zur eigenständigen Erkundung usw.).
- Organisation des Gedenkstättenbesuchs: Klärung von Zeitumfang der Führung und der weiteren Angebote vor Ort sowie eventuell entstehender Kosten.

## Gedenkstättenbesuch

- Gestaltung vor Ort: Ein Gedenkstättenpädagoge bzw. ehrenamtlicher Gedenkstättenmitarbeiter übernimmt die Begleitung der Gruppe unter Einbeziehung des Vorwissens der Teilnehmerinnen und Teilnehmer (Führung, Arbeit in Kleingruppen, Projektarbeit, Möglichkeiten zur eigenständigen Erkundung, Arbeit mit Materialien der Gedenkstätte).
- Raum für Gespräche vor Ort: Gedenkstätten verstehen sich als diskursive Orte. Schülerinnen und Schüler haben die Gelegenheit, Fragen zu stellen und sich über ihre Erfahrungen an der Gedenkstätte auszutauschen. Auch die Gefühle können dabei ein Thema sein. Gedenkstätten sind verunsichernde Orte.

## Nachbereitung

- Einordnung der Erfahrungen: Die Schülerinnen und Schüler reflektieren ihre Erfahrungen und Erkenntnisse beim Gedenkstättenbesuch.
- Dokumentation des Gedenkstättenbesuchs: Die Schülerinnen und Schüler halten ihre Eindrücke fest. Dabei können auch kreative Verarbeitungsformen gewählt werden (Bericht, Bilder, Film, Fotos usw.).
- Weitere inhaltliche Arbeit im Unterricht: Die Schülerinnen und Schüler vertiefen ihr Wissen mit ergänzenden Möglichkeiten (Zeitzeugengespräche, Filme usw.).

## Gedenkstätten und Erinnerungsorte in Baden-Württemberg



### Gedenkstätten für den Widerstand

Bekannte Widerstandskämpfer stammten aus dem deutschen Südwesten. Einigen sind Gedenkstätten gewidmet. Die Gebrüder Berthold und Claus Schenk Graf von Stauffenberg stehen im Zentrum der Stauffenberg-Erinnerungsstätte in Stuttgart und der Ausstellung im Stauffenberg-Schloss in Albstadt-Lautlingen. Mehrere Gedenkstätten und Gedenkstätteninitiativen erinnern an die Geschwister Scholl: in Ulm, Forchtenberg und Crailsheim, an den einstmaligen Wohnorten der Familie Scholl. In Königsbronn befasst sich seit 1998 eine Gedenkstätte mit dem Hitler-Attentäter Georg Elser. Auch andere Regimekritiker kamen aus dem Südwesten, etwa Eugen Bolz, Ludwig Marum, Joannes B. Sproll oder Gertrud Luckner. Biografien von Widerstandskämpfern unterschiedlicher Tradition hat das Denkstättenkuratorium NS-Dokumentation Oberschwaben in Weingarten zusammengetragen. Auch das Gedenkbuch des Landtags von Baden-Württemberg, das an verfolgte Abgeordnete erinnert, verweist auf Resistenz und Widerstand.

### Orte früher Konzentrationslager

Mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten begann die systematische Verfolgung von Regimegegnern. Umgehend wurden auch im Südwesten erste Konzentrationslager eingerichtet: für Baden in Ankenbuck (1933/1934) und in Kislau (1933–1939), für Württemberg im Lager Heuberg bei Stetten am kalten Markt (1933), in Ulm (1935–1935) und Welzheim (1935–1945). Im Frauengefängnis Gotteszell, Schwäbisch Gmünd gab es eine „Schutzhaftabteilung“ (1933). Vielerorts wird heute an die Verbrechen erinnert. 1985 wurde die KZ-Gedenkstätte in Ulm eröffnet, seither hat sich das Dokumentationszentrum Oberer Kuhberg (DZOK) mit umfassenden Bildungsangeboten etabliert. In Welzheim sind 2015 Erinnerungszeichen am Friedhof und am Steinbruch für die Opfer der Öffentlichkeit übergeben worden. Am Sitzort der Gestapo in Württemberg, im ehemaligen Hotel Silber in Stuttgart, entsteht derzeit ein Erinnerungsort. 2012 hat sich der Verein Lernort Zivilcourage und Widerstand gegründet, um am Standort des KZ Kislau einen Lernort einzurichten.

# Anhang



Stadtmuseum Mössingen

Vom Generalstreik selbst gibt es kein Foto. Dieses Bild zeigt die Trommler- und Pfeifergruppe der Mössinger Antifaschistischen Aktion im Sommer 1932 beim „Roten Tag“ in Tübingen.

## Adressen, Kontakte

Stadtmuseum Kulturscheune  
 Brunnenstr. 3/1  
 72116 Mössingen  
 Tel. 07473.272012  
 E-Mail: moessingen.museum@t-online.de

Stadtarchiv Mössingen  
 Freiherr-vom-Stein-Str. 20  
 72116 Mössingen  
 Tel. 07473.370-156  
 E-Mail: stadttarchiv@moessingen.de

Stadtführungen zum  
 Mössinger Generalstreik:  
 Tourist-Info der Stadt Mössingen  
 Freiherr-vom-Stein-Straße 42  
 Postadresse:  
 Freiherr-vom-Stein-Straße 20  
 72116 Mössingen  
 Tel. 07473.370-121  
 Fax: 07473.370-129  
 E-Mail: tourismus@moessingen.de

Jugendguideführung  
 „Auf den Spuren des Mössinger Generalstreiks“:  
 Kreisarchiv Tübingen  
 Wilhelm-Keil-Str. 50  
 72072 Tübingen  
 Tel. 07071.207-5201  
 Fax 07071.207-95201  
 E-Mail: jugendguide@kreis-tuebingen.de

Virtueller Gedenkort zum Mössinger Generalstreik:  
[www.moessinger-generalstreik.de](http://www.moessinger-generalstreik.de)

## Weitere Links

**LpB-Portal der Gedenkstätten in Baden-Württemberg**  
 Internetangebot mit einem Überblick und Erläuterungen zu den Gedenk- und Erinnerungsstätten im Land und deren Forschungs- und Vermittlungsarbeit. Informationen zu Veranstaltungen.  
[www.gedenkstaetten-bw.de](http://www.gedenkstaetten-bw.de)

**Homepage der Gedenkstätte Deutscher Widerstand Berlin**  
 Ein Internetangebot mit umfassenden Informationen zum Widerstand im Nationalsozialismus sowie zur Arbeit der Gedenkstätte und deren Publikationen.  
[www.gdw-berlin.de](http://www.gdw-berlin.de)

**Landesbildungsserver Baden-Württemberg**  
 Materialien zum Widerstand gegen den Nationalsozialismus.  
[www.schule-bw.de/unterricht/faecheruebergreifende\\_themen/landeskunde/modelle/epochen/zeitgeschichte/ns/widerstand](http://www.schule-bw.de/unterricht/faecheruebergreifende_themen/landeskunde/modelle/epochen/zeitgeschichte/ns/widerstand)

**Website zur Wanderausstellung über Georg Elser**  
 „Ich habe den Krieg verhindern wollen“  
 Ein Angebot der LpB und der Gedenkstätte Deutscher Widerstand Berlin, gefördert von der Baden-Württemberg Stiftung.  
[www.gedenkstaetten-bw.de/austellung\\_elsler.html](http://www.gedenkstaetten-bw.de/austellung_elsler.html)

**Website zur Wanderausstellung: Was konnten sie tun?**  
 Widerstand gegen den Nationalsozialismus 1933–1945  
 Ein Angebot der Stiftung 20. Juli 1944 und der Gedenkstätte Deutscher Widerstand.  
[www.was-konnten-sie-tun.de](http://www.was-konnten-sie-tun.de)

**Website Hotel Silber – virtueller Geschichtsort**  
 Internetangebot vom Haus der Geschichte Baden-Württemberg zum Erinnerungsort in der ehemaligen Zentrale der Polizei bzw. Gestapo in Württemberg und Hohenzollern.  
[www.geschichtsort-hotel-silber.de](http://www.geschichtsort-hotel-silber.de)



## Literaturhinweise

### Einführende Literatur

#### I. Nationalsozialismus

Frank Bajohr/Michael Wildt [Hrsg.]: Volksgemeinschaft. Neue Forschungen zur Gesellschaft des Nationalsozialismus, Frankfurt/Main 2009.

Kurt Bauer: Nationalsozialismus: Ursprünge, Anfänge, Aufstieg und Fall, Wien 2008.

Bundeszentrale für politische Bildung [Hrsg.]: Nationalsozialismus: Aufstieg und Herrschaft, Informationen der bpb Nr. 314, Bonn 2012.

Ulrich Herbert: Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert, München 2014.

Ian Kershaw: Der NS-Staat. Geschichtsinterpretationen und Kontroversen im Überblick, 4. überarb. und erw. Aufl., Hamburg 2009.

Dietmar Süß, Winfried Süß [Hrsg.]: „Das Dritte Reich“. Eine Einführung, München 2008.

Michael Wildt [Hrsg.]: Geschichte des Nationalsozialismus, Göttingen 2008.

#### II. Widerstand

Wolfgang Benz: Der deutsche Widerstand gegen Hitler, München 2014.

Michael Bosch/Wolfgang Niess [Hrsg.]: Der Widerstand im deutschen Südwesten 1939–1945, Stuttgart 1989.

Bundeszentrale für politische Bildung [Hrsg.]: Widerstand, Aus Politik und Zeitgeschichte, 64. Jahrgang, 27/2014 Bonn.

Frauke Geyken: Wir standen nicht abseits: Frauen im Widerstand gegen Hitler, München 2014.

Haus der Geschichte Baden Württemberg [Hrsg.]: Anständig gehandelt. Widerstand und Volksgemeinschaft 1933–1945. Katalog zur Ausstellung, Stuttgart 2012.

Peter Steinbach/Johannes Tuchel [Hrsg.]: Lexikon des Widerstands 1933–1945, München 1994.

#### III. Nach 1945

Norbert Frei: 1945 und wir. Das Dritte Reich im Bewusstsein der Deutschen, München 2009.

Klaus-Dietmar Henke: Politische Säuberung unter französischer Besatzung. Die Entnazifizierung in Württemberg-Hohenzollern, Stuttgart 1981.

Rainer Möhler: Politische Säuberung im Südwesten unter französischer Besatzung, S. 175–193, in: Kurt Düwell, Michael Matheus [Hrsg.]: Kriegsende und Neubeginn. Westdeutschland und Luxemburg zwischen 1944 und 1947, Stuttgart 1997.

Clemens Vollnhals [Hrsg.]: Entnazifizierung. Politische Säuberung und Rehabilitierung in den vier Besatzungszonen 1945–1949, Dokumentensammlung, München 1991.

#### IV. Erinnerungskultur

Aleida Assmann: Der lange Schatten der Vergangenheit. Erinnerungskultur und Geschichtspolitik, München 2006.

Peter Steinbach: Geschichte im politischen Kampf. Wie historische Argumente die öffentliche Meinung manipulieren, Bonn 2012.

Peter Steinbach: „Stachel im Fleisch der deutschen Nachkriegsgesellschaft“. Die Deutschen und der Widerstand. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 28/94, 15. 7. 1994, S. 3–14.

### Der Mössinger Generalstreik

Hermann Berner/Werner Fifka (Hrsg.): Das Bauhaus kam nach Mössingen. Geschichte, Architektur und Design der einstigen Textilfirma Pausa, Mössingen 2006.

Hermann Berner: Wie in Mössingen gegen Hitler demonstriert wurde: der Streik gegen die Machtübernahme der Nationalsozialisten ist bis heute umstritten, in: Momente 1/13, S. 18–21.

Hermann Berner: Das Schicksal einer roten Mössinger Familie, in: Dagmar Weinberg/Ders., Mössinger Geschichte(n), Tübingen 1999, S. 140–145.

Hermann Berner, Das verschwundene Todesurteil, in: Dagmar Weinberg/Ders., Mössinger Geschichte(n), Tübingen 1999, S. 134–135.

Hermann Berner: Riskante Aktionen des „Schlangemenschen“, in: Dagmar Weinberg/Ders.: Noch mehr Mössinger Geschichte(n), Tübingen 2004, S. 101–107.

Franziska Blum: Der „Mössinger Generalstreik“, in: Peter Steinbach/Thomas Stöckle/Sibylle Thelen/Reinhold Weber [Hrsg.]: Entrechtet – Verfolgt – Vernichtet. NS-Geschichte und Erinnerungskultur im deutschen Südwesten, Stuttgart 2016, S. 27–53.

Hans-Ernst Böttcher: Das Recht des NS-Staates ist Unrecht. Warum die Verurteilung der Generalstreik-Teilnehmer nicht rechtmäßig ist, in: Irene Scherer/Welf Schröter/Klaus Ferstl [Hrsg.]: Artur und Felix Löwenstein. Würdigung der Gründer der Textilfirma Pausa und geschichtliche Zusammenhänge, Mössingen 2013, S. 273–288.

Gertrud Döffinger/Hans-Joachim Althaus: Arbeiterpolitik nach 1945, Tübingen 1990.

Jürgen Falter u. a.: Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik, München 1986.

Paul Gucker: Mössingen und der Generalstreik am 31. Januar 1933 – Seine Ursache, seine Folgen und Auswirkungen bis heute, Mössingen 1986.

Martin Haar: Mössinger Heimatbuch. Mössingen 1973.

Thomas Kurz: Feindliche Brüder im deutschen Südwesten. Sozialdemokraten und Kommunisten in Baden und Württemberg von 1928 bis 1933, Berlin 1996.

Frank Meier: Das „rote Mössingen“ im regionalen Vergleich – Möglichkeiten und Potentiale der Regionalgeschichte, in: Siegfried Frech und Frank Meier [Hrsg.]: Unterrichtsthema Staat und Gewalt. Kategoriale Zugänge und historische Beispiele, Schwalbach/Ts. 2012, S. 292–316.

Irene Scherer/Welf Schröter/Klaus Ferstl [Hrsg.]: Artur und Felix Löwenstein. Würdigung der Gründer der Textilfirma Pausa und geschichtliche Zusammenhänge, Mössingen 2013.

Robert Scheyhing, Der Mössinger Generalstreik Ende Januar 1933, in: Zeitschrift für württembergische Landesgeschichte (ZWLG) 45, 1986, S. 352–362.

Fritz Wandel: Ein Weg durch die Hölle – Dachau, wie es wirklich war, Reutlingen 1946.

Bernd-Jürgen Warneken/Hermann Berner: Da ist nirgends nichts gewesen außer hier. Das „rote Mössingen“ im Generalstreik gegen Hitler. Geschichte eines schwäbischen Arbeiterdorfes, 2. überarb. Aufl., Mössingen-Talheim 2012.

Heinrich August Winkler: Der Weg in die Katastrophe. Arbeiter und Arbeiterbewegung 1930 bis 1933, Bonn 1990.

Dagmar Weinberg/Hermann Berner: Mössinger Geschichte(n), Tübingen 1999.

Dagmar Weinberg/Hermann Berner: Noch mehr Mössinger Geschichte(n), Tübingen 2004.

Reinhold Weber: Bürgerpartei und Bauernbund in Württemberg. Konservative Parteien im Kaiserreich und in Weimar (1895–1933), Düsseldorf 2004.

Dagmar Weinberg: Die rote Fahne weht über dem Dorf, in: Dies./Hermann Berner, Mössinger Geschichten. Tübingen 1999, S. 115–133.

Dagmar Weinberg: Vom Nachbarn verpiffen, in: Dies./Hermann Berner, Mössinger Geschichten. Tübingen 1999, S. 136–139.

## Nationalsozialismus in Württemberg, Hohenzollern und Baden

Hermann G. Abmayr [Hrsg.]: Stuttgarter NS-Täter. Vom Mitläufer bis zum Massenmörder, Stuttgart 2009.

Ingrid Bauz/Sigrid Brüggemann/Roland Maier [Hrsg.]: Die Geheime Staatspolizei in Württemberg und Hohenzollern, Stuttgart 2013.

Otto Borst [Hrsg.]: Das Dritte Reich in Baden und Württemberg, Stuttgart 2007.

Christiane Fritsche: Ausgeplündert, zurückerstattet und entschädigt. Arisierung und Wiedergutmachung in Mannheim, 2. Aufl., Ubstadt-Weiher 2013.

Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg/Haus der Geschichte [Hrsg.]: Formen des Widerstandes im Südwesten 1933–1945, Stuttgart 1994.

Michael Kißener [Hrsg.]: Führer der Provinz. NS-Biografien aus Baden und Württemberg, 2. Aufl., Konstanz 1999.

Konrad Pflug/Ulrike Raab-Nicolai/Reinhold Weber [Hrsg.]: Orte des Gedenkens und Erinnerns in Baden-Württemberg, Stuttgart 2007.

Frank Raberg: Das Ende des Württembergischen Landtags 1933. In: Zeitschrift für Württembergische Landesgeschichte (ZWLG) 58 (1999), S. 273–292.

Paul Sauer [Hrsg.]: Württemberg in der Zeit des Nationalsozialismus, Ulm 1975.

Thomas Schnabel [Hrsg.]: Die Machtergreifung in Südwestdeutschland. Das Ende der Weimarer Republik in Baden und Württemberg, Stuttgart 1982.

Thomas Schnabel: Württemberg zwischen Weimar und Bonn 1928–1945/46, Stuttgart 1986.

Hannsmartin Schwarzmaier/Gerhard Taddey [Hrsg.]: Handbuch der baden-württembergischen Geschichte, Bd.4: Die Länder seit 1918, Stuttgart 2003.

Peter Steinbach/Thomas Stöckle/Sibylle Thelen/Reinhold Weber [Hrsg.]: Entrechtet – Verfolgt – Vernichtet. NS-Geschichte und Erinnerungskultur im deutschen Südwesten, Stuttgart 2016.

Edwin Ernst Weber [Hrsg.]: Opfer des Unrechts. Stigmatisierung, Verfolgung und Vernichtung von Gegnern durch die NS-Gewaltherrschaft an Fallbeispielen aus Oberschwaben, Ostfildern 2009.

Reinhold Weber/Peter Steinbach/Hans-Georg Wehling [Hrsg.]: Baden-württembergische Erinnerungsorte, Stuttgart 2012.

## Veröffentlichungen der LpB

### Materialien

LpB Baden-Württemberg und LAGG [Hrsg.]:  
Das KZ Natzweiler-Struthof und seine Außenlager –  
Eine Handreichung zum Besuch der Gedenkstätten  
(Mit CD-ROM), 2. überarb. u. erw. Aufl., Stuttgart 2015.

LpB Baden-Württemberg u. Gedenkstätte KZ Bisingen  
[Hrsg.]: Es war ein Bahnhof ohne Rampe.  
Ein Konzentrationslager am Fuße der Schwäbischen Alb,  
MATERIALIEN, Stuttgart 2007.  
Online abrufbar unter:  
[www.lpb-bw.de/download\\_bausteine.html](http://www.lpb-bw.de/download_bausteine.html)

LpB Baden-Württemberg [Hrsg.]: „Evakuiert“ und  
„Unbekannt verzogen“ – Die Deportation der Juden aus  
Württemberg und Hohenzollern 1941 bis 1945,  
MATERIALIEN, 3. überarb. u. erw. Aufl., Stuttgart 2008.

LpB Baden-Württemberg [Hrsg.]: „Ich habe den Krieg  
verhindern wollen“ – Der Hitler-Gegner Georg Elser  
und sein Attentat vom 8. November 1939 – die Motive,  
Vorbereitungen und Folgen, MATERIALIEN, 2. Aufl.,  
Stuttgart 2015.

LpB Baden-Württemberg [Hrsg.]: „Ich weiß nicht, ob  
wir nochmals schreiben können“ – Die Deportation der  
badischen und saarpfälzer Juden in das Internierungs-  
lager Gurs in den Pyrenäen, MATERIALIEN, Stuttgart 2010.

LpB Baden-Württemberg [Hrsg.]: „Wir als Juden können  
diese Zeit nie vergessen“ – Die Juden von Buttenhausen  
– Vom Leben und Untergang einer Landgemeinde in  
Württemberg, MATERIALIEN, 2. Aufl., Stuttgart 2014.

LpB Baden-Württemberg [Hrsg.]: „Wir sind gezeichnet fürs  
Leben, an Leib und Seele“. Unternehmen „Wüste“ –  
das südwürttembergische Ölschieferprojekt und seine  
sieben Konzentrationslager, MATERIALIEN, Stuttgart 2012.  
Online abrufbar unter:  
[www.lpb-bw.de/download\\_bausteine.html](http://www.lpb-bw.de/download_bausteine.html)

LpB Baden-Württemberg [Hrsg.]: „Wohin bringt ihr uns?“  
Grafeneck 1940. NS-„Euthanasie“ im deutschen  
Südwesten, MATERIALIEN, Stuttgart 2011.

LpB Baden-Württemberg u. Träger- und Förderverein  
Ehemalige Synagoge Rexingen e. V. [Hrsg.]: Vom Neckar  
ans Mittelmeer – Jüdische Flüchtlinge aus dem  
schwäbischen Dorf Rexingen gründen 1938 eine neue  
Gemeinde in Galiläa. MATERIALIEN, Stuttgart 2008.  
Online abrufbar unter:  
[www.lpb-bw.de/download\\_bausteine.html](http://www.lpb-bw.de/download_bausteine.html)

### Politik und Unterricht/Bürger im Staat

LpB Baden-Württemberg [Hrsg.]: Anette Hettinger:  
Gedenkstätten in Baden-Württemberg.  
Heft 4/2015, Politik & Unterricht.  
Zeitschrift für die Praxis der politischen Bildung.  
Online abrufbar unter: [www.politikundunterricht.de](http://www.politikundunterricht.de)

Zivilcourage  
LpB Baden-Württemberg [Hrsg.]: Aufrechter Gang:  
Zivilcourage im Alltag, Der Bürger im Staat, Heft3/2011.  
Online abrufbar unter: [www.buergerimstaat.de](http://www.buergerimstaat.de)





## **MATERIALIEN**

**„Heraus zum Massenstreik“**

**Der Mössinger Generalstreik vom 31. Januar 1933 –  
linker Widerstand in der schwäbischen Provinz**

Ein Lese- und Arbeitsheft in der Reihe Materialien

Bisherige Ausgaben in der Reihe Materialien finden Sie als Download  
[www.gedenkstaetten-bw.de/publikationen0.html](http://www.gedenkstaetten-bw.de/publikationen0.html)

Bestellungen über den Webshop der Landeszentrale [www.lpb-bw.de/shop](http://www.lpb-bw.de/shop).  
Bei Bestellungen kostenfreier Produkte gehen ab 500 g die Versandkosten  
zu Ihren Lasten. Versandkosten umfassen neben den Portokosten auch  
die Verpackungskosten und das Handling.

**[www.gedenkstaetten-bw.de](http://www.gedenkstaetten-bw.de)**

**[www.lpb-bw.de](http://www.lpb-bw.de)**